Miet-Drohnen aus Israel, Seite 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 26 – 29. Juni 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Beim ersten Akt noch ohne Visegrád-Staaten: Angela Merkel auf dem Weg zum vorgeschalteten Mini-Asylgipfel in Brüssel Bild: pa

Trauriger erster Akt

Nicht einmal ohne die Visegrád-Staaten ist die EU in der Asylpolitik einig

Der erste Akt der Tragödie endete dem Genre gemäß: traurig. Er beschrieb das hektische Bemühen der Kanzlerin Angela Merkel, vor dem alles entscheidenden EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag dieser Woche ein anderes, kleineres Treffen vorzuschalten, das den Erfolg der eigentlichen Konferenz vorbereiten sollte.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, Luxemburgs Ministerpräsident Xavier Bettel und EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker hatten sich um die Frau geschart, die man einst die mächtigste der Welt genannt hatte, um ihr Schutz und Hilfe zu gewähren. Was den Inhalt des ersten Aktes angeht, so gleicht er aufs Haar demjenigen des zweiten Aktes. In beiden geht es um das Bemühen, eine Sandburg aus Wasser zu bauen. Das Brüsseler Treffen endete ohne jeden Erfolg, es sei denn, man betrachtet den Nachweis als Erfolg, dass man untereinander uneins ist. Dabei waren zu dem Termin ohnehin nur Vertreter solcher Länder angereist, auf welche die Brüsseler Phalanx glaubt, Hoffnung setzen zu dürfen. Wie soll dann erst der zweite Akt und mit ihm die ganze Tragödie ausgehen, in dem auch die östlichen Länder eine Rolle spielen, die eine erklärt oppositionelle Position einnehmen?

Folgt man der offiziellen Lesart, zumindest derjenigen in Deutschlands Systemmedien, ist es allein der CSU-Vorsitzende und Innenminister Horst Seehofer, der den zurückliegenden Brüsseler Bohai ausgelöst und den kommenden notwendig gemacht hat. Der Chef einer, wie es schmälend heißt, „rückwärtsgewandten Regionalpartei“. Nähme man sich solchen Vorwurf zu Herzen, dann müsste man bekennen, dass der Zustand der EU miserabel sein muss, wenn es einer offenbar politisch marginalen Größe gelingt, die Kanzlerin der Macht der Welt zu berauben und in Brüssel Krise um Krise auszulösen.

Tatsächlich ist es aber so, dass sich in Europa Kräfte formieren, die den bisherigen Lauf der Dinge zu immer mehr Zentralismus, mehr Diktat und immer bedenkenloserer Verschwendung von Geld nicht gutheißen. Die Asylpolitik, die Merkel der EU aufgedrückt und zugemutet hat, ist dabei der aktuelle Auslöser, weil sich in ihr alle Probleme, mit denen allen voran Deutschland zu kämpfen hat, widerspiegeln und vervielfachen: Man beklagt hohe Mieten, und lässt jährlich die Bevölkerung einer Großstadt ins Land; man beklagt das Bildungsniveau und lässt Schulen zu, in denen Deutsch eine Fremdsprache ist; da ist von Altersarmut die Rede, aber die Sozialsysteme stehen jedem Missbrauch offen; die Sache mit den zuwandernden Fachkräften hat sich längst als der schlechte Scherz erwiesen, der sie von jeher war; und der neuesten Kriminalstatistik glaubt kein Mensch, angesichts der Tatsache, dass beispielsweise in Berlin Diebstahl nicht mehr verfolgt wird und so in der Statistik gar nicht auftaucht.

Wen soll es wundern, dass sich die Staaten in Ostmitteleuropa, die von der Brüsseler EU-Manie nicht derart denaturiert sind wie solche im Westen des Kontinents, gegen eine derartige Entwicklung stemmen? Bei Brüssel II werden sie dabei sein, das Ergebnis ist abzusehen. *Florian Stumfall*

Jan Heitmann:

Äpfel und Birnen

Auch wenn sich die deutschen Vertriebenen einen eigenen Gedenktag und nicht nur ein Anhängsel an den Weltflüchtlingstag gewünscht haben, ist der nun bereits zum vierten Mal von der Bundesregierung zelebrierte Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung ein Ereignis von großer vertriebenenpolitischer Bedeutung. Diese wird auch durch die prominenten Hauptredner unterstrichen. Sie verurteilten die Vertreibung der Ostdeutschen, lobten deren Verdienste beim Wiederaufbau des Landes und beschworen die Bewahrung des ostdeutschen Geschichts- und Kulturerbes.

Dennoch hinterließen sie einen unangenehmen Beigeschmack. Denn sie nutzten die Erinnerung an das historische Ereignis von Flucht und Vertreibung dazu, die heutige Zuwanderungspolitik zu propagieren. Besonders unangenehm fiel in dieser Hinsicht Merkel auf. Auch wenn sie aus taktischen Gründen betont hat, dass man „die heutige Flucht“ nicht mit „der damaligen Flucht“ gleichsetzen könne, hat sie genau das getan. Selbst Horst Seehofer hat das an einer Stelle seiner Rede auf subtile Weise getan. Wer das aber tut, betreibt gezielte Desinformation, um die Deutschen zur Zustimmung zu einer Politik der offenen Grenzen zu bewegen.

Heute kommen zu uns Menschen, angelockt von unserem Sozialsystem, freiwillig aus fernen Ländern, mit fremder Kultur und Religion, ohne Sprachkenntnisse und Qualifikation, die auf unsere Kosten leben wollen. Damals zogen qualifizierte Deutsche mit gleicher Sprache, Kultur und Religion unfreiwillig von einem in einen anderen Teil Deutschlands, wo ihnen nichts geschenkt wurde. Bei beiden Migrations-Gruppen ist es wie mit den Äpfeln und den Birnen: Beides ist Obst, und das ist es dann auch schon.

»Prägend für das moderne Deutschland«

Bundeskanzlerin war Hauptrednerin bei der Gedenkstunde für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Berlin

Die Bundesregierung hat zum vierten Mal den Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung begangen. Mit dem von den Vertriebenenverbänden lange geforderten Gedenktag wird seit 2015 jährlich am 20. Juni an die Opfer von Flucht und Vertreibung weltweit sowie insbesondere an die deutschen Vertriebenen erinnert. Die zentrale Gedenkveranstaltung fand in diesem Jahr im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums in Berlin statt.

Zuvor hatte es einige Irritationen gegeben, weil es hieß, der Gastgeber, Bundesinnenminister Horst Seehofer, habe seine Teilnahme vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen, also wegen des zwischen ihm und Bundeskanzlerin Angela Merkel herrschenden Streits über die Asylpolitik, kurzfristig abgesagt. Doch dann kamen sowohl Seehofer als auch Merkel, deren Ansprache in diesem Jahr im Mittelpunkt der Gedenkstunde stand.

Nach der Begrüßung durch Seehofer, der daran erinnerte, dass die Vertriebenen ein wichtiger Faktor des westdeutschen Wirtschaftswunders gewesen seien, folgte das Grußwort des emeritierten Limburger Weihbischofs Gerhard Pieschl, ehemaliger Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge. Anschließend berichtete Umeswaran Arunagirinathan davon, wie er als Kind einer armen tamilischen Familie zur Zeit des Bürgerkrieges in Sri Lanka mit Hilfe von Schleppern nach Deutschland gelangt sei und hier Fuß gefasst habe.

Kanzlerin Merkel bezeichnete in ihrer Rede „den Zweiten Weltkrieg mit dem Holocaust und den Verbrechen der Nationalsozialisten“, aber auch Flucht und Vertreibung der Deutschen als „prägend für das moderne Deutschland“. Die Erfahrungen und Lehren dieser Katastrophen hätten „die Grundlagen der Bundesrepublik“ gelegt. Sie verpflichteten und veränderten auch das heutige Deutschland „auf seinem weiteren Weg in Europa und in der Weltgemeinschaft“, so Merkel. Einige dieser Verpflichtungen stellte Merkel in der Folge dar und ging dabei etwa auf eine „gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik“, verstärkte Hilfen in Krisengebieten sowie die Ausweitung entwicklungspolitischer Maßnahmen ein. Zugleich lobte auch sie die Leistung der Heimatvertriebenen und bezeichnete sie als Opfer, die bitteres Unrecht erlitten hätten. Allerdings konnte sie es nicht lassen, zu betonen, dass Vertreibung und Flucht der Deutschen „eine unmittelbare Folge des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkriegs und der unsäglichen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur“ gewesen seien. Damit wies sie den Ostdeutschen gewissermaßen eine Mitschuld an ihrem Schicksal zu, auch wenn das nichts daran ändere, „dass es für Vertreibung weder eine moralische noch eine politische Rechtfertigung“ gegeben habe.

Im Schlusswort machte Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen, den Gästen auch den schmerzhaften Heimatverlust bewusst, den Millionen Deutsche erleiden mussten. Außerdem erinnerte er eindringlich an die mehr als zwei Millionen deutschen Todesopfer von Flucht, Vertreibung und Deportation und betonte, dass „jede Vertreibung, jede ethnische Säuberung – gleichgültig wo, wann und warum – immer Verbrechen“ seien.

Am Rande der Gedenkveranstaltung traf der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister, Stephan Mayer, zwei Zeitzeugen, eine junge Heimatverbliebene aus Ungarn und einen jungen Vertreter der Landsmannschaft der Westpreußen, zu einer Podiumsdiskussion. Diese wurde von Gundula Bavendamm, Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, moderiert. Anknüpfend an das persönliche Vertreibungsschicksal der beiden Zeitzeugen diskutierte Mayer darüber, wie Flucht und Vertreibung die eigene Biografie und die der nachwachsenden Generationen prägen. Dabei war es dem CSU-Staatssekretär auch wichtig, deutlich zu machen, „wie das Leid der vertriebenen Deutschen die Politik und Gesellschaft auch heute weiterhin verpflichten“. *Jan Heitmann*
(siehe Leitartikel)

MELDUNGEN

Großgrundbesitz des Bundes

Bonn – Die für die Bundesliegenschaften zuständige Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verfügt über 25 700 unbebaute Grundstücke mit einer Gesamtfläche von rund 87 000 Hektar – ohne land- und forstwirtschaftliche Flächen. Davon befinden sich knapp drei Millionen Quadratmeter in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt/M., Hamburg, Köln, München und Stuttgart. *J.H.*

63 Millionen für Gutachten

Berlin – Bundesministerien und nachgeordnete Behörden haben im vergangenen Jahr für insgesamt 394 Gutachten rund 63 Millionen Euro ausgegeben. Das sind im Schnitt knapp 160 000 Euro pro Gutachten. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der AfD-Fraktion hervor. Darin listet die Regierung auf 436 Seiten die einzelnen Studien und deren Auftraggeber auf. Die Untersuchungsgegenstände sind höchst vielfältig. So beschäftigt sich ein Gutachten mit den „Effekten von Moscheebesuchen bei Nicht-Muslimen“, eines mit den „Erfahrungen in der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus mit muslimischen Jugendlichen“, eines mit „Parteipräferenzen von Zuwanderern“, eines mit der „Stärkung politischer Diskurse in der digitalen Demokratie“, ein anderes mit den „Ökonomischen Effekten eines Brexit für die deutsche und europäische Wirtschaft“ und wieder ein anderes liefert eine „Fallanalyse zu Sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in der DDR“. Zu den eher überflüssig erscheinenden Studien gehören solche über „Rahmenbedingungen für Windenergie in Iran“, die „Mögliche Identifizierung streng geschützter Reptilien der Art Lygodactylus williAmsi“, die „Nutzung von Pollendaten für die Expositionsabschätzung von Nichtzielschmetterlingen“ oder auch eine „Analyse des Potentials und der Markteintrittsbarrieren für die Nutzung von Photovoltaikanlagen in Kirgistan“. *J.H.*

Starke Zeichen aus Bayern

Neue Beauftragte der Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene trifft Verbandsvertreter

Es war ein Schritt von großer vertriebenenpolitischer Bedeutung: Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hat bei der Kabinettsumbildung im März die Position der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene geschaffen und mit dieser Aufgabe Sylvia Stierstorfer betraut. Die CSU-Politikerin gehört seit 2003 dem Bayerischen Landtag an und vertritt dort den Stimmkreis Regensburg-Land. Nun traf sich die neue Beauftragte mit dem Landesvorstand des Bundes der Vertriebenen (BdV) und den bayerischen Landesvorsitzenden der Landsmannschaften.

Zum Auftakt des Gesprächs betonte Stierstorfer, dass Bayern sich mehr als jedes andere Bundesland für die Belange der Vertriebenen und Aussiedler einsetze und diese „tatkräftig unterstützen“ werde. Dem stimmten alle Anwesenden zu, waren sie sich doch einig, dass es „sehr gut läuft“ im Verhältnis von Freistaat und Vertriebenen und dass die Vertriebenen seitens der Politik in Bayern parteiübergreifend eine außergewöhnliche Wertschätzung erführen. Einhellig begrüßt wurde auch die Dynamik, die der neue Ministerpräsident Söder in die Aussiedler- und Vertriebenenpolitik gebracht habe.

Wichtigster Ausdruck dieser neuen Dynamik sei die Berufung Stierstorfers in das neu geschaffene Amt der Beauftragten der Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene. Christian Knauer als BdV-Landesvorsitzender und die fast vollständig anwesenden Vertreter der in Bayern aktiven Landsmannschaften, darunter Friedrich-Wilhelm Böldt, der zugleich Schatzmeister der Landsmannschaft Ostpreußen ist, begrüßten ausdrücklich diese Entscheidung des Ministerpräsidenten und freuen sich auf eine gute Zusammenarbeit mit der Beauftragten.

Stierstorfer sieht sich dabei als „Kümmerin“, welche die Belange der Aussiedler und Vertriebenen aufgreifen und in die Politik einspeisen wird. Dabei dürfte sie auch von ihren Erfahrungen als langjährige Vorsitzende des Petitionsausschusses im Landtag profitieren. Nach ihren Worten sieht sie ihre Aufgabe in der Unterstützung der Anliegen und Interessen der Vertriebenen und Aussiedler aber auch darin, die öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung „dieser für Bayern so wichtigen Bevölkerungsgruppen zu fördern“. Hieran anknüpfend, sprach Knauer das Thema „Rentengerechtigkeit“ an. Die Spätaussiedler seien hier, so der BdV-Vorsitzende, „durch Einschnitte seit den 90er Jahren erheblich schlechter gestellt als die übrige Bevölkerung und müssten häufig Hilfe aus den Sozialkassen beantragen“. Die Beauftragte sicherte zu, sich dieses Themas weiter anzunehmen, und erinnerte an eine diesbezügliche Bundesratsinitiative der Bayerischen Staatsregierung im vergangenen Jahr, die leider keine Mehrheit in der Länderkammer gefunden habe.

Die Vertreter der Vertriebenen und Aussiedler zeigten sich erfreut über „die großartige Unterstützung ihrer Arbeit und Belange seitens des Freistaats“, die bundesweit ihresgleichen suche. Dabei wurde auch der Wunsch geäußert, den Schüleraustausch mit den Herkunftsgebieten der Vertriebenen und Aussiedler auszubauen, wobei die Landsmannschaften auch ihrerseits verstärkt auf die Jugendarbeit setzen würden. Mehrheitlich hoben die Anwesenden hervor, wie gut sich das Verhältnis zu den Nachbarn im Osten mittlerweile entwickelt habe und auf wie viel Verständnis ihre Anliegen dort stoßen. Entsprechend hätten die Landsmannschaften auch ihr Engagement in den Heimatgebieten und den Kulturaustausch forciert. Gleichzeitig bedauerten sie, dass die Deutschen nur wenig über den Osten Europas wüssten und forderten, dass die geschichtlichen Hintergründe der Vertreibung und die gemeinsame Geschichte der Deutschen und ihrer östlichen Nachbarn stärker Eingang in den Schulunterricht finden. Alle Gesprächspartner zeigten sich zuversichtlich, dass der Freistaat Bayern auch in diesem Bereich eine Vorreiterrolle übernehmen wird.



Vorreiterrolle: Sylvia Stierstorfer im Gespräch mit den bayerischen Verbandsvertretern Bild: BdV Bayern

BdV-Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz erörtern Zusammenarbeit

Das zurückgehende Interesse an der Geschichte Ostdeutschlands sowie dem Schicksal der Vertriebenen und Aussiedler führt zu einer drastischen Abnahme der Mitglieder bei den Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften. Um vor diesem Hintergrund die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu erörtern und Synergieeffekte der Verbandsarbeit über Landesverbandsgrenzen hinweg auszuloten, kamen die Vorstände der BdV-Landesverbände von Hessen und Rheinland-Pfalz zu einem mehrstündigen und intensiven Gedankenaustausch in Wiesbaden zusammen.

Der hessische BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann verwies eingangs darauf, dass eine solche Zusammenarbeit aber auch bedeute, zu versuchen, miteinander Ziele zu erreichen, die der einzelne Verband allein nicht erreichen könne. Beispielsweise gelte dies für die intensivere Behandlung der Thematik von Flucht, Vertreibung und Deportation in den Lehrplänen für das Fach Geschichte an den Schulen und die stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse und Leistungen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler in der Integrationspolitik der Bundesländer. Aber auch die institutionelle Förderung des Bundes der Vertriebenen, die in Hessen vorbildlich gelöst sei, müsse flächendeckend in den einzelnen Bundesländern gewährleistet sein, so Ortmann. Der Vorsitzende des BdV-Landesverbands Rheinland-Pfalz, Tobias Meyer, sprach sich für einheitliche und verständliche Visionen der Vertriebenenorganisationen über Landesgrenzen aus, mit der sich alle BdV-Mitglieder in dieser Republik identifizieren könnten. Nur daraus entstehe ein „Wir-Gefühl“ bei der Zusammengehörigkeit und damit ein gemeinsamer Schulterschluss der Politik gegenüber, ist Meyer überzeugt. Die beiden BdV-Landesvorsitzenden sprachen sich für regelmäßige solche Treffen aus, denn der Schlüssel für gute und erfolgreiche Zusammenarbeit sei der stetige respektvolle und vertrauensvolle Umgang untereinander.

Die vom hessischen BdV-Landesverband ausgebaute Sparte zu den regelmäßigen verständigungspolitischen Aktivitäten in den ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa könne auch vom rheinland-pfälzischen Nachbarverband genutzt werden, zumal die entsprechenden Bundesförderrichtlinien ein solches Miteinander geradezu vorschrieben, waren sich Ortmann und Meyer einig. Eine Zusammenarbeit sei aber auch bei gemeinsamen vertriebenenspezifischen Gastausstellungen im Haus der Heimat in Wiesbaden und bei der Ausrichtung der alljährlichen Kulturellen Sommer- und Wintertage gewinnbringend.

Meyer war am 20. Juni, dem Nationalen Gedenktag für Flucht und Vertreibung, Gast der CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag. Er sagte der Fraktion seine Unterstützung bei der Forderung, nach bayerischem Vorbild einen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler zu schaffen, zu. *J.H.*

Islam kontra Grundgesetz

Koran, Hadithe und Scharia haben für jeden Muslim Vorrang vor allen anderen Gesetzen und Regeln

Vertreter des Zentralrats der Muslime in Deutschland haben an der mehrtägigen Konferenz der hochrangigen EU-Gruppe zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in Brüssel teilgenommen. Mit seiner Einladung hat ausgerechnet das Direktorat für Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit der Europäischen Kommission den Bock zum Gärtner gemacht. Denn die Kairoer Erklärung der Organisation der Islamischen Konferenz betont den Vorrang der religiösen Dokumente des Islam vor allen weltlichen Regelungen und den Menschenrechten.

Artikel 4 des Grundgesetzes enthält die Glaubensfreiheit, welche die religiöse wie auch die weltanschauliche Überzeugung einschließlich des Atheismus schützt. Im Mittelpunkt steht die Religionsfreiheit. Sie wird vorbehaltlos gewährleistet. Einschränkungen sind nur möglich, wenn andere Rechte oder Werte der Verfassung der Religionsausübung entgegenstehen. Damit hat dieses Grundrecht im Verhältnis zu anderen Grundrechten einen sehr großen Schutzbereich. Da nach dieser Regelung alle Religionen gleichberechtigt sind, kann sich jeder auf dieses Recht berufen, egal welcher Religion oder Staatsbürgerschaft er angehört.

Bei der Aufnahme dieses umfassenden Grundrechts, das Ausdruck der Liberalität des Grundgesetzes sein sollte, konnten die Schöpfer des Grundgesetzes 1949 nicht ahnen, dass fast sieben Jahrzehnte später auf dem Territorium Deutschlands mehrere Millionen Muslime leben, deren Religion von der christlichen, aber auch von den anderen hier vertretenen Religionen in wesentlichen Punkten abweicht. Die Anhänger des Islam berufen sich dennoch mit Nachdruck auf die Religionsfreiheit in Deutschland. Das führt zu Reibungen und Konflikten.

Der moslemische Glaube beruht insbesondere auf dem Koran. Das sind die Aufzeichnungen des Propheten Mohammed über seine Eingebungen, die er in Mekka bis 622 und danach in Medina von Allah erhalten haben will. Neben dem Koran spielen als Quelle auch die Hadithe eine wesentliche Rolle. Das sind Erzählungen und Berichte von Dritten über Aussprüche und Handlungen des Propheten, aber auch über andere Personen aus seinem Umfeld.

Die darin niedergelegten Gebote, hauptsächlich aber Verbote, gelten heute, 14 Jahrhunderte danach, unverändert weiter. Im Unterschied zu anderen Religionen wurde und wird im Islam eine Anpassung an die Entwicklung untersagt. Der muslimische Glaube lässt keinen Widerspruch und keinen Zweifel am heiligen Wort des Propheten zu. Die Aufklärung, die das geistige Leben in Europa grundlegend verändert hat und mit Persönlichkeiten wie Voltaire, Luther und Kant in Verbindung gebracht wird, ist nie bis zum Islam durchgedrungen.

Islamischer Kodex setzt staatliche Ordnung außer Kraft

Ein wesentliches Ergebnis der Aufklärung war die Trennung von Staat und Kirche. Dieses Konzept der Säkularisation liegt auch dem Grundgesetz zugrunde. Es besagt, dass Kirche und Staat jeweils ihre eigenen Angelegenheiten verwalten, sich nicht in die Dinge des jeweils anderen einmischen, sondern sich gegenseitig in Neutralität begegnen. Die Säkularität ist ein unverwechselbares Merkmal eines modernen Staates. Sie ist die Grundvoraussetzung dafür, dass verschiedene Religionen innerhalb eines Staates gleichberechtigt und friedlich nebeneinander existieren. Ohne sie sind die Neutralität des Staates gegenüber den auf seinem Territorium bestehenden Religionen und die erforderliche Toleranz auch zwischen den Religionen nicht denkbar.

Anders verhält es sich im Islam. Er hat diese Trennung nie vollzogen. Überall, wo der Islam Staatsreligion ist, haben Koran, die Hadithe und die Scharia als islamische Regeln eindeutig den Vorrang. Die von 57 Staaten unterzeichnete Kairoer Erklärung der Organisation der Islamischen Konferenz von 1990 legt unmissverständlich fest, dass diese religiösen Dokumente des Islam den Vorrang vor den Menschenrechten und anderen weltlichen Regelungen haben. Deshalb haben jene islamischen Staaten, die menschenrechtliche Konventionen der UN unterzeichnet haben, regelmäßig einen Vorbehalt über den Vorrang islamischen Rechts im Verhältnis zu den Grund- und Menschenrechten eingelegt, womit die Verbindlichkeit dieser Verträge von den islamischen Staaten faktisch unterlaufen wird. In den meisten islamischen Staaten ist deshalb auch weder an Neutralität noch Toleranz im Verhältnis zu anderen Religionen zu denken. Erinnert sei beispielsweise an die systematische Verfolgung der christlichen Minderheit in solchen Staaten. Tief verwurzelt ist bei den Moslimen vor allem der Antisemitismus, der auf die Auseinandersetzungen von Mohammed mit den Juden in Medina zurück geht.

So ist der Islam heute eine der Vergangenheit verhaftete, vielfach lebensfremde Religion, die den Gläubigen zahlreiche Verbote auferlegt und ihnen somit die Anpassung an andere, ihnen fremde Kulturen erschwert beziehungsweise unmöglich macht. Die Folge erleben wir in deutschen Großstädten, nämlich die Absonderung von der Mehrheitsgesellschaft sowie die Bildung von islamischen Parallelgesellschaften mit einer illegalen Paralleljustiz, in der sogenannte Friedensrichter – unter Umgehung deutschen Rechts – nach islamischem Kodex entscheiden und welche die deutsche Polizei und Justiz nicht selten ohnmächtig zuschauen lässt.

Koran und Scharia haben für jeden Muslim – unabhängig von seinem Aufenthaltsort – absolute Geltung und deshalb auch Vorrang vor jeder staatlichen Ordnung. Das gilt grundsätzlich auch für die in Deutschland lebenden Muslime. Damit sind Konflikte im Zusammenleben der Muslime mit der staatlichen Ordnung und mit Menschen anderer Konfessionen programmiert.

Der Islam lässt, im Unterschied zu anderen Religionen, auch keine Abkehr von der eigenen Religion zu. Wer als Muslim geboren wird, muss mit schweren Strafen bis zur Todesstrafe rechnen, wenn er den Islam verlassen oder zu einer anderen Religion wechseln will: „Wer sich aber (vom Glauben) abkehrt und ungläubig bleibt, den wird Allah mit der größten Strafe strafen“ (Sure 88, Vers 23 und 24).

Grundgesetz und Koran sind somit beide verbindliche Handlungsanweisungen über das Zusammenleben von sozialen Gemeinschaften. Der Unterschied zwischen ihnen ist jedoch gravierend. Das Grundgesetz verkörpert eine moderne, freiheitliche, demokratische Verfassung, welche die Entfaltung der Persönlichkeit des Einzelnen ermöglichen soll. Der Koran dagegen verlangt die Anwendung von religiösen Regeln aus längst vergangener Zeit und setzt auf blinden Gehorsam und Zwang.

Gerd Seidel

Eine Milliarde Euro für fünf Reiher

Bundestag beschließt die Anmietung von bewaffnungsfähigen, israelischen Drohnen des Typs Heron TP

Erstmals mietet die Bundeswehr für rund eine Milliarde Euro fünf bewaffnungsfähige Drohnen des Typs Heron (Reiher) TP vom israelischen Hersteller Israel Aerospace Industries (IAI) an. Die Wartung übernimmt Airbus. Außerhalb des Einsatzes sollen die Drohnen in Israel stationiert werden.

Der Bundestag hat ein militärisches Geschäft im Wert von einer Milliarde US-Dollar mit Israel genehmigt, um mehrere Heron-TP-Drohnen, die von Israel Aerospace Industries hergestellt wurden, zu pachten. Israels Premierminister Benjamin Netanjahu lobte Bundesregierung und Bundestag für die Zustimmung zu dem Abkommen. „Dies ist ein großer Beitrag für die israelische Sicherheitsindustrie und für die israelische Wirtschaft. Der riesige Deal ist Ausdruck der strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und Israel und zeigt das Potenzial der israelischen Industrie, auch mit Ländern wie Deutschland ins Geschäft zu kommen“, sagte er israelischen Medien. Laut Berichten dieser Medien beinhaltet das Geschäft eine Zahlung von zirka 720 Millionen US-Dollar an IAI für das Anmieten der Drohnen und weiteren 180 Millionen Dollar direkt an die Regierung Israels für die Nutzung von Flughäfen und anderen Infrastrukturen der Luftwaffe.

Die Heron TP sind die fortschrittlichsten Drohnen von IAI. Sie können 40 Stunden in der Luft stehen. Ihr maximales Startgewicht beträgt 11685 Pound, ihre Nutzlast 2204 Pound, wobei ein Pound knapp einem halben Kilo entspricht. Sie können sowohl für Aufklärungs- als auch für Kampf- und Unterstützungsmaßnahmen eingesetzt werden sowie Luft-Boden-Raketen tragen, um feindliche Ziele auszuschalten. Allerdings sollten die jetzt angemieteten Drohnen zunächst keine Waffen führen.

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen bezeichnete das Anmieten der Drohnen als ein „wichtiges Signal“ für die deutsche Armee, da die Drohnen Bilder mit besserer Auflösung liefern, längere Distanzen flögen und die Bundeswehr mit nachrichtendienstlichen Fähigkeiten und Unterstützung versorgen könnten für ihre Missionen auf der ganzen Welt. Bereits im Jahr 2009 lieferte IAI Heron-1-Systeme an die deutsche Luftwaffe, die sechs Monate später in Betrieb genommen wurde und seitdem in großem Umfang in Zusammenarbeit mit Airbus, das die Wartung der Drohnen übernimmt, zur vollsten Zufriedenheit eingesetzt wurden.

Der Geschäftsanschluss erfolgte wenige Monate, nachdem IAI ein neues Büro in Berlin eröffnet hatte, um das wachsende Geschäft auf dem europäischen Markt abzuwickeln. Das Büro ersetzte das Pariser Büro „aufgrund der zentralen Rolle Deutschlands in Europa und seiner starken Allianz mit Israel“, hieß es in einer Stellungnahme der IAI. Deutschland gilt als wichtiger europäischer Markt und als Partner für die Zusammenarbeit mit Israels Rüstungs- und Luftfahrttechnologie.

„Wir sehen Europa im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen als Märkte mit hohem Potenzial für militärische und zivile Lösungen“, sagte der IAI-Vizepräsident für Marketing, Eli Alfassi, der „Jerusalem Post“ und weiter: „Die Eröffnung des Berliner Büros ist Teil unserer Marketingstrategie, um unsere technologischen Lösungen unseren Kunden näherzubringen und sie in hoher Qualität und in Echtzeit an ihre Bedürfnisse anzupassen.“

Über die Beschaffung von Munition und die Ausbildung deutscher Soldaten für den Einsatz der Waffen soll auf Wunsch der SPD erst später entschieden werden, nach einem Meinungsbildungsprozess, wie es heißt. Was dies bedeutet, ließ man offen. In der vergangenen Legislaturperiode war die Beschaffung der Heron TP überraschend am Widerstand der SPD gescheitert. Die Heron TP ist als Übergangslösung gedacht, bis frühestens 2025 europäische Drohnen einsatzbereit sein sollen. Der Vertrag für Heron TP soll bis 2027 laufen.

Der US-Konzern General Atomics, der das Konkurrenzmodell Predator B baut, hatte vergeblich gegen die Entscheidung des deutschen Verteidigungsministeriums für Heron TP geklagt. Das Ministerium begründete seinen Entschluss damit, dass Israel bereit sei, der Bundeswehr einen tiefen Einblick in die technischen Daten des Geräts zu gewähren. Predator B wäre dagegen mit einer sogenannten Black Box geliefert worden, in welche die Deutschen nicht hätten hineinschauen können. Zudem arbeite die Bundeswehr seit Jahren mit dem Vorgängermodell Heron, was die Umstellung erleichtere. *Bodo Bost*



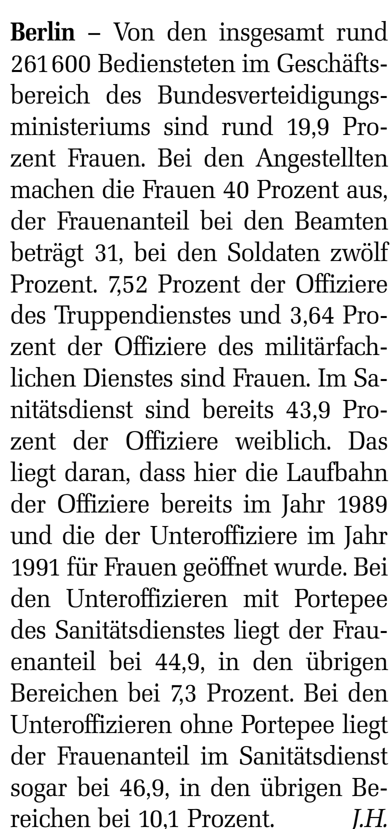
Auf dem Militärflugplatz Tel Nof in Zentralisrael: Die von Israel Aerospace Industries (IAI) hergestellte Drohne Heron TP Bild: pa

MELDUNGEN



Bahn hat aus Stürmen gelernt

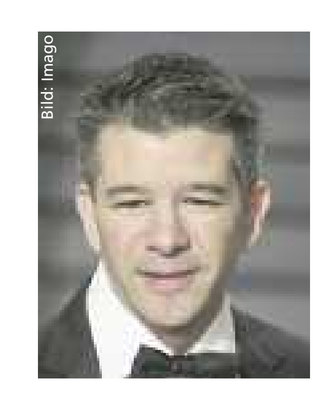
Lüneburg – Die Deutsche Bahn hat in der vergangenen Woche einen „Aktionsplan Vegetation“ vorgestellt. Damit will das Unternehmen darauf reagieren, dass „als Folge des Klimawandels“ immer häufiger Stürme auftreten. Infolge der Ereignisse um die Stürme „Xavier“ und „Herwart“ im Oktober 2017 arbeitet die Bahn an einer Weiterentwicklung der Präventions- und Vegetationsstrategie, um zukünftig Einschränkungen beispielsweise durch in Gleisbereiche und Oberleitungen gestürzte Bäume deutlich zu reduzieren. So will sie „nach Extremwetterereignissen“ unter anderem Hubschrauber einsetzen, um das Ausmaß des Ereignisses zu erfassen und zu bewerten. Zur Prävention will die Bahn noch in diesem Jahr 150 Forstexperten mit Spezialtechnik den Zustand von Bäumen und Pflanzen entlang der Gleise erfassen lassen. *J.H.*



Frauenanteil beim Bund

Berlin – Von den insgesamt rund 261600 Bediensteten im Geschäftsbereich des Bundesverteidigungsministeriums sind rund 19,9 Prozent Frauen. Bei den Angestellten machen die Frauen 40 Prozent aus, der Frauenanteil bei den Beamten beträgt 31, bei den Soldaten zwölf Prozent. 7,52 Prozent der Offiziere des Truppendienstes und 3,64 Prozent der Offiziere des militärfachlichen Dienstes sind Frauen. Im Sanitätsdienst sind bereits 43,9 Prozent der Offiziere weiblich. Das liegt daran, dass hier die Laufbahn der Offiziere bereits im Jahr 1989 und die der Unteroffiziere im Jahr 1991 für Frauen geöffnet wurde. Bei den Unteroffizieren mit Portepee des Sanitätsdienstes liegt der Frauenanteil bei 44,9, in den übrigen Bereichen bei 7,3 Prozent. Bei den Unteroffizieren ohne Portepee liegt der Frauenanteil im Sanitätsdienst sogar bei 46,9, in den übrigen Bereichen bei 10,1 Prozent. *J.H.*

Zeitzeugen


Bild: Imago

Travis Kalanick – Der 1976 in Los Angeles geborene US-amerikanische Unternehmer gründete 2009 mit Garrett Camp den Fahrdienst Uber und war bis vergangenes Jahr dessen Vorstandsvorsitzender. Mit Uber wollten er und Camp den Markt für Personenbeförderung revolutionieren: „Wir befinden uns in einer politischen Kampagne, in der der Kandidat Uber heißt und der Gegner ein Arschloch namens Taxi.“

Philipp Benkler – Das von ihm gegründete Unternehmen Testbirds prüft Software vor der Markeinführung auf Herz und Nieren. Für Testbirds arbeiten etwa 100 Festangestellte und die unvorstellbare Zahl von 250 000 freien Mitarbeitern in 193 Ländern. Im Schnitt verdienen Tester zwischen 20 und 30 Euro im Monat. Die fleißigsten kommen auf einen vierstelligen Betrag pro Jahr. Aber die weitaus meisten Mitglieder der Test-Community sind nicht aktiv.


Bild: Imago

Holger Bonin – Der Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Kassel leitet den Bereich „Arbeitsmärkte“ am Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung. Für ihn ist die Arbeit bei Uber eine Form der Scheinselbstständigkeit, da Uber alle Details des Vertrages zwischen Fahrer und Fahrgast regele, und eine Regulierung derartiger Plattformen hält er für dringend nötig.

James Bloodworth – Der britische Journalist recherchierte für sein dieses Jahr erschienenes Buch „Sechs Wochen undercover“ von 2016 bis 2017 verdeckt in der Gig Economy. In dieser Zeit arbeitete er als freier Fahrer beim Fahrdienst Uber, im britischen Verpackungszentrum von Amazon und als Pflegekraft in Blackpool. In seinem Buch beschreibt er eine Arbeitswelt, in der schlecht bezahlte Freiberufler weniger Rechte haben als Festangestellte.


Bild: GP

Gianpiero Petriglieri – Der außerordentliche Professor für Organisationsverhalten an der 1959 in Frankreich gegründeten privaten Insead-Wirtschaftshochschule mit Niederlassungen in Europa, Asien und dem Nahen Osten sieht in der Gig Economy die Arbeitswelt der Zukunft. Zwar erkennt er die Risiken, aber es liegt seines Erachtens am Einzelnen, wie er seine Lage meistert.

Krisenphänomen oder Zukunft?

Welche Bedeutung der sogenannten Gig Economy beizumessen ist

Glaubt man einigen Experten, wird die Arbeitswelt der Zukunft wahrscheinlich so aussehen: Es gibt keine festen Berufsbilder mehr, keine Festanstellungen, Aus- und Weiterbildung ist Privatsache, ebenso die Kranken- und Rentenversicherung. In den USA lebt eine wachsende Anzahl von Menschen so – wie ein Bühnenkünstler, der von Gig zu Gig oder von Auftritt zu Auftritt zieht.

Der Ausdruck „Gig Economy“ meint einen Teil des Arbeitsmarktes, in dem kleine Aufträge kurzfristig an Selbstständige oder geringfügig Beschäftigte vergeben werden. Als Vermittler fungieren Online-Plattformen, deren Betreiber von beiden Seiten Provisionen erheben und die Rahmenbedingungen festlegen.

Es gibt zwei Erzählungen über die Gig Economy. Die eine spricht über den Zuwachs an Autonomie und persönlicher Freiheit, die diese Art des Arbeitens möglich macht. Man kann sein kreatives Potenzial ausschöpfen und dabei auch noch gutes Geld dazuverdienen. Anhänger dieser Position nehmen als Beispiel gerne freie IT-Fachleute, Software-Programmierer oder Designer und Werber, aber auch klassische Freiberufler wie Anwälte oder Unternehmensberater.

Die zweite Erzählung verweist auf die Situation von freien Fahrradkurieren, selbstständigen Kurierfahrern und vielen anderen Jobbern, die entweder das schlechte Gehalt ihres Hauptjobs aufbessern müssen oder gezwungen sind, komplett auf diese Art ihren Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Oft müssen sie im Schichtsystem arbeiten und kurzfristig auf Abruf verfügbar sein. Ihre Arbeitszeit wird genauso erfasst wie die von Festangestellten. Sie sind jederzeit ersetzbar, arbeiten ohne Kündigungsschutz, soziale Absicherung und müssen ihre Versicherungen selber bezahlen.

Wie weit diese Art der Arbeit verbreitet ist, ist umstritten. Das McKinsey Global Institute befragte 2016 rund 8000 Menschen in den USA, Großbritannien, Deutschland, Schweden, Frankreich und Belgien. Als Ergebnis schätzte McKinsey, dass die sogenannte unabhängige Arbeiterschaft in den USA und in der EU zwischen 20 und 30 Prozent der Erwerbstätigen ausmacht.

Experten wie Holger Bonin (siehe Zeitzeugen-Spalte links) hingegen halten den Anteil dieser Jobber für viel geringer. „Es ist nicht einfach, an präzise Daten zu kommen, aber wir gehen davon aus, dass in den USA die Gig Economy nur 0,5 Prozent der Jobs ausmacht“, sagte er der deutschen Wirtschaftszeitschrift „Brand eins“. In Deutschland seien es noch weniger. Amerikanische Verhältnisse sieht er hierzulande nicht heraufziehen, da in Deutschland das Bildungsniveau und die Produktionsweisen andere seien.

Das U.S. Bureau of Labor Statistics des US-amerikanischen Arbeitsministeriums stellte in seinen jüngsten Veröffentlichungen für 2017 fest, dass der Anteil von Gig-Arbeitern 10,1 Prozent betragen habe und der Anteil unabhängiger Vertragsarbeit 6,9 Prozent. 2005 hatten die Vergleichswerte noch 10,5 Prozent beziehungsweise 7,5 Prozent betragen. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Aufschwungs scheint die Gig Economy in den USA also schon wieder an Bedeutung verloren zu haben.

Die Einschätzung der Bedeutung der Gig Economy hängt jedoch nicht nur davon ab, wie groß die in ihr beschäftigte sogenannte unabhängige Arbeiterschaft ist, sondern auch davon, welche Bedeutung diese Beschäftigung für den genannten Bevölkerungsteil hat. Aufgrund der obengenannten Umfrage hat McKinsey geschätzt, dass etwa die Hälfte die Gelegenheitsarbeit als zusätzliche Geldquelle nutzt. Nach einer Studie der US-Notenbank erwirtschaften nur fünf Prozent der Gig-Arbeiter mehr als die Hälfte des Familieneinkommens. Für alle anderen sei es ein Nebenverdienst, der bei drei Vierteln der Befragten keine zehn Prozent des Einkommens ausmache. Und der durchschnittliche Gig-Arbeiter arbeite gerade einmal fünf Stunden im Monat auf diese Art.

Abgesehen davon, dass der Trend zumindest derzeit wieder in Richtung klassischer Arbeitsverhältnisse zu laufen und die Beschäftigung in der Gig Economy für viele nur eine zusätzliche Einnahmequelle zu sein scheint, werden die Online-Vermittler immer stärker reguliert, um den Arbeits-Anbietern dort mehr Rechtssicherheit und Schutz vor Willkür zu bieten. *Friedrich List*

Schattenseiten der Gig Economy

Wer im Internet nach Informationen über die Gig Economy sucht, stößt immer mal wieder auf Geschichten wie die von Shadi Allababidi Paterson. Paterson ist ein britischer Marketing-Spezialist, der sich mit seinem Unternehmen darauf spezialisiert hat, Firmen bei der Projektfinanzierung durch das sogenannte Crowdfunding zu unterstützen. Crowdfunding ist eine relativ neues Finanzierungsmodell, das über Internetplattformen Geld von Investoren sammelt.

Paterson begann seine Tätigkeit als Ein-Mann-Unternehmen. Er wollte leben und arbeiten, wo es ihm gefällt, und vermarktete seine Fähigkeiten über Vermittlungsplattformen im Internet. Über sie finden selbstständige IT-Experten, die etwa in Asien leben, Kunden in Europa oder Nordamerika. Auftragserteilung, Abwicklung und Bezahlung laufen über den Plattformbetreiber, der dafür von beiden Parteien Provision erhebt.

Paterson passierte nun etwas, das jedem Freiberufler passieren

Shadi Allababidi Paterson

kann. Er geriet an einen Kunden, der schlecht organisiert war. Obwohl er praktisch sofort mit seinem Projekt beginnen sollte, bekam er kaum Informationen über seine Aufgabe. Er hakte nach, bekam aber nur ausweichende Antworten. Irgendwann merkte er, dass sein Fast-Kunde begonnen hatte, ihn über die Vermittlungsplattform und über den Online-Nachrichtendienst Twitter anzuschwärzen. Man hatte zahlreiche Kunden von Paterson wie auch den Plattformbetreiber kontaktiert und sich über seine schlechte Arbeitsmoral ausgelassen. Paterson wurde im Ranking herabgestuft, dann gesperrt. Die Plattform behielt sein Geld ein. Paterson beschwerte sich und schrieb im Online-Magazin „Medium“ über seine Erlebnisse. Nun gingen die Anwälte des Plattformbetreibers auf ihn los, während sein Fast-Kunde in den sozialen Medien attackiert wurde. Am Ende bekam Paterson sein Geld, musste aber Verweise auf die anderen Beteiligten aus seinen Artikeln entfernen. *F.L.*



Bild: Mauritius

Ein beneidenswerter Selbstständiger oder ein bedauernswerter Scheinselbstständiger? Kurier des Online-Lieferdienstes Deliveroo

Aus der Not geboren

Finanzkrise und Massenarbeitslosigkeit förderten die Gig Economy

Selbstständige hat es zu allen Zeiten gegeben. Nie gehörten dazu nur erfolgreiche und wohlhabende Menschen, sondern auch Habenichtse, die sich mühsam über Wasser halten. Es gibt sie in den klassischen Berufsgruppen, also bei den Anwälten, Handwerkern, Ärzten oder in den künstlerischen Berufen. Aber es gibt auch selbstständige Kurierfahrer.

Bislang ist die Zahl der Freiberufler vergleichsweise gering, feste Arbeitsverhältnisse sind hingegen die Norm. Die Mehrheit der Deutschen arbeitet immer noch in festen Arbeitsverhältnissen mit sozialer Absicherung und geregelten Arbeitszeiten.

Allerdings hat die Politik versucht, das zu ändern. Die Freiberuflichkeit, gar die Geschäftsgründung, gilt seit den 1990er Jahren als guter Ausweg aus der Arbeitslosigkeit. Mit Konstruktionen wie der „Ich-AG“ und günstigen Krediten für Gründer versuchte die Politik, dieser neuen Kultur der Selbstständigkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Das führte dann zu Erscheinungen wie dem Gastwirt, der seine Tische an selbstständige Kellner verpachtete, um so seine Arbeitgeberanteile an Sozial- und Krankenversicherung einzusparen.

»Gig Economy« als Begriff entstand um 2009 in den USA

Der Begriff „Gig Economy“ entstand um 2009 in den USA auf dem Höhepunkt der Finanzkrise. Viele Menschen, die ihre Vollzeitstelle verloren, mussten nun viele kleine Jobs annehmen, um wirtschaftlich zu überleben. 2009 wurde auch die Fahrdienstvermittlung Uber gegründet, gefolgt von der Wohnungsvermittlung Airbnb. Der Trend, eine Vollzeitstelle in viele befristete Jobs umzuwandeln, verstärkte sich. Im Internet entstanden für zahlreiche Branchen ähnliche Vermittlungsplattformen, die Arbeitsuchende und Auftraggeber zusammen brachten. Inzwischen kann man Software-Entwicklungen, Produkttests oder Werbetexte genauso online buchen wie Handwerker oder Haushaltshilfen. Und es gibt die sogenannten Micro-Jobs, zeitlich befristetete Handlangertätigkeiten, die ebenfalls über Online-Plattformen vermittelt werden. Für viele ist das ein Zuverdienst, der das reguläre Einkommen aufbessern soll. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Wo Pendeln richtig teuer kommt

Berliner ziehen günstiger Hauspreise wegen ins Umland – Doch das lohnt sich oft gar nicht



Nur von ausgesuchten Standorten aus lohnt sich das Pendeln auch auf längere Sicht: Pendler am Berliner Ostkreuz

Bild: Imago

Immer mehr Berliner schauen sich wegen steigender Mieten und hoher Immobilienpreise in der Hauptstadt nach einem Wohnsitz im Umland um. Dabei wird allerdings häufig ein wichtiger Faktor übersehen.

Laut aktuellem Postbank-Wohnatlas 2018 müssen viele Bewohner von Ballungsräumen auch in den kommenden Jahren mit weiter steigenden Immobilienpreisen rechnen. Zusammen mit dem Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) hat die Postbank untersucht, wo in Deutschland bis zum Jahr 2030 Immobilien an Wert gewinnen oder verlieren werden.

Ausgewertet wurden dazu Daten wie die Bevölkerungsstruktur und Einkommensentwicklung für 401 Städte und Landkreise in ganz Deutschland. Demnach wird für 181 Regionen eine fallende Preistendenz prognostiziert, in 220 Regionen ist dagegen mit einem Anstieg der Preise zu rechnen.

Zu den zehn Gegenden, denen die Experten den stärksten Wertzuwachs zutrauen, rangieren allein acht süddeutsche Kreise und Städte. Spitzenreiter ist Heilbronn mit einer prognostizierten Preissteigerung von 2,99 Prozent pro Jahr. In der Spitzengruppe der ersten zehn werden auch Cloppenburg in Niedersachsen (plus 1,82 Prozent pro Jahr) und Potsdam aufgeführt. Mit einer vorhergesagten jährlichen Preissteigerung von 1,66 Prozent rangiert Brandenburgs Landeshauptstadt sogar auf Platz 7.

Im Kontrast dazu weist die Untersuchung viele Landkreise in den östlichen Bundesländern als Gegenden aus, in denen mit fallenden Immobilienpreisen gerechnet werden muss. Eine der Ursachen liegt insbesondere in dem zu erwartenden Bevölkerungsrückgang.

Vergleichsweise moderat fällt die Prognose für Berlin aus: Die Postbank geht für die deutsche Hauptstadt von einem jährlichen Preisanstieg von 0,53 Prozent aus. Schon jetzt haben die hohen Immobilienpreise in Berlin und das vergleichsweise noch günstig erscheinende Preisniveau im Umland dazu geführt, dass jedes Jahr rund 10 000 Menschen mehr von der Bundeshauptstadt ins brandenburgische Umland ziehen, als umgekehrt Brandenburger in die Metropole wechseln.

> Die Fahrtkosten fressen den Preisvorteil auf

So kostete vergangenes Jahr Wohneigentum in Berlin im Schnitt 3676 Euro je Quadratmeter, in Potsdam wurden durchschnittlich 3241 Euro bezahlt. In anderen Orten des sogenannten Berliner Speckgürtels fällt der Preisunterschied wesentlich stärker aus. Unter bestimmten Umständen kann der Preisvorteil allerdings schon innerhalb weniger Jahre aufgebraucht sein.

Das HWWI ermittelte für den Postbank-Wohnatlas nämlich auch die Kosten für das Pendeln zu einem Arbeitsplatz in Berlin. Dabei stellte sich heraus, dass nur in Falkensee, Teltow und Blankenfelde-Mahlow das Pendeln auch nach mehr als 20 Jahren noch günstiger ist als ein Immobilienkauf in Berlin. Dem ohnehin ernüchternden Befund liegt obendrein die Annahme zugrunde, dass der Pendler nicht das eigene Auto nutzt, sondern Bus und Bahn.

Im Falle von Falkensee ermittelte das Hamburger Institut, dass der Preisvorteil einer Umland-Immobilie immerhin erst nach 28,9 Jahren aufgebraucht ist, falls der Weg zum Arbeitsplatz in Berlin mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt wird. Nutzt der Pendler jedoch ein Auto, ist der Vorteil der günstigen Immobilien schon nach zwölf Jahren nicht mehr vorhanden.

Besonders gering ist der Preisvorteil im Fall der Landeshauptstadt Potsdam. Aufgrund der hohen Immobilienpreise ist die Ersparnis gegenüber einem Kauf in Berlin bereits nach 5,5 Jahren aufgezehrt, falls der Weg zum Arbeitsplatz in Berlin mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt wird. Fährt der Pendler mit dem Auto, sinkt die Zeitspanne auf nur noch 2,6 Jahre ab.

Generell schnitt in der Untersuchung das tägliche Auto-Pendeln bei allen untersuchten brandenburgischen Städten teurer ab, als die Nutzung von Bus und Bahn. Die Forscher gingen bei ihrer Berechnung der Pendlerkosten von folgenden Annahmen aus: Im Haushalt arbeitet eine Person in Berlin und pendelt pro Jahr 220 Mal in die Bundeshauptstadt. Bei den Stadtbewohnern gingen die Studienmacher davon aus, dass deren Fahrzeit der eines Pendlers von dessen Haustür zum Umlandbahnhof und vom Berliner Hauptbahnhof zum Arbeitsplatz entspricht. Die Studie berücksichtigte auch die Kosten für Fahrkarten von Bus und Bahn sowie für das Auto.

Bei der Berechnung ging das Wirtschaftsinstitut zudem von den durchschnittlichen Preisen für eine 70 Quadratmeter große Wohnung in Berlin und im Umland aus. Gerade im Falle Berlins und seines Umlands sind Immobilienkäufer gut beraten, sich auch die konkrete Verkehrsanbindung anzusehen.

Laut Daten des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg hat sich die Zahl der Berufspendler in den vergangenen 20 Jahren um fast 70 Prozent erhöht. Als Folge gehören für viele Pendler mittlerweile Staus oder völlig überfüllte Züge zum Berufsalltag. Die Länder Berlin und Brandenburg haben inzwischen vereinbart, die Schienenwege in acht Pendlerkorridoren auszubauen. Die meisten dieser Projekte werden allerdings frühestens ab dem Jahr 2030 zu einer deutlichen Verbesserung der Verkehrsanbindung führen.

Norman Hanert

Müller contra Volkswillen

Von Theo Maaß

Drohendem Machtverlust versuchen europäische Linkspolitiker durch Missachtung des Volkswillens zu begegnen. Die mit vornehmlich repräsentativen Funktionen betrauten Präsidenten Österreichs und Italiens versuchten Einfluss auf die Bildung von Mitte-Rechts Regierungen ihrer Länder zu nehmen. Beide beließen es letztlich bei symbolischen Handlungen.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller von der SPD, ist da einen Schritt weiter. Die Abgeordneten seiner rot-rot-grünen Regierung haben gerade im Parlament beschlossen, das Ergebnis einer Volksabstimmung zu missachten.

Beachtliche 56,4 Prozent der teilnehmenden Bürger hatten am 24. September 2017 für einen Weiterbetrieb des von der Schließung bedrohten Flughafens Tegel votiert. Die Gegenstimmen kamen – nicht gerade überraschend – vornehmlich aus Ost-Berliner Plattenbauvierteln und Kreuzberg.

Schon einen Tag später erklärte Müller verklausuliert, dass ihn das Ergebnis der Volksabstimmung nicht interessiere. Während der Parlamentssitzung demonstrierten zahlreiche Taxifahrer pro Tegel vor dem Gebäude. Das Ergebnis der Abstimmung versammelte alle anwesenden Vertreter der drei linken Regierungsparteien hinter Müller.

Aber auch die Opposition zeigte Geschlossenheit. Die von der FDP initiierte Volksabstimmung hatte maßgeblich zum Wiedereinzug der Liberalen in das Parlament beigetragen. Fraktionschef Sebastian Czaja: „Wenn der Regierende Bürgermeister Michael Müller keine Lust mehr hat, dann soll er doch endlich die Stadt freigeben ... Wollen Sie uns eigentlich verarschen?“ AfD-Fraktionsgeschäftsführer Frank Christian Hansel sagte: „Schaut auf diesen Senat! Liebe Berliner, erinnert euch, wer hier die Verantwortung trägt!“ und versuchte, mit dieser Wortwahl an Ernst Reuters historische Rede zu erinnern. CDU-Generalsekretär Stefan Evers: „Sie sollten sich schämen, das voraussichtliche Ergebnis ist eine Schande für dieses Haus!“ Fast scheint es, dass die drei bürgerlichen Parteien einmal mehr in Berlin zu Gemeinsamkeiten finden.

Die Versuche der Regierungsfraktionen, die Oppositionsfraktionen gegeneinander aufzuhetzen, fruchteten nicht. Der Grünen-Abgeordnete Harald Moritz: „Der Volksentscheid wurde von der FDP missbraucht, alle anderen Parteien haben verloren.“ Am Ende könnte nur die Regierung der Verlierer sein.

In Brandenburg war der Ministerpräsident Dietmar Woidke immerhin so klug, seine Kreisgebietsreform nicht gegen den Bürgerwillen durchzusetzen. Diese Einsicht scheint seinem Parteigenossen Michael Müller nicht zu kommen.

Palenda schmeißt hin

Chef des Berliner Verfassungsschutzes bittet um Versetzung

Als Berlins Innenstaatssekretär Torsten Akmann (SPD) unlängst eine Stärkung der Fachaufsicht über den Verfassungsschutz ankündigte, schien dies nur die Umsetzung von Expertenempfehlungen zu sein. Doch dann erfolgte eine unerwartete Reaktion: Unmittelbar nach einer Sitzung des Verfassungsschutzausschusses im Abgeordnetenhaus reichte Bernd Palenda, bisher Leiter des Berliner Verfassungsschutzes, ein Gesuch um Versetzung ein. Zuvor hatte der Staatssekretär seinen Plan vorgestellt, eine neue „Arbeitsgruppe Kontrolle Verfassungsschutz“ zu bilden, die direkt in der Innenverwaltung angesiedelt wird.

Akmann verwies auf Erfahrungen bei der Aufarbeitung des NSU-Skandals. Diese hätten gezeigt, dass eine zusätzliche verwaltungsinterne Kontrolle der Arbeit von Nachrichtendiensten erforderlich sei. Akmann will die Arbeitsgruppe mit einem Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht ausstatten. Bei Berlins Innenrevision war bislang nur ein Mitarbeiter für die Kontrolle der Kosten des Verfassungsschutzes zuständig. Mit der Verstärkung der Geheimdienstkontrolle wird eine

> Offenbar ist es Protest gegen ein neues Kontrollgremium

Expertenempfehlung aufgegriffen: In Deutschland haben sich bei den Verfassungsschutzbehörden zwei verschiedene Modelle etabliert.

Einige Bundesländer haben eigenständige Landesämter für Verfassungsschutz eingerichtet. In Berlin ist der Geheimdienst stattdessen in die Innenverwaltung integriert. Brandenburgs Verfassungsschutz ist als Abteilung 5 ebenfalls Teil des Innenministeriums. Mit Blick auf dieses Modell hat eine Bund-Länder-Kommission empfohlen, die politische Leitung durch eine weitere Kontrollinstanz zu unterstützen.

Auch die Berliner CDU hat vor Kurzem im Abgeordnetenhaus einen Antrag vorgelegt, der die stärkere Kontrolle des Geheimdienstes durch einen „parlamentarischen Beauftragten“ vorsieht. Stephan Lenz, der verfassungsschutzpolitische Sprecher der CDU, begründete den Vorstoß seiner Partei damit, dass in Zeiten steigender Gefahren durch Extremisten auch die Zahl verdeckter Überwachungsmaßnahmen zunimmt. „Die parlamentarische Kontrolle muss damit Schritt halten“, so der CDU-Politiker Lenz.

Nimmt Innensenator Andreas Geisel (SPD) Palendas Versetzungsgesuch an, wird Berlins Verfassungsschutz einen anerkannten Experten verlieren. *N.H.*

Mit nach Hause

Neues Bestattungsgesetz stößt auf Kritik

Brandenburgs rot-rote Regierungskoalition will mit der Neufassung des Bestattungsgesetzes neue Bestattungsformen ermöglichen. Das bislang geltende Gesetz schrieb vor, dass die Totenasche komplett beigesetzt werden muss. Künftig soll es Angehörigen erlaubt werden, einen kleinen Teil der Asche von Verstorbenen mit nach Hause zu nehmen.

Der Gesetzesentwurf erlaubt die Entnahme einer geringfügigen Menge der Totenasche, „wenn dies dem schriftlich verfügten Wunsch der verstorbenen Person entspricht und der Verwendungszweck dem sittlichen Empfinden der Allgemeinheit nicht widerspricht“. Schon jetzt fertigen Anbieter aus dem europäischen Ausland, etwa aus der Schweiz, aus dem Kohlenstoff der Asche sogar Diamanten.

Die evangelische und die katholische Kirche hatten sich vehement gegen die Möglichkeit einer Ascheentnahme ausgesprochen. Martina Köppen, Leiterin des Katholischen Büros für Berlin und Brandenburg, warnte davor, Verstorbene „zu einer Ware, zu einer Sache zu machen, die von einem Einzelnen in Besitz genommen wird“.

Martin Vogel, Länderbeauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, sprach von einem ersten Schritt in Richtung Privatisierung der Trauer: „Eine verstorbene Person kann ebenso wenig wie eine lebende Person Eigentum eines anderen Menschen sein“, so der Theologe. Der evangelische Bischof Markus Dröge und der katholische Berliner Erzbischof Heiner Koch mahnten in einer gemeinsamen Erklärung, ein Mensch „sollte nicht zu einer Sache gemacht werden, die von einzelnen Personen in Besitz genommen wird“.

Vertreter der Bestatterinnung warben dagegen für neue Bestattungsformen. *N.H.*

Goerzbahn zum Verkauf

Die Deutsche Bahn will das Gelände der sogenannten Goerzbahn verkaufen. Auf der Strecke, die einen Autozulieferer versorgt, rollen schon seit Mai keine Züge mehr. Seitdem der Autokonzern seine gefertigten Teile nunmehr mit Lastwagen transportiert, will die Deutsche Bahn die Anlage "vermarkten“. Dabei hat die Bahn die Goerzbahn 1995 zu einem symbolischen Preis erworben. Die seit 1981 einen Teil der Gleise und den Lokschuppen nutzende AG Märkische Kleinbahn, die dort ein Museum betreibt, fürchtet, die finanziellen Forderungen der Bahn nicht erfüllen zu können.

Die 1904 etablierte Goerzbahn umfasste ursprünglich sechs Kilometer und transportierte von 1919 bis 1945 außer Gütern auch die Werksangehörigen vom Bahnhof Berlin-Lichterfelde bis zu ihren Arbeitsstätten. Von 1946 bis 1994 nutzen auch die US-Streitkräfte die Bahn zur Versorgung der nahe gelegenen Kasernen.

Frank Bücker

MELDUNGEN

Verkaufen statt verschwenden

Kopenhagen – Dänemarks Umwelt- und Ernährungsminister Jakob Ellemann-Jensen (Venstre) will den Verkauf von Lebensmitteln im kleinen, privaten Rahmen vereinfachen. So soll es möglich sein, vier bis fünf Mahlzeiten in der Woche zu verkaufen, ohne dass besondere Anforderungen an den Verkäufer gestellt werden. Nach den bisherigen Regeln ist es erlaubt, zehnmal im Jahr Essen an andere Personen zu verkaufen, ohne dass man sich als Lebensmittelunternehmen registrieren lassen muss. Mit den neuen Regeln will Ellemann-Jensen erreichen, dass weniger Lebensmittel verschwendet werden. *J.H.*

Jemen-Konflikt spitzt sich zu

Sanaa – Die von Saudi-Arabien geführte Koalition hat ihre Offensive gegen die Houthi-Milizen in der jemenitischen Stadt Hodeidah, über deren Hafen drei Viertel aller Hilfslieferungen für 30 Millionen Menschen ins Land kommen, begonnen. Schon vor Kriegsbeginn im März 2015 importierte der Jemen 85 Prozent seiner Medikamente und 90 Prozent seiner Nahrungsmittel aus dem Ausland, wobei 80 Prozent aller Importe über den Hafen Hodeidah abgewickelt werden. Durch die extreme Warenverknappung steigen die Nahrungsmittelpreise dramatisch und die Hungerkatastrophe verschärft sich weiter. Szenen mit Kindern mit aufgedunsenen Bäuchen, wie man sie bislang nur aus Afrika kannte, spielen sich nur wenige Kilometer von den Luxuskonzentrationen Saudi-Arabiens entfernt ab. Die UNO bezeichnet die Situation im Jemen schon jetzt als größte humanitäre Katastrophe der Gegenwart. *B.B.*

Polarmeer als Ausweg

Nordostpassage als Handelsroute – Russen und Chinesen planen eine gemeinsame »Polar-Seidenstraße«

Das Südchinesische Meer gehört zu den gefährlichsten Brennpunkten der Weltpolitik. Jetzt ärgern sich die USA über eine russisch-chinesische „Polar-Seidenstraße“.

China beansprucht das Südchinesische Meer in weiten Teilen als Hoheitsgewässer, obwohl bereits ein flüchtiger Blick auf die Seekarte zeigt, dass Länder wie vor allem Vietnam oder die Philippinen mit demselben Recht Ansprüche geltend machen können. Dazu kommt die Politik der USA, die sich mit der aggressiven Präsenz ihrer Navy ebenfalls ins Spiel bringen. Das vor allem führt zu einer unmittelbaren Konfrontation der USA mit China, die sich jederzeit entladen kann.

Was die Vereinigten Staaten im Südchinesischen Meer, fernab eigener Küsten und Hoheitsgewässer, bezwecken, ist offenkundig: Dort wie anderswo auf dem Globus nutzen sie jede Gelegenheit, sich wirtschaftliche oder strategische Vorteile zu verschaffen, oder zumindest möglichen Konkurrenten solche Vorteile streitig zu machen. Das entspricht der Staatsräson und der Weltsicht Washingtons und trägt seine Erklärung in sich selbst.

Ein wenig vielschichtiger ist die Betrachtungsweise von chinesischer Seite. Im Gegensatz zu den meisten westlichen Gesellschaften wirkt in China ein überaus starkes Geschichtsbewusstsein. Daher ist nicht nur bei den Politikern gegenwärtig, dass für das Reich der Mitte Gefahr immer von der Seeseite drohte – wenn man von den Mongolenstürmen absieht. Vor allem der Opiumkrieg ist immer noch in schmerzlicher Erinnerung, und er gehört ganz wesentlich zu den offenen Rechnungen, die China für den Westen bereithält, und an die hier niemand denkt.

Was aber das Südchinesische Meer angeht, so spielt ein weiterer Umstand eine gewichtige Rolle. Über dieses Meer wird ein Großteil des chinesischen Außenhandels abgewickelt. Wenn also die USA behaupten, sie müssten diese Seewege der internationalen Schifffahrt wegen schützen, so maßen sie sich eine Aufgabe an, die China im eigenen Interesse selbst erfüllt.



Macht den Weg frei für die Nordostpassage: Russlands neues schwimmendes Kernkraftwerk

Bild: action press

Allerdings bahnt sich eine Entwicklung an, welche die Bedeutung des bisherigen Seewegs mindern könnte. China und Russland nämlich sind dabei, einen neuen Weg von Ostasien nach Europa durch die Arktis auszubauen, sozusagen als eine ergänzende Trasse zur Neuen Seidenstraße im Zentrum des Kontinents. Es wäre der schnellste und sicherste Handelsweg zwischen Ost und West. Gegenüber der Route von China durch die Straße von Malakka und dann weiter durch den Suezkanal nach Europa, die heute volle 35 Tage in Anspruch nimmt, ist der Nördliche Seeweg um 6500 Kilometer kürzer, was einer Zeitersparnis von zwei Wochen entspricht. Also statt 35 Tage nur elf.

Der Nördliche Seeweg hat obendrein den Vorteil, dass er die gewaltigen Rohstoffvorräte im arktischen Schelf vor Russlands Küste mit erschließt. Jetzt schon hat Russland die „Akademik Lomonossow“, das erste schwimmende Kernkraftwerk der Welt, von Murmansk auf den Weg zur fernöstlichen Tschuktschen-Halbinsel geschickt, wo sie im Hafen von Pewel vor Anker liegen wird. Von dort kann sie abgelegene Gebiete oder auch Ölplattformen mit Energie versorgen. Die Arktis ist überreich an fossilen Energieträgern. US-Wissenschaftler nehmen an, dass sich dort ein Fünftel der weltweiten Ölvorräte und ein Viertel der Vorkommen an Erdgas befinden. Zudem gibt es erhebliche Vorkommen an Gold, Silber und Seltenen Erden.

Vor Kurzem hat Russlands Präsident Putin eine chinesische Delegation zu einem Werk für Flüssiggas auf der sibirischen Halbinsel Jamal begleitet, an dem China beteiligt ist. Dort forderte Putin die Gäste auf: „Die Seidenstraße hat es bis in den Norden geschafft. Schließen wir sie an den Nördlichen Seeweg an, dann haben wir, was wir brauchen.“ Inzwischen hat China ein Weißbuch zur Erschließung der Arktis vorgelegt, in dem es heißt, Peking wolle „gemeinsam mit anderen Staaten“ Seerouten in der arktischen Region schaffen, eine „Polar-Seidenstraße“.

Mit den „anderen Staaten“ ist natürlich in allererster Linie Russland gemeint, denn China hat selbst keinen unmittelbaren Zugang zur Arktis, wogegen sich die russische Küstenlinie in der Arktis auf fast 40000 Kilometer beläuft, das ist so viel wie der Erdumfang. Weil China kein Arktisanrainer ist, hat es zwar einen Sitz als Beobachter, aber keine Stimme im Arktis-Rat. Das macht die Zusammenarbeit mit Russland noch wichtiger als ohnehin.

Selbstverständlich stoßen diese Maßnahmen auf das Missfallen der USA. Das gilt umso mehr, als Russland auch seinen Norden militärisch schützt, denn für Raketen aus den USA gibt es nach Russland keinen kürzeren Weg als über den Nordpol. Dementsprechend unterhält das Kommando Nord der russischen Streitkräfte ein Frühwarnsystem, und die Nordmeerflotte verfügt über den größten Anteil an strategischen Atom-U-Booten. Die russische Luftwaffe setzt seit Jahren alte, zwischenzeitlich aufgelassene Flugplätze im Norden Sibiriens wieder instand, und die Flotte der Eisbrecher ist teilweise bewaffnet worden.

Die frühere Vize-Außenministerin der USA, Paula Dobriansky, fordert nun das westliche Bündnis auf, seine Positionen in der Arktis zu stärken. Die republikanische Politikerin regt an, die USA sollten ebenfalls eine militärische Infrastruktur im Hohen Norden ausbauen und dazu ein Stabsquartier auf US-Territorium errichten. Man müsse zeigen, wer der wirkliche „Anführer der NATO und der ganzen Welt“ sei. Die USA würden sich durch nichts und niemanden davon abhalten lassen, ihre wirtschaftliche und politische Übermacht gegen jedermann durchzusetzen. Derzeit allerdings ist die US Navy noch damit beschäftigt, im Südchinesischen Meer vor den Spratley-Inseln für ein wenig Provokation zu sorgen. *Florian Stumfall*

Rassismus auf Arabisch

Vertriebene in Libyen – Die schwarze Bevölkerung von Tawurga

Tausende von Menschen in der libyschen Stadt Tawurga, die wegen ihrer angeblichen Unterstützung für den gestürzten Ex-Diktator Muammar al-Gaddafi nach dessen Sturz im Jahr 2011 ins Exil gezwungen wurden, sollen dank eines neuen Abkommens in ihre Heimat zurückkehren können, kündigte die Regierung der nationalen Einheit an. Die 35000 Einwohner von Tawurga leben seit mehr als sieben Jahren in libyschen Lagern unter erbärmlichen Bedingungen und mit dem Verbot, nach Hause zurückzukehren. Die Nachbarstadt Misrata, 200 Kilometer östlich von Tripolis, die an der Spitze der Revolution gegen den ehemaligen Diktator stand, hatte die Menschen von Tawurga gezwungen, 40 Kilometer weiter südlich ins Exil zu gehen.

Staatspräsident Fayiz as-Sarradsch hatte einen Versöhnungspakt zwischen den Bürgermeistern von Tawurga und Misrata ausgehandelt, um „die sichere Rückkehr der Bewohner zu ermöglichen“, heißt es auf der Facebook-Seite der Regierung. „Diese Rückkehr wird der Beginn der Rückkehr aller vertriebenen Libyer innerhalb und außerhalb des Landes sein“, sagte er.

Bereits am 1. Februar war es nach jahrelangen Verhandlungen zu einem Vertrag zwischen dem sogenannten Präsidialrat von Misrata und dem Tawurga-Stamm gekommen, gemäß dem die Vertriebenen in ihre Heimat zurückkehren sollten. Allerdings erlebten die etwa 43000 rückkehrwilligen Tawurgas, die sich auf den Weg gemacht hatten, eine böse Überraschung: Milizen, vor allem aus Misrata, blockierten die Straße zu ihrer Stadt. Die Menschen sitzen nun auf freiem Feld ohne Versorgungsmöglichkeiten fest. Die Stadtverwaltung von Misrata verweigerte den Vertriebenen die Rückkehr weil keine Zahlungen geleistet wurden.

Misrata hatte von den bettelarmen Tawurgas drei Milliarden Dollar für die Duldung ihrer Rückkehr gefordert. Die Zahlung dieser Summe durch die Vereinten Nationen wurde von dieser abgelehnt. Zusätzlich zu dem Geld verlangen die Milizen eine nochmalige Entschuldigung für „begangene Verbrechen“ und eine Übergabe aller Personen, die für Gaddafi gekämpft haben sollen.

> Die UN sollen drei Milliarden Dollar Lösegeld bezahlen

Tawurga (in der Sprache der Berber: Die grüne Insel) war einst nicht nur wegen seiner grünen Palmen und Datteln bekannt, die als sein wahrer Reichtum bezeichnet wurden. Tawurga war auch bekannt als das Zentrum des schwarzen Libyens, weil die Stadt fast ausschließlich von einem Stamm schwarzer Araber besiedelt war, die als Nachkommen ehemaliger Sklaven seit Jahrhunderten in Libyen wie in allen anderen arabischen Ländern leben. Der Islam lässt zwar offiziell keinen Rassismus zu, allerdings brodeln auch unter dem Islam rassistische Vorurteile in weiten Bevölkerungskreisen. Diese kommen vor allem in Konfliktzeiten, wie während des Libyenkrieges, zum Vorschein.

Die Schwarzen, auch wenn sie Araber waren, galten unter der mehrheitlich weißen Bevölkerung Libyens wegen der kolonialen Ambitionen Gaddafis in Richtung Schwarzafrika als besonders verhasst. Auch aus diesem Grunde wurde Tawurga nach dem offiziellen Ende der Revolution am 23. Oktober systematisch zerstört. Die Bewohner wurden vertrieben und viele ermordet. Frauen wurden vergewaltigt. Inzwischen wurden über 100 Massengräber gefunden, viele davon gefüllt mit den Leichen Schwarzer. Nach internationalem Recht ist in Tawurga ein schweres Kriegsverbrechen begangen worden, weil die Stadt erst nach Abschluss der Kriegshandlungen zerstört wurde.

Häufige Berichte über Sklaverei in Flüchtlingslagern von Schwarzafrikanern haben Libyens einst guten Ruf in Afrika ruiniert. Deshalb hatten es die Machthaber nach jahrelangem Aussitzen der Tawurga-Krise plötzlich eilig mit guten Nachrichten über einen vermeintlich erfolgreichen Kampf gegen Rassismus. *Bodo Bost*

Afrikas nächster Dschihad

Mosambik: Christen im Fadenkreuz radikaler Moslems

Eigentlich gehört Mosambik wie auch Zentralafrika zu den christlichsten Ländern des Kontinents. Bis zu 90 Prozent der Bevölkerung in diesem fast 500 Jahre von Portugal kolonisierten Land gehören christlichen Kirchen an. Trotzdem häufen sich jetzt im Norden des Landes, im Grenzgebiet zu Tansania islamische Überfälle mit grausamen Massakern nach Art des Islamischen Staates (IS). Vor allem die Provinz Cabo Delgado ist Ziel des neusten Dschihad in Afrika. Über 100 Menschen wurden bereits getötet.

Mosambik wird gemeinhin nicht mit Dschihadisten in Verbindung gebracht, sondern eher mit einem langen Konflikt mit der Kolonialmacht Portugal, die 1975 abgezogen ist. Diesem Konflikt folgte eine jahrzehntelange Konfrontation zwischen der siegreichen ehemals sozialistischen Befreiungsbewegung Frelimo (Mosambikanische Befreiungsfront) und der ehemaligen Anti-Frelimo-Guerilla Renamo (Mosambikanischer Nationaler Widerstand). Dieser Konflikt hatte erst vor einigen Jahren mit Hilfe der römischen Friedensbewegung San Egidio ein Ende gefunden. Anfang Mai starb der historische Renamo-Führer Afonso Dhlakama, kurz nach einer Einigung mit der Regierung auf eine Verfassungsreform zur Dezentralisierung des riesigen Landes.

Besonders wichtig ist die Dezentralisierung für den bitterarmen Norden 1600 Kilometer von der Hauptstadt Maputo entfernt, wo jetzt der radikale Islam Fuß fasst. Im Oktober 2017 besetzte erstmals eine radikale Gruppe namens „al-Shabaab“ (dieJugend) zwei Tage lang die Stadt Mocímboa in Cabo Delgado und verwickelte die Polizei in heftige Kämpfe mit 17 Toten. In Mocímboa betrieb al-Shabaab zwei Moscheen, die zur Kernzelle des Aufstandes wurden. Vor der Küste von Cabo Delgado liegen enorme Erdgasreserven, mit denen Mosambik ab 2022 zum drittgrößten Gasproduzenten der Welt aufsteigen will – aber den Aufbau der nötigen Infrastruktur leisten hauptsächlich ausländische Arbeiter, die lokale Bevölkerung geht leer aus. Gleiches gilt für die 2009 entdeckten Rubinvorkommen, nach manchen Schätzungen die größten der Welt – sie werden von Frelimo-Größen in Kooperation mit dem britischen Unternehmen Gemfields ausgebeutet.

> Radikale islamische Jugend tötete über 100 Menschen

Bislang war Mosambik mit einer mehrheitlich christlichen Bevölkerung an der Südostküste Afrikas kein Ziel größerer Terroranschläge gewesen. Beobachter vermuten, dass sich die Gruppe junger und radikaler Moslems im Norden des Landes aus Protest gegen die Korruption der örtlichen Behörden gegründet hatte. Unterstützt wird der Aufstand vor allem von Moslems aus Somalia und Kenia.

Mosambiks Norden gehörte vor der Kolonisierung durch Portugal zum arabischen Händlerreich Sansibar, das Ostafrika über den Indischen Ozean mit Oman auf der Arabischen Halbinsel verband und den Sklavenhandel jahrhundertelang kontrollierte. Erst durch die deutsche Kolonie Ostafrika wurde der Einfluss arabischer Händler ab 1885 gebrochen. Sansibar gehört heute zu Tansania, aber die gesellschaftlichen und familiären Verbindungen entlang der Küste des Indischen Ozeans sind eng geblieben.

Durch radikale kenianische und somalische Prediger kam der früher in Ostafrika nicht heimische radikale Islam, bis nach Tansania, die Komoren und eben auch nach Mosambik. Radikale Moslems sind erstmals 2014 im Norden Mosambiks aufgetaucht. Über den Indischen Ozean, der zum Teil immer noch von islamischen Piraten beherrscht wird, kamen Mosambikaner nach Somalia und Kenia, die bilden den Kern der neuen Miliz, die sich nach ihrem somalischen Vorbild al-Shabaab nennt, aber eigenständig ist. Auch die Anführer von al-Shabaab in Mosambik soll ein aus Somalia zurückgekehrter lokaler Prediger zusammen mit einem eingereisten Gambier sein. *B.B.*

Dieselskandal mit voller Wucht zurück

Nach dem Haftbefehl gegen Audi-Chef Stadler scheint die Justiz weitere Hauptdarsteller im Visier zu haben

Lange Zeit wähnte die deutsche Automobilindustrie den Dieselskandal überwunden. Nun kehrte er mit voller Wucht zurück.

Es gibt in der deutschen Nachkriegswirtschaft nur wenig vergleichbare Fälle. Überraschend – vor allem für den Betroffenen – wurde Rupert Stadler, Vorstandsvorsitzender von Audi, in der vergangenen Woche in seiner Villa in Ingolstadt festgenommen. Die Staatsanwaltschaft sieht eine Verdunkelungsgefahr bei der Aufklärung des Skandals um die Manipulation von Millionen Dieselautos des VW-Konzerns. Mit Stadler sitzt nun erstmals ein amtierender Spitzenmanager in Haft. Bisher hatten sich die Festnahmen hauptsächlich auf die USA und dort vor allem auf die zweite oder dritte Reihe bei Volkswagen konzentriert.

Die Verhaftung Stadlers, so spekuliert das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, könne auch als Signal an Volkswagen verstanden werden. Zweieinhalb Jahre nach Bekanntwerden des Dieselbetrugs soll der Konzern endlich kooperieren und erklären, wie es zu diesem großen Betrug kam. „Damit ist die Mär der Autoindustrie endgültig in sich zusammengefallen, beim Abgasskandal handle sich um die Verfehlungen einzelner Ingenieure“, kommentierte Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer die Stadler-Festnahme. „Immer klarer wird: Das Tricksen und Betrügen ist in den Konzernen von ganz oben mindestens toleriert, wenn nicht sogar angeordnet worden. In fast drei Jahren seit dem Bekanntwerden des Abgasskandals haben es weder der VW-Konzern noch die Branche insgesamt geschafft, einen klaren Schnitt zu ziehen.“

Vor Stadler wurden in Deutschland bislang lediglich ein Porsche-Ingenieur sowie ein ehemaliger Mitarbeiter der Entwicklungsabteilung von Porsche festgenommen. In den USA wurde ein Haftbefehl gegen den früheren VW-Chef Martin Winterkorn ausgestellt, gegen den in Deutschland zudem zahlreiche Schadenersatzklagen laufen, die seinen wirtschaftlichen Ruin zur Folge haben könnten. Strafen und Bußgeld summieren sich in den USA auf 4,3 Milliarden Dollar (3,7 Milliarden Euro). In Deutschland erging Mitte des Monats wegen der Verletzung von Aufsichtspflichten eine Geldbuße über eine Milliarde Euro an VW.

Die Staatsanwaltschaft hat sich in strafrechtlicher Hinsicht lange Zeit gelassen. Solange, dass schon gemutmaßt wurde, aus politischen Gründen könnten Deutschlands Automobilgranden verschont werden.

Doch in der Branche wächst nun die Anspannung. Nach Stadlers Verhaftung könnte ein Dominoeffekt eintreten. Die Untersuchungshaft gegen den 55-Jährigen kann ein halbes Jahr oder auch länger dauern. Stadler will den Ermittlern gegenüber aussagen. Von seinen Aufgaben als Audi-Chef und Vorstandsmitglied des VW-Konzerns ist er entbunden.

Heißer Kandidat auf einen Haftbefehl ist sicher auch Ex-VW-Boss Winterkorn, die Schlüsselfigur des Skandals. Der 71-Jährige war von 2007 bis zum Bekanntwerden des Dieselbetrugs im Herbst 2015 Chef des VW-Konzerns. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig ermittelt wegen Marktmanipulation und der Stickoxid-Thematik gegen ihn. Nach einer Strafanzeige der Finanzaufsicht Bafin ist auch die Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen möglicher Marktmanipulation im Spiel, hier geht es um Vorfälle der VW-Tochter Porsche.

Auch Winterkorns Nachfolger Matthias Müller ist noch lange nicht aus dem Schneider. Der ehemalige Porsche-Chef ersetzte Winterkorn, nachdem das ganze Ausmaß des Skandals im Herbst 2015 sichtbar wurde. Er schaffte eine Trendwende im operativen Geschäft, gab sich ahnungslos ob der Dieselaffäre und sich nicht viel Mühe, an der Aufarbeitung der Affäre mitzuhelfen. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart erklärte in der vergangenen Woche, dass die Ermittlungen gegen Müller, der im April gehen musste, noch nicht abgeschlossen seien. Aus ermittlungstaktischen Gründen wolle man keine Auskunft über den Stand geben. Gleiches gilt für Müllers Nachfolger Herbert Diess. Auch gegen ihn laufen noch Ermittlungen – mit unabsehbarem Ende.

Fest steht mittlerweile, dass Audi die Keimzelle des Abgasbetrugs war. In Ingolstadt wurde die Software entwickelt, die später in Millionen Autos der Marken VW, Audi, Porsche, Seat und Skoda verwendet wurde. Stadler, seit 2007 an der Audi-Spitze, will davon nichts gewusst haben.

Bei Audi reagierte man unterdessen und bestimmte den unbelasteten Bram Schot zum vorrübergehenden Nachfolger. Dass Stadler noch einmal an die Firmenspitze zurückkehrt, wird innerhalb der Branche stark angezweifelt. Bei VW versucht man es immer noch mit Aussitzen. Deutschlands größter Autobauer hat die Strafzahlung akzeptiert und erklärt permanent, nach vorne schauen zu wollen. Die Krise sei abgehakt. Das „Handelsblatt“ kommentierte jüngst, der VW-Aufsichtsrat um Hans Dieter Pötsch habe es bis heute versäumt, den Skandal wirkungsvoll aufzuklären. „Das interne Gutachten der Kanzlei Jones Day, das die Vorgänge bei VW und Audi auch für die Öffentlichkeit aufarbeiten sollte, ließ der Aufsichtsrat in der Schublade verschwinden“, heißt es. Doch Stadlers Festnahme könnte eine Zeitenwende bedeuten. Die Staatsanwaltschaft hatte zuvor nur kurz von Anfangsermittlungen berichtet, der Zugriff sei extrem überraschend gewesen. Aus der VW-Zentrale ist nach einem „Spiegel“-Bericht zu hören, dass man dort damit rechne, „dass sie morgen vor der Tür stehen“ könnten.

Peter Entinger



War seine Verhaftung nur ein Schuss vor den Bug der deutschen Automobilindustrie oder der Anfang einer ganzen Verhaftungswelle? Audi-Vorstandsvorsitzender Rupert Stadler

Bild: Imago

MELDUNGEN

Gefahr aus dem Ausland

Berlin – Ausländische Direktinvestitionen in inländische Schlüsseltechnologieunternehmen haben der Bundesregierung zufolge zugenommen. Generell sei zu beobachten, dass dies auch durch Investoren aus Ländern geschehe, die durch staatlich gesteuerte oder unterstützte Direktinvestitionen ihrer Unternehmen strategische Interessen verfolgen, insbesondere durch den Transfer sicherheitsrelevanter Technologien. Solche Direktinvestitionen würden grundsätzlich wegen ihrer besonderen Bedeutung daraufhin geprüft, ob eine mögliche Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit vorliegt. Die Außenwirtschaftsverordnung wurde 2017 um eine Meldepflicht für kritische Infrastrukturen ergänzt. *J.H.*

(siehe auch Kommentar Seite 8)

Zahlen zum Umweltbonus

Berlin – Fast 61500 Menschen haben seit Mitte 2016 für den Kauf eines Elektroautos Fördermittel bei der Bundesregierung beantragt. In knapp 40000 Fällen wurde dieser Umweltbonus bereits ausgezahlt. Abgelehnt wurden gut 5000 Anträge, vor allem, weil Hersteller den erforderlichen Eigenanteil am Bonus nicht übernahmen oder der Antragsteller nicht mit dem Halter des Fahrzeugs identisch war. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.963.860.632.484 €
Vorwoche: 1.963.907.848.372 €

Verschuldung pro Kopf:
23.718 €
Vorwoche: 23.719 €

(Dienstag, 28. Juni 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Lukaschenko setzt auf China

Weißrussland als Teil der Neuen Seidenstraße – Peking lockt mit günstigen Krediten

Chinesische Firmen investieren seit einigen Jahren verstärkt in Entwicklungsprojekte in Weißrussland. In der Hauptstadt Minsk bauen chinesische Konzerne beispielsweise für 250 Millionen US-Dollar den Wohnkomplex „Promenade“, einen Hotel- und Wohnkomplex für 120 Millionen Dollar und ein Studentenwohnheim für 40 Millionen Dollar. In der Stadt Baryssau im Minsker Gebiet kaufte sich 2012 der chinesische Autohersteller Geely beim weißrussischen Unternehmen BelAZ ein. Präsident Alexander Lukaschenko pries die chinesische Beteiligung als Erfolg seiner China-Politik. In einer ersten Etappe sollten 60000 Autos jährlich hergestellt werden, danach 120000. Da der weißrussische Markt zu klein ist, liegt der Fokus auf Russland als Zielmarkt.

Lukaschenko beabsichtigt, sich mithilfe der engen Kooperation mit China von der Umklammerung des großen Bruders Russland befreien zu können. Für die Chinesen hat Weißrussland zuvorderst für den Ausbau seiner Neuen Seidenstraße Bedeutung. Aufgrund seiner geostrategischen Lage spielt es nämlich auf der transeurasischen Route eine bedeutende Rolle für die chinesische Transportlogistik. Die Route der Neuen Seidenstraße verläuft durch den gesamten postsowjetischen Raum. Wegen seiner geografischen Lage und der entwickelten Transport- und Zollinfrastruktur ist Weißrussland eine Art Flaschenhals, durch den hindurch China mit dessen Zielmarkt EU verknüpft wird.

China begleitet sein Seidenstraßenprojekt mit dem Großprojekt „Eine Zone – ein Weg“. Dabei handelt sich es um chinesische Investitionen in Logistikzentren entlang der gesamten Route. Weißrussland ist dabei einer der größten Leistungsempfänger. Bei Minsk sollte mit chinesischem Geld ein riesiger Industriepark namens „Großer Stein“ entstehen. Die Weißrussen sind davon ausgegangen, dass dort eine Produktionsstätte für moderne mikroelektronische und biotechnologische Technik entstehen würde, wie auch ursprünglich so angepriesen, doch die Chinesen änderten kurzerhand ihre Pläne. Der „Große Stein“ ist nichts anderes als ein Zwischenlager für chinesische Produkte auf dem Weg in die EU. Seit 2014 hat das chinesische Bauunternehmen CAMC bereits eine Milliarde Dollar investiert, am Ende werden es 5,5 Milliarden sein.

> Wirtschaftsexperten warnen vor Blauäugigkeit

Den Ausbau seiner Neuen Seidenstraße lässt China sich einiges kosten. Mit Milliardeninvestitionen und günstigen Krediten lockt Peking Lukaschenko. Dessen jahrelangen Versuche, sich vom großen Bruder Russland unabhängig zu machen, spielten den Chinesen in die Hände.

Derweil baut China schleichend seinen Einfluss auf die weißrussische Wirtschaft aus. Die chinesischen Firmen DREX Food Group und Xinrongji Holding Group haben es auf den Agrarsektor des Landes abgesehen. Sie haben bereits 20000 Hektar Land gepachtet, um eine Milchfabrik mit 40000 Beschäftigten zu bauen. Chinesische Geschäftsleute haben sich auch für die Fleischkonservenfabrik in Orschansk interessiert. Um ihre Pläne verwirklichen zu können, haben die beiden chinesischen Staatskonzerne beschlossen, die Minsker Bank „Moskau–Minsk“, die zurzeit privatisiert wird, zu kaufen. Daneben erhält Minsk Geld für die Modernisierung seiner Eisenbahninfrastruktur, da diese für den Transport auf der Seidenstraße benötigt wird.

Ein Blick auf die weißrussische Handelsbilanz zeigt, dass nicht Minsk, sondern vor allem Peking von der Kooperation profitiert. 2017 exportierte Weißrussland Waren im Wert von 362,7 Millionen Dollar nach China, importierte aber Waren für 2,7 Milliarden Dollar. Den Löwenanteil des Exports nach China nimmt Kalisalz ein, für andere weißrussische Waren ist der chinesische Markt gesperrt. Aus China kommen vor allem Elektronik und billige Konsumartikel, wodurch die weißrussische Industrie geschwächt wird.

Weißrussische Wirtschaftsexperten kritisieren Lukaschenkos Blauäugigkeit gegenüber China. Vor 15 Jahren nämlich kamen Chinesen in die Minsker Traktorenfabrik und kauften zehn Exemplare. Das Wirtschaftsministerium hoffte auf große Bestellungen für den riesigen Absatzmarkt China. Doch die Chinesen kopierten stattdessen die Traktoren und bauten sie selbst.

Insgesamt habe China in den letzten Jahren den Platz eingenommen, den zuvor Russland hatte. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis die Chinesen auch politischen Einfluss auf Weißrussland nehmen würden, so die Kritiker.

Manuela Rosenthal-Kappi

Der Unschutzbund

Von Hermann Paul Winter

Der Deutsche Kinderschutzbund (DSKB) stellt sich mit einer Resolution gegen „Rechtspopulisten“. Diese versuchten, den Verband zu unterwandern, das Weltbild der Rechten habe im Kinderschutzbund keinen Platz, heißt es darin.

Jetzt legt DKSB-Präsident Heinz Hilgers nach und schießt in Richtung AfD: „Wie wollen nicht, dass AfD-Funktionäre bei uns mitarbeiten!“ Hilgers spricht gleichermaßen rhetorisch geschickt wie nebulös von „Funktionären“, hält ihm dies doch die Option offen, nach Gutdünken auch Mitglieder, Unterstützer oder Sympathisanten auszugrenzen – im Widerspruch zur Satzung, in der sich der Kinderschutzbund zur Überparteilichkeit verpflichtet. Eine Begründung, weshalb ausgerechnet Personen, die für ein klassisches Familienbild stehen, nicht im Kinderschutzbund mitarbeiten sollen, blieb Hilgers schuldig.

Bereits 2017 hatte der Verband einen „Unvereinbarkeitsbeschluss“ gefasst, der eine Mitgliedschaft oder Unterstützung von „rassistischen, antisemitischen oder ausländerfeindlichen Parteien“ mit einer Tätigkeit im Kinderschutzbund für unvereinbar erklärte.

Dass der Kinderschutzbund zum vorgeblichen Wohl von Kindern verbissen auf sein Weltbild beharrt, erinnert an die dunkle Geschichte des Verbands. Aus der „Akte Kinderschutzbund“ im Bundesarchiv Koblenz geht hervor, dass sich der Kinderschutzbund in den 1980er Jahren den berüchtigten „Stadtindianern“ annäherte, einer „antipädagogisch“ ausgerichteten Kommune, in der pädophile Erwachsene mit Kindern zusammenlebten. Unter dem Beifall von Pädophilen lehnte der Kinderschutzbund damals den Paragrafen 176 des Strafgesetzbuches, der den sexuellen Missbrauch von Kindern unter Strafe stellt, als „zu streng“ ab. In der Verbandszeitschrift „Kinderschutz aktuell“ ließ er 1985 wissen, es müsse darum gehen, „vor dem Gesetz den Unterschied zwischen gewaltsamer Sexualität und gewaltfreier pädophiler Sexualität zum Tragen zu bringen“. Pädophile schrieben daraufhin begeisterte Leserbriefe, die Zeitschrift wurde zu deren Forum.

Möglicherweise hat der Kinderschutzbund sich von diesem fatalen Gedankengut noch nicht vollständig gelöst. Denn auch in jüngerer Zeit positionierte er sich auf eine Weise, die mit seinem damaligen Weltbild korrespondiert: Als 2014 grünlinke Lobbybündnisse unter dem Vorwand der staatlichen Sexualaufklärung die Frühsexualisierung von Kindern im „Bildungsplan“ von Baden-Württemberg durchsetzen wollten, gab es seinerzeit einen massiven Protest von Eltern, die das Wohl ihrer Kinder gefährdet sahen. Der Kinderschutzbund jedoch stellte sich hinter den Bildungsplan. Einwände gegen ihn qualifizierte die Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Iris Krämer, als „konstruiert“ ab.

> Kinderschutzbund verstößt gegen seine eigenen Prinzipien

Das verbissene, schier pathologische Vokabular der Resolution ist erschreckend. Es dokumentiert, dass der Kinderschutzbund nach wie vor linken Ideologien frönt, die dem Wohl der Kinder mehr schaden als dienen.

Die Hungrigen jagen die Satten

Von Eberhard Hamer

Die deutsche Fußballnationalmannschaft hat am 17. Juni gegen Mexiko verloren, und alle rätselten über die Ursachen. Zuvor lobten die Kommentatoren die Qualität der deutschen Spieler und sagten ein glänzendes Welttournier in Russland voraus. Aber es kam anders. Die Mexikaner rannten bis zum Umfallen und hatten bald die Schwäche der deutschen Mannschaft ausgemacht. Vor allem aber: Die deutschen Fußballmillionäre – ihres Sieges schon sicher – wirkten behäbig und wollten mit dem Gefühl ihrer Überlegenheit nicht an ihre Leistungsgrenze gehen. Die Körpersprache beider Mannschaften verriet alles: Die einen waren satt, die anderen hungrig auf Sieg, zerrissen sich und siegten. Es war die Grundhaltung der Mannschaften, die über Sieg und Niederlage entschied.

Im Sport ist es aber nicht anders als im Leben: „Ein voller Bauch studiert nicht gern“, sagten schon die Lateiner und das hat auch mancher Hochschullehrer zu seinen Studenten gesagt, wenn sie in den Vorlesungen nur schweigend herumsaßen und das Studium genießen wollten. In China ist das ganz anders. Die Studenten dort wissen, nur durch ein Maximum an Wissen können sie aus der Armut heraus für sich und ihr Volk den Aufstieg schaffen. Die Folgen werden im Vergleich zwischen China und Deutschland immer deutlicher: Die Hungrigen besiegen die Satten.

Auch hier liegt die Schuld der Führung darin, dass unsere Politik das deutsche Know-how, die deutschen Patente und die deutschen Technologieführer von den Chinesen aufkaufen lässt. In wenigen Jahren werden uns die fleißigen Chinesen mit diesem ehemals deutschen Know-how aus dem Weltmarkt verdrängen, wie es vor 50 Jahren die Japaner taten.

Und gerade in dieser Situation haben unsere Pädagogen die „Spaßschule“ entdeckt. Mit Gender- und Sexerziehung statt Mathematik, Deutsch und Digitalausbildung haben sie die Schule zur Sozialanstalt (Integrationsschulen) für die Schwachen entwickelt, statt sich vor allem um die Starken, die Klugen und die Führungspersönlichkeiten zu kümmern, von denen unsere künftige Leistungsgesellschaft abhängen würde.

Wir sind ja so reich und sollten anderen davon abgeben, wenn sie aus ihrer Armut zu uns kommen – das ist der Einwanderungsgrundsatz aller Altparteien. Dass sich aber durch eine Flutung mit Armutszuwanderern, die schon in ihrem eigenen Land gescheitert sind und bei uns lebenslang nicht arbeitsqualifiziert sein werden, eine Dauerbelastung der Leistungsträger um je 40 Milliarden Euro pro eine Million Zuwanderer nicht nur einmal, sondern auf Dauer erhöht, wird im Rausch des Wohlstands verschwiegen. Das kann in der Hochkonjunktur auch noch finanziert werden, wird aber im vor uns stehenden Crash zum gesellschaftlichen Sinkgewicht und zum Kampf ums Überleben zwischen saturierten Deutschen und arbeitslosen, hungrigen Zuwanderern.

Zurück zum Fußball. Wenn der Trainer bereit ist, auf seine versagenden Lieblinge zu verzichten und hungrige Nachwuchskräfte einzubauen und wenn die öffentliche Kritik die Spielermillionäre noch dazu bewegen könnte, vom Altherrenfußball weg und wieder an ihre Leistungsgrenze zu gehen, dann könnte mit dieser Mannschaft auch wieder gewonnen werden. Es kommt eben nicht nur auf das Können, sondern mehr auf die Motivation und die Leistungseinstellung an. Das ist im Sport nicht anders als in der Schule, in der Ausbildung, in der Wirtschaft und im Leben.



Gilt im Sport wie in der Schule, der Ausbildung und in der Wirtschaft: Wer nicht kämpft, erleidet, wie hier die deutsche Nationalelf im Spiel gegen Mexiko, eine verdiente Niederlage

Bild: pa

Frei gedacht



Ein hässliches Sommermärchen

Von Eva Herman

Während Deutschland im global organisierten Fußballfieber Raum und Zeit zu vergessen scheint, werden nicht nur erhebliche Zensurgesetze für das Internet klammheimlich im Bundestag abgesegnet, sondern noch viel bedeutendere Zukunftsweichen für uns alle gestellt. In diesem Sommer werden konkrete Pläne zur weltweiten Massenumsiedelung verabschiedet. Kaum jemand spricht davon. Motor sind die UN und die EU. Das bedeutet, dass wir uns für die nächsten Jahrzehnte auf eine gewaltige Massenmigration einstellen müssen. Widerstand gibt es kaum, außer von den USA. Nun traten vor wenigen Tagen die USA aus dem UN-Menschenrechtsrat aus. Als offizielle Begründung wird die Israelfeindlichkeit dieses einflussreichen Gremiums angeführt. Deutschland wirft dem Menschenrechtsrat dasselbe vor, will aber nicht austreten. Was steckt dahinter?

Derzeit dreht sich die Hauptdiskussion der Welt um nichts anderes als um das Thema Menschenrechte, und zwar nicht nur für Israel. Seit drei Jahren debattieren wir über Kanzlerin Angela Merkels bedingungslose Einwanderungspolitik. Darf wirklich jeder Mensch, egal, woher er kommt, frei wählen, in welches Land er reist und bleibt, und zwar bedingungslos? Bedingungslos heißt, dass der Immigrant in seiner neuen Wunschheimat mit allen Rechten ausgestattet wird, welche die dort seit Geburt lebenden Menschen ebenso beanspruchen, die hier arbeiten, Steuern zahlen und ihre Beiträge für das Sozialsystem abführen. In diesem Zusammenhang denken nun viele, dass die aktuelle Diskussion zwischen Bundesinnenminister Horst Seehofer und Kanzlerin Merkel den Sinn hat, echte Entscheidungen zugunsten Deutschlands zu erzielen. Doch dürfte es sich eher um ein billiges Ablenkungsmanöver im heißen Fußballsommer handeln, das emotionalen Zündstoff verbreitet und doch lediglich Augenwischerei ist. Es geht um viel mehr.

Man sollte wissen, welche Ziele die UN derzeit im Fokus haben. So stehen, weitgehend unbeachtet von unseren Systemmedien und der öffentlichen Diskussion, derzeit zwei weltweite Verträge in ihrer Vollendung, die vor Jahren bereits ausgeheckt wurden. Sie sollen den Umgang mit (sogenannten) Flüchtlingen beziehungsweise Migranten weltweit regeln. Beide Verträge sollen noch in diesem Jahr beschlossen werden. In diesem Zusammenhang hatte sich die UN-Gesandte der USA, Nikki Haley, bereits Ende 2017 deutlich gegen einen solchen „Global Impact“ ausgesprochen. Wörtlich hieß es: „Der globale Ansatz in der New York Erklärung (für Flüchtlinge und Migranten, 2016) ist nicht mit der Souveränität der USA zu vereinbaren.“

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Da ist zum einen der „Globale Pakt für Flüchtlinge“ (Global Compact on Refugees). Er bezieht sich auf Menschen, die den Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechen, und soll zu einer vor allem finanziellen Unterstützung der Hauptaufnahmeländer von Flüchtlingen führen. Man will zentral lenken. Ein Vetorecht einzelner Nationalstaaten ist dabei natürlich nicht vorgesehen. Frei nach dem Motto: Alle Menschen sind gleich und jeder soll überall hindürfen. Dies scheint tatsächlich die neue Welt-Agenda zu sein.

Der zweite UN-Vorschlag ist der „Globale Pakt zu sicherer, geordneter und regulärer Migration“ (Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration). Dieser soll eine globale Allianz für *dauerhafte* Massenimmigration werden. Mit anderen Worten: Bis Sommer 2018 (also exakt in diesen Tagen!) soll diese Agenda für alle Mitgliedsländer beschlossen werden und garantieren, dass alle willigen Migranten in alle Länder ihrer Wahl einwandern können. Dabei steht im Vordergrund, dass die sogenannten Rechte der Immigranten gestärkt und die Zielländer zur unbeschränkten Aufnahme verpflichtet werden sollen. Es muss nicht extra erwähnt werden, dass mit der Umsetzung dieser Vorschläge neue, exorbitante Wanderbewegungen in Gang gesetzt werden dürften. Das Ziel der globalen Machtelite scheint zu sein, dass alle Völker und Nationen vermischt werden. Man behauptet, es seien (plötzliche) globale Herausforderungen entstanden, für die neue Lösungen geschaffen werden müssten. Niemand, kein einziges Land, könne sich dieser Herausforderung entziehen. Und so heißt es denn auch in der New Yorker Erklärung der UN wörtlich: „Große Flüchtlings- und Migrantenströme haben politische, wirtschaftliche, soziale, entwicklungsbezogene, humanitäre und menschenrechtliche Auswirkungen, die alle Grenzen überschreiten. Es handelt sich um globale Phänomene, die globale Herangehensweisen und globale Lösungen erfordern. Kein Staat kann derartige Ströme im Alleingang bewältigen.“ Dies alles kommt uns bekannt vor. Es ist, als hätte die deutsche Kanzlerin die Inhalte des Papiers auswendig gelernt, wenn sie Seehofer im Streitgespräch ständig die „europäische Lösung“ entgegenschmettert.

Die UN-Vertreter sprechen übrigens vor allem von moralischen und humanitären Herausforderungen, sie behaupten, sich global um die gewaltigen Flüchtlings- und Migrationsbewegungen kümmern zu müssen. Sie sehen sich in einer Art gemeinsamer Verantwortung der Menschheit.

> **Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Wer sich schon länger mit dem Thema Einwanderung beschäftigt, der weiß von der UN-Agenda Replacement Migration (2001). Angesichts des Geburtenschwundes in Deutschland und Europa sieht man hier die einzige Lösung in Zuwanderung. Dass die Zuwanderer meist aus bildungsschwachen Ländern kommen, scheint niemanden zu interessieren. Dass die verschiedenartigen Kulturen zwangsläufig zu erheblichen Problemen führen müssen, war offenbar ebenfalls nie Gegenstand der Untersuchungen.

In einem der UN-Szenarien von 2001 übrigens wird für Deutschland eine notwendige Nettoimmigration 1995 bis 2050 von insgesamt 25,2 Millionen Menschen errechnet. Für die EU wurde die Zahl von 79,6 Millionen ermittelt.

Das Europäische Parlament verabschiedete in diesem Zusammenhang Anfang November 2017 einen bemerkenswerten Vorschlag. Wesentlicher Bestandteil ist „die Einrichtung eines ständigen und automatisierten Umsiedlungsmechanismus ohne Schwellenwerte“. Umsiedlungsmechanismus? Richtig: Umsiedlungsmechanismus. Weitere wichtige Bestandteile des Vorschlags sind die Beschleunigung der Umsiedlungsverfahren sowie eine deutliche Unterstützung durch den EU-Haushalt mit Blick auf die Übernahme der Umsiedlungskosten. UN-Generalsekretär António Guterres hatte sich übrigens in einer Erklärung im Januar 2018 deutlich für den geplanten Pakt zur Migration ausgesprochen und klargestellt, dass die UN weitere weltweite Migrationswanderungen für quasi unumgänglich halten. Der US-Militärstratege Thomas Barnett hatte vor wenigen Jahren die Globalisierung als ein System gegenseitiger Abhängigkeiten bezeichnet, was dazu führe, dass Nationen und die in ihnen stattfindenden wirtschaftlichen Prozesse wie auch der einzelne Mensch nicht mehr selbstbestimmt agieren, sondern nur noch durch Einflüsse von außen gesteuert werden, und sich, was die Nationalstaaten angeht, letztlich auflösen müssten. Der Mensch als einzelner Individualist wird damit abgeschafft, die Menschheit zu einer manövrierfähigen Masse ohne eigenen Willen gemacht. So soll die Welt spätestens bis 2050 aussehen. Nur die USA und Ungarn wollen bei diesen Plänen nicht mitmachen.

Auferstanden als Ruine

Das Heidelberger Schloss wurde zum Markenzeichen der Stadt am Neckar – Wiederaufbau abgewendet

Die Heidelberger bezeichnen ihr Schloss selbst als „berühmteste Ruine der Welt". Gerade gehen hier die jährlichen Sommerfestspiele zu Ende.

Das imposante Bauwerk ist weltberühmt. Deshalb pilgern Jahr für Jahr geschichtsbewusste Touristen auf unterschiedlichen Wegen zu dieser Ruine empor, sei es über die Schlossstraße, den Klingenteich oder den besonders steilen „Kurzen Buckel", auf dem es zu Fuß am schnellsten nach oben geht, der Besucher aber über 300 Stufen zu bewältigen hat. Wer die vermeiden will, nimmt die Bergbahn.

Das Heidelberger Schloss ist vor allem während der Sommermonate ein Anziehungspunkt erster Güte, und es sind nicht nur die Bauten, die eine eingehende Besichtigung wert sind. Faszinierend ist auch der Blick von der Schlossterrasse zum Neckar hinab oder hinüber Richtung Heiligenberg. Der weist eine reiche Geschichte auf, denn auf ihm hatten einst die Kelten gesiedelt, und die Überbleibsel des alten Michaelsklosters lassen Gedanken an die Zeit der frommen Mönche aufkommen, die hier Jahrhunderte später beteten und arbeiteten.

Unzählige Touristen besuchen die Stadt Jahr für Jahr, vor allem während der in diesen Tagen endenden Schlossfestspielen mit Theater, Musicals und Konzerten. Die Festspiele wurde schon 1926 von Schauspielgrößen wie Werner Krauss oder Stefan George eingeläutet und wurden in den 1930er Jahren fortgesetzt, bis sie wegen des Kriegsausbruchs abgebrochen wurden.

In den 1950er Jahren erlebte das Freiluftspektakel eine kurze Wiederbelebung, aber erst 1974 wurde ein neues Konzept verwirklicht mit Sigmund Rombergs auf Englisch aufgeführtem Musical „The Student Prince". Es basiert auf dem Schauspiel „Alt-Heidelberg" von Wilhelm Meyer-Förster und richtete sich primär an die in Heidelberg stationierten GIs (Heidelberg war das Hauptquartier der US-Truppen in Europa) und ihre aus den USA herbeireisenden Landsleute, denn die jahrelang am Broadway aufgeführte Operette ist jedem US-Bürger geläufig. Nur sind die Besatzer von einst inzwischen aus der Stadt am Neckar abgezogen.

Das Schloss mit seiner effektvollen Kulisse ist dennoch Nummer eins der Heidelberger Sehenswürdigkeiten. Es weist eine reiche Historie auf, denn hier herrschte von 1353 an, dem Jahr des Regierungsantritts von Universitätsgründer Ruprecht I., bis ins 18. Jahrhundert die Pfälzer Linie der Wittelsbacher. Hinterließ ein Kurfürst keine Erben, konnte das politisch allerdings problematisch werden. Häufig kam eine Seitenlinie zum Zuge.

Die wesentlichen Bauten entstanden während dieser Periode. Betritt man den Schlosshof, erblickt man links den Ruprechtsbau mit dem sagenumwobenen Kranz, den zwei Engel halten. Es soll sich dabei um die vor Jahrhunderten tödlich verunglückten Kinder des einstigen Baumeisters handeln. Daneben der etwas nach hinten zu versetzt gebaute Bibliotheksbau mit dem gotischen Erker. Er wird häufig als Kulisse für Aufführungen der Schlossfestspiele genutzt, vor einigen Jahren wirkungsvoll für die Dramatisierung von Umberto Ecos Bestsellerroman „Der Name der Rose".

Neben dem Bibliotheksbau und dem Frauenzimmerbau mit dem geräumigen Königssaal breitet sich frontal der attraktive Friedrichsbau von Friedrich IV. aus, auf dessen zum Hof gewandter Fassade sich die Wittelsbacher Kurfürsten aufgereiht und in Stein gemeißelt präsentieren. Unterhalb führt ein kleiner Weg hinab zum großen, in aller Welt berühmten Fass, das unlösbar verbunden ist mit dem Namen des trinkfreudigen Zwerges Perkeo. Rechts neben dem Friedrichsbau – unterbrochen durch den zum Schlossaltan führenden Torbogen – schließt sich der schmale Gläserne Saalbau an mit den hübschen Arkaden des Pfälzer Kurfürsten Friedrich II., und im 90-Grad-Winkel erhebt sich die berühmte Renaissancefassade des Ottheinrichsbaus mit den oben postierten Steinfiguren. An dieses imposante Gemäuer schließen sich der Ludwigsbau und kleinere Bauten Richtung Schlossweinstube an mit dem idyllisch wirkenden Brunnenhäuschen.

Die weltweite Berühmtheit des Heidelberger Schlosses wurde durch Persönlichkeiten gefördert, denen die romantische Ruine eine Herzensangelegenheit war. An erster Stelle rangiert hier der legendäre Graf Charles de Graimberg (1774–1864). Der französische Emigrant, der 1810 am Neckar eintraf, setzte sich nach Kräften für den Erhalt des Schlosses ein, baute ein Kupferstichunternehmen auf und eine Sammlung zur Geschichte des Schlosses. Er wurde mit seinen bildhaften Darstellungen zum hoch motivierten Vermarkter der pittoresk am Berg gelegenen Burg und machte sie so in aller Welt berühmt.

Da hatten die Heidelberger, die sich nach Kräften an den überall herumliegenden Steinen bedienten, bereits einen Teil der Anlage abgetragen, aber der französische Refugié, der Schlosskonservator wurde und Begründer der städtischen Sammlungen, die sich schließlich zu Heidelbergs Kurpfälzischem Museum entwickelten, war sich bewusst, eine Mission zu erfüllen. Sein Nachruhm fiel denn auch üppig aus.

Der engagierte Franzose, nach dem in Heidelbergs Altstadt das Palais Graimberg benannt ist, in dem er seinerzeit seine Sammlungen zeigte, verstärkte seine um Erhalt der Ruine bemühtes Einsatzfreude durch den Verkauf von Kupferstichen, die um die ganze Welt gingen und noch heute im Kunsthandel begehrt sind. So trug er entscheidend zur weltweiten Berühmtheit Heidelbergs und seines Schlosses bei. Die Stadt müsste dem Denkmalpfleger, Sammler und Künstler dafür ewig dankbar sein und hat dies auch schon mehrfach durch Ausstellungen und Publikationen bewiesen.

Den im 19. Jahrhundert grassierenden Plänen, das Schloss wieder aufzubauen, widersetzte man sich denn auch aus guten Gründen. In jener Zeit schwärmte man ohnehin von einer „Ruinenromantik", und der Zustand des Schlosses vertrug sich daher gut mit dem Zeitgeist, der sich inzwischen – siehe Berliner Schloss – gewandelt hat. *Heide Seele*


Bild: Staatliche Schlösser und Gärten Baden-Württemberg, Günther Bayerl

Ein Symbol weltweit geschätzter deutscher Ruinenromantik: Heidelberger Schloss

»Das Moll thut dir Wohl«

Ein bislang unbekannter Mozart-Brief fasziniert die Musikwelt

So etwas passiert nur alle Jubeljahre einmal: Das Auftauchen eines verschollen geglaubten Briefs von Mozart. Dank einer überaus großzügigen Spende der österreichisch-deutschen Unternehmerin Maria-Elisabeth Schaeffler-Thumann gelangte ein Brief des größten Musikgenies aller Zeiten in die Sammlung von Original-Autografen der Stiftung Mozarteum, der „Bibliotheca Mozartiana".

Der Brief aus Mozarts Feder an seinen Freund Anton Stoll wurde jetzt von dem Mozart-Botschafter der Stiftung, dem Opernstar Rolando Villazón, erstmals in Salzburg präsentiert. Die historische Schrift an den Chordirektor Stoll in Baden bei Wien vom 12. Juli 1791, ein knappes halbes Jahr vor Mozarts Tod, gehört zu den wenigen Privatbriefen, die aus dem Besitz des Musikers erhalten geblieben sind. Interessant zu wissen ist, dass der prominenteste Vorbesitzer Johannes Brahms war. Ansonsten befand sich der Brief seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Privatbesitz.

Inhaltlich enthält das Schriftstück die Bitte Mozarts an den befreundeten Chorregenten, ihm die Noten zu zwei Werken zu schicken, die man kurz vorher in Baden in der Kirche aufgeführt hatte, damit er sie in Wien auch aufführen könne. Mozarttypisch bindet er eine schlichte Bitte in ein Gewinde aus Scherzen. Mit der witzigen Anrede „liebster Stoll, bester Knoll, grösster Schroll, bist Sternvoll, gelt, das Moll thut dir Wohl?", lässt Mozart seinen Brief beginnen. Es soll witzig sein, ist auch so gemeint, jedoch, so die Historiker, verwendet der Musicus hier Begriffe, die seinerzeit geläufig waren und einen dicken, groben Menschen bezeichneten.

Interessant ist die Rückseite des Dokumentes. Dort ist man einer Fälschung auf der Spur. Mozart schreibt mit verstellter Schrift und gibt sich als sein Schüler und Assistent Franz Xaver Süßmayr aus, der die Bitte wiederholt und damit droht, Stoll werde von der neuen „Opera" nichts erfahren, wenn er diese nicht erfülle. Mit der „Opera" ist keine geringere gemeint als „Die Zauberflöte", an der er gerade arbeitete und die am 30. September 1791 ihre Uraufführung in Wien hatte. Stoll ist der Bitte mit Sicherheit nachgekommen, denn er wurde kurze Zeit später zu einer Aufführung nach Wien eingeladen.

Der größte Teil der Korrespondenz der Familie Mozart wird in der Bibliothek der Stiftung aufbewahrt. Darunter befinden sich fast 200 Originalbriefe des früh verstorbenen Komponisten, ebenso auch zahlreiche Musikautografen. Diese sind Geschenke und Vermächtnis der Witwe Constanze und der beiden Söhne Carl Thomas und Franz Xaver Wolfgang Mozart. *Silvia Friedrich*


Bild: Internationale Stiftung Mozarteum, Salzburg

„Liebster Stoll, ... bist Sternvoll": Mozarts gereimter Sprachwitz

Der Bernstein-Code

Schleswig-Holstein-Musikfest ehrt den Maestro zum 100. Geburtstag

Das Schleswig-Holstein-Musik-Festival (SHMF) verteidigt hartnäckig seine Stellung als größtes Klassik-Festival Deutschlands und eines der größten klassischen Musikfestivals der Welt. Die diesjährige Ausgabe, bei der vom 30. Juni bis 26. August 202 Konzerte und fünf Musikfeste an 107 Spielstätten mit 190 000 Eintrittskarten auf dem Programm stehen, unterstreicht das mit Weltstars wie Jonas Kaufmann, Rolando Villazón, Anna Netrebko oder Yusif Eyvazov.

Längst ist das SHMF auch dem internationale Nachwuchs ein Begriff, selbst wenn kaum einer der jungen Musiker den Namen richtig aussprechen kann, geschweige denn weiß, wo Schleswig-Holstein überhaupt liegt. Als wichtige Säule der Veranstaltung gründete Leonard Bernstein vor über 30 Jahren das Festivalorchester, das sich jede Saison neu zusammensetzt.

Auch vor dieser Saison reiste wieder eine Fachjury ab November bis ins Frühjahr in 28 Städte in Nord- und Südamerika, Asien, Europa sowie dem Nahen Osten. In Vorspielen wählte sie unter den etwa 1700 maximal 26 Jahre alten Bewerbern die rund 120 besten Instrumentalisten für Deutschlands hochkarätige Orchesterakademie aus.

Diesen Sommer ist der junge Klangkörper vom 1. Juli bis zum 20. August im Nordkolleg Rendsburg-Büdelsdorf zu Gast, um unter den Dirigenten Christoph Eschenbach, Justin Freer, Krzysztof Urbanski, Vladimir Jurowski und Wane Marshall zum Schleswig-Holstein-Festivalorchester zu reifen. Im Anschluss an jede Probenphase stellen die Musiker das Ergebnis ihrer Arbeit unter dem jeweiligen Dirigenten in elf Konzerten vom 13. Juli bis 19. August in Hamburg, Kiel, Neumünster, Flensburg, Büdelsdorf und Lübeck dem Publikum vor.

Daneben geben einzelne Musiker des Festivalorchesters zur Mittagszeit zwei sogenannte Lunch-Konzerte in Lübeck und Heiligenstedten (8. und 22. Juli), ein Tea-Time-Konzert in Büdelsdorf (28. Juli), ein Matinée-Konzert in Neumünster (29. Juli) und die Schlossmusiken in Plön (29. Juli). Das Orchester aus nächster Nähe erlebt das Publikum in der ACO-Thormannhalle in Büdelsdorf (5. August), wenn sich die Musiker auf die Publikumsstühle verteilen. Die Zuhörer dürfen dabei frei wählen, neben oder hinter wen sie sich setzen wollen. Dieses neue Format namens „Zoom" erlebt mit Antonín Dvoráks 9. Sinfonie „Aus der Neuen Welt" unter Leitung von Krzysztof Urbanski dieses Jahr seine zweite Auflage.

Selbstverständlich reiht sich auch das SHMF in die weltweiten Feierlichkeiten zum Bernstein-Jubiläum ein. Als Gründer des Festivalorchesters war er seit 1987 vier Sommer lang dessen prägender Leiter, bis sein Tod 1990 diese Arbeit beendete. Höhepunkt der Veranstaltungen ist das zweitägige Projekt „The Big Bernstein" in Büdelsdorf (18./19. August), welches die Bandbreite seines kompositorischen Schaffens auslotet.

Genau am Tag von Bernsteins 100. Geburtstag ehrt Festivalgründer Justus Frantz den legendären Musiker in der Kieler Sparkassen-Arena mit Beethovens „Neunter" (25. August). An jenem Ort also, wo Bernstein 1986 mit Haydns „Schöpfung" die weltweite Aufmerksamkeit auf Schleswig-Holstein lenkte. *Helga Schnehagen*

Infos und Karten: www.shmf.de


Bild: Jens Hinrichsen

Taktgeber des SHMF: Leonard Bernstein (1918–1990)

MELDUNGEN

Neues von Gerhard Richter

Potsdam – Einem der bedeutendsten deutschen Künstler widmet das Museum Barberini vom 30. Juni bis 21. Oktober eine umfangreiche Ausstellung. In „Gerhard Richter. Abstraktion" werden künstlerische Ideen und Techniken des Dresdner Malers von den 1960er Jahren bis heute beleuchtet. Die Schau vereint über 90 zum Teil noch nicht ausgestellte Werke aus internationalen Museums- und Privatsammlungen. www.museum-barberini.com. *tws*

Chagalls Trost in der Bibel

Meersburg – Die Bibelgalerie in Meersburg am Bodensee wird 30 Jahre alt und feiert das mit einem vielfältigen Festprogramm. Ein Höhepunkt ist die Sonderausstellung „Marc Chagall – Flucht und Zuflucht" mit Lithografien und Radierungen des russisch-französischen Expressionisten, die vom 30. Juni bis 3. Oktober im Klosterkeller des Dominikanerinnenklosters zu sehen sein wird. Infos im Internet: www.bibelgalerie.de. *tws*

Wenn Künstler Modell stehen

Berlin – Fotoporträts von berühmten Künstlern präsentiert das Charlottenburger Museum für Fotografie (Jebensstraße 2) vom 29. Juni bis 7. Oktober. In „Künstler Komplex – Fotografische Porträts von Baselitz bis Warhol. Sammlung Platen" sind 180 ikonische Porträts bekannter Fotografen der Jahre 1917 bis 2000 von Pablo Picasso und Salvador Dalí über Frida Kahlo und Andy Warhol bis hin zu Jeff Koons und Marina Abramovic vertreten. *tws*

Sein Aufstieg begann mit einem Mord

Walter Ulbricht, Schüler Stalins und Erbauer der Berliner Mauer, wurde vor 125 Jahren geboren

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“, fiepste der Vorsitzende des Staatsrates – und dann legten seine Baubrigaden los. Die Mauer quer durch Berlin stand, bevor jeder die Lüge Walter Ulbrichts begriffen hatte. Ulbricht, der „Spitzbart“, wie er verharmlosend genannt wurde, war nicht die sächselnde Witzfigur mit Fistelstimme, die man gerne aus ihm machte.

Für seinen Biografen Mario Frank war er der „zweitschlimmste deutsche Diktator, den es im 20. Jahrhundert gegeben hat. Frank nennt die Rangfolge: Hitler, Ulbricht, Honecker. Eine stimmige, aber keinesfalls zeitgeistig passende Rangfolge. Ulbricht war ein Machtmensch, der mit einem Federstrich aus einem Zuchthausurteil ein Todesurteil machte, der mit seiner berüchtigten „Turmrede“ den Abriss sakraler Bauten forderte, der lakonisch angesichts der Paulinerkirche in seiner Heimatstadt Leipzig verlangte „Das Ding muss weg“ (siehe *PAZ* 20/2018), der die Mauer trotz des Zögerns der Sowjets bauen ließ.

Als Sohn eines Schneiders am 30. Juni 1893 in Leipzig geboren, war Ulbricht früh aktiv in der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges brachte er mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Flugblätter in Umlauf. Er wurde als Soldat eingezogen, desertierte, kam erneut an die Front.

Als der Krieg endete, gehörte Ulbricht während der Novemberrevolution dem Soldatenrat an. Damit begann sein Aufstieg in der Kommunistischen Partei Deutschlands. Es war der Anfang einer steilen Karriere. Ab 1929 fungierte er als Politischer Leiter der KPD im Bezirk Berlin-Brandenburg. 1931 stimmte Ulbricht dem Plan zu, den Leiter der Polizeirevierwache 7, Paul Anlauf, zu töten. Die Genossen Erich Mielke und Erich Ziemer übernahmen den Mordauftrag. Sie erschossen nahe dem Bülowplatz, auf dem gerade vor der Parteizentrale der KPD für die Auflösung des preußischen Landtages demonstriert wurde, die Polizisten Paul Anlauf und Franz Lenck aus kurzer Distanz hinterrücks. Ein dritter Beamter wurde schwer verletzt. Andere Polizisten auf dem Platz vermuteten einen Angriff und schossen in die Menge. Zwei Demonstranten trafen sie tödlich, 35 wurden verwundet. Mielke und Ziemer entkamen, sie flohen in die Sowjetunion.

Ziemer starb 1937, Mielke wurde in der DDR Minister für Staatssicherheit. Ein 1947 gegen ihn erlassener Haftbefehl wurde mit Hilfe der SED außer Vollzug gesetzt. Die von Ulbricht herausgegebenen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ behauptete, die Parteiführung habe von den geplanten Morden nichts gewusst. 1993 verurteilte das Landgericht Berlin Mielke wegen des Doppelmordes zu sechs Jahren Freiheitsstrafe. Zwei Jahre später wurde er auf Bewährung entlassen.

Wegen der Polizistenmorde wurde auch Ulbricht steckbrieflich gesucht. Er setzte sich 1933 nach Moskau ab. Während des Zweiten Weltkrieges agitierte er bei Radio Moskau, bei der Schlacht von Stalingrad forderte er die deutschen Soldaten zum Überlaufen auf.

Bereits im April 1945 kam Ulbricht nach Deutschland zurück. An der Spitze der nach ihm benannten „Gruppe Ulbricht“ gründete er in der sowjetischen Besatzungszone die KPD neu, aus der dann nach dem Zusammenschluss mit der SPD die SED wurde. Für die saß er im Landtag von Sachsen-Anhalt. Die Gründung der DDR im Oktober 1947 machte Ulbricht zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats und ein Jahr später zum Generalsekretär des Zentralkomitees der SED.



Herrscher über Staat und Partei: Walter Ulbricht, hier bei einer Veranstaltung zum 20. Jahrestag der DDR Bild: Imago

Als Gefolgsmann seines Lehrmeisters Josef Stalin formte Ulbricht die sozialistische DDR nach sowjetischem Vorbild: Die Betriebe wurden verstaatlicht, die Landwirtschaft kollektiviert, die Länder abgeschafft, die Abgrenzung zu Westdeutschland vorangetrieben, die Kasernierte Volkspolizei als Vorläufer der Armee der DDR gegründet, das Ministerium für Staatssicherheit aufgebaut. In Ulbrichts Verantwortung fällt der Abriss durch den Krieg beschädigter und auch intakter Kulturgüter: das Schloss in Berlin, das Stadtschloss in Potsdam, 60 Kirchen. Sie mussten zum Teil stalinistischen Neubauten weichen.

Das alles begleitete ein penetranter Personenkult. Große Unternehmen wie die Leuna-Werke oder das Synthesewerk Schwarzheide, bedeutende Einrichtungen wie die Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft oder Sportarenen wurden nach Ulbricht benannt. Sein Kopf zierte Briefmarken, in jeder Schule musste sein Porträt hängen.

Das blieb nicht ohne interne Kritik. Zeitweise wies Ulbrichts Machtgefüge Risse auf. Dann aber kam der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 – und Ulbricht saß sicherer im Sattel als zuvor. Seine Entmachtung, befand man in Moskau, könnte als Zeichen der Schwäche gedeutet werden, und das durfte nicht sein. Ulbricht wurde gehalten und 1960 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrats und des Staatsrats. Damit herrschte er über Staat und Partei.

Gegen Widerstand aus dem Kreml setzte Ulbricht 1961 den Bau der Mauer durch. Wegen der miserablen Lebensverhältnisse wanderten die Menschen in Scharen aus der DDR ab, die Leistungsträger voran. Das wollte und musste Ulbricht stoppen. Im Juni 1961 antwortete er bei einer Pressekonferenz auf eine vage Frage: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“. Zwei Monate nach diesem Dementi rückten am 13. August 1961 in der Nacht die Baubrigaden an. Die Grenze zwischen Ost-Berlin und West-Berlin sowie zur DDR wurde hermetisch geschlossen.

Ende der 60er-Jahre bröckelte Ulbrichts Position in der Partei. Für wirtschaftliche Vorteile war er bereit, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR nicht länger mit Nachdruck zu fordern. Das schadete ihm im Politbüro. Er behauptete, der Sozialismus in der DDR sei so hoch entwickelt wie in der Sowjetunion. Das schadete ihm im Kreml, der ihm 1971 seine Unterstützung entzog. Im Mai 1971 trat er „aus gesundheitlichen Gründen“ zurück.

Ulbricht starb zwei Jahre nach seiner Entmachtung am 1. August 1973. Wenige Tage zuvor war das „Walter-Ulbricht-Stadion“ umbenannt worden in „Stadion der Weltjugend“.

Klaus J. Groth

Maritimer Kontinent

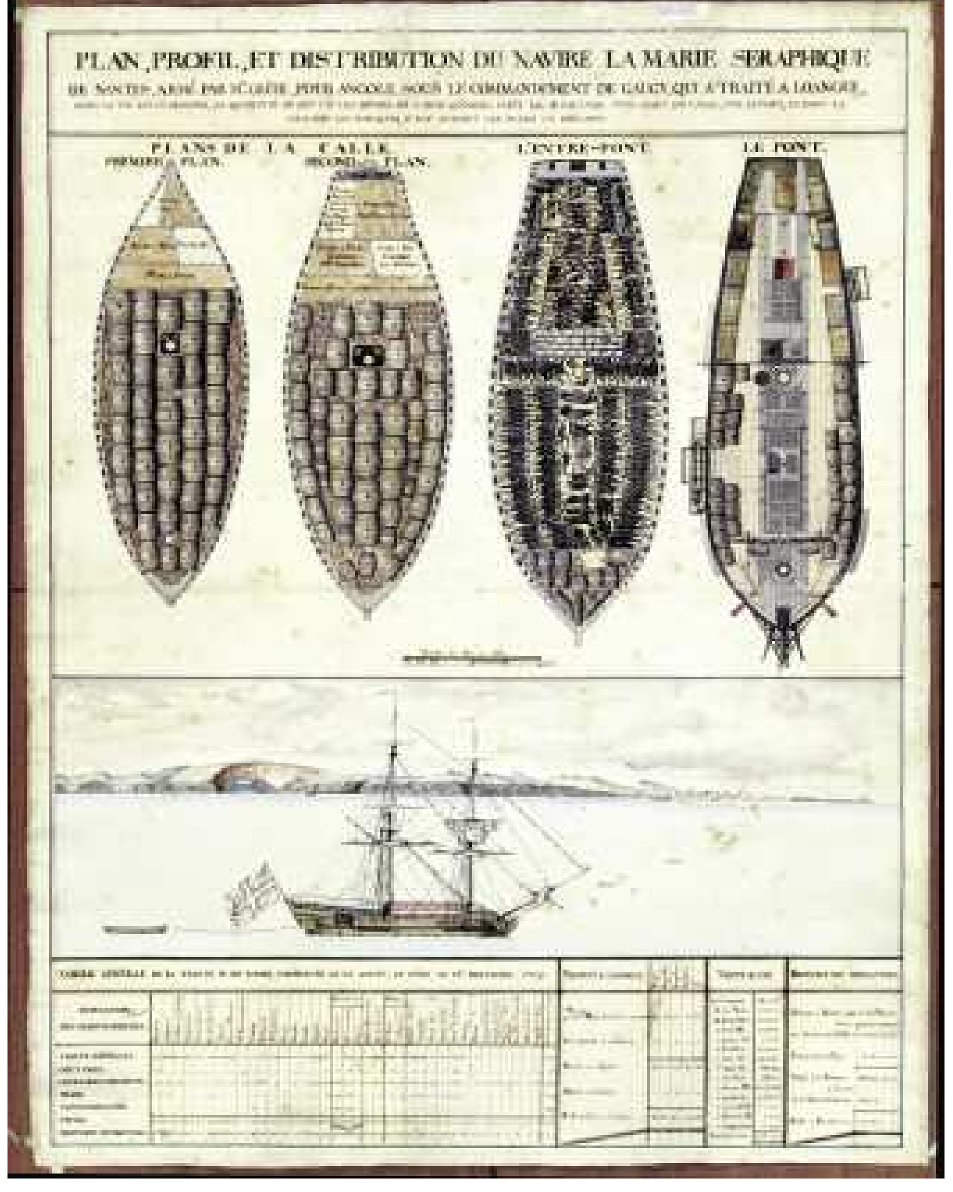
Ausstellung »Europa und das Meer« im Deutschen Historischen Museum in Berlin

Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser“. So hatte es Kaiser Wilhelm II. bald nach seinem Regierungsantritt verkündet. Es war ein spätes Erwachen, denn für die Völker Nord-, West- und Südeuropas ist die Verbundenheit mit dem Meer seit Jahrhunderten selbstverständlich. Längst sind die Meere, auch die großen Ozeane, keine Barrieren mehr, denn Schifffahrtswege verbinden wie Landstraßen die Kontinente miteinander.

Die Bedeutung der Meere für das heutige Zusammenleben von Völkern und Staaten wieder etwas bewusster zu machen, ist das Ziel der Ausstellung „Europa und das Meer“, die am 12. Juni im Deutschen Historischen Museum Berlin (DHM) eröffnet wurde. Angesichts des schier uferlosen Themas wurden diesmal zwei Etagen des schönen Pei-Baus, dem modernen Anbau an das traditionsreiche Zeughaus, als Ausstellungsfläche genutzt. Man wolle, so sagten es die Kuratoren, 2500 Jahre maritime Kulturgeschichte zeigen, angefangen bei Zeugnissen der Antike über die großen Seestädte in Mittelalter, Renaissance und Neuzeit, ferner die großen Auswanderungswellen im 19. Jahrhundert, als über 20 Millionen Menschen in die USA emigrierten, bis zu ihrer Umkehrung heute in der anhaltenden Immigration aus Nahost und Afrika in die EU.

Die obere Etage im DHM ist für das Thema Handel, Meeresforschung, Tourismus und Badeurlaub sowie dem Meer als Gegenstand der Kunst gewidmet. Neben Exponaten aus eigenen Beständen sind teilweise ganz außerordentliche Leihgaben aus großen europäischen Museen zu sehen, etwa aus Spanien das Bordtagebuch des Christoph Kolumbus und der Brandbrief des Mönches Las Casas gegen die Zerstörung der indianischen Kulturen durch die spanischen Eroberer, nautisches Gerät wie Sextanten aus den Niederlanden oder ebenso großartige Gemälde aus Dresden.

Wer eine „maritime Ader“ hat, erlebt die Ausstellung mit vielen Aha-Erlebnissen des Wiedererkennens. Aber auch für ausgemachte „Landratten“ lohnt sich der Museumsbesuch. Die Ausstellung ruft die bedeutende Stellung der großen Seestädte wie Venedig, Genua, Sevilla (für die spanischen Territorien in Südamerika), Lissabon und Amsterdam (Besitzungen in Ostasien) mit zeitgenössischen Dokumenten, nautischem Gerät und Bildern in Erinnerung. Zum Alptraum wird die Schau beim Thema Sklavenhandel. Der Transport von Millionen afrikanischer Sklaven im 18. Jahrhundert nach Amerika war ein höchst lukratives Geschäft. Gezeigt wird ein Sklavenschiff, auf dem die Menschen wochenlang in extremster Enge zusammengepfercht waren, konkret das Schiff eines französischen Reeders, der das Bild sogar noch als Reklame für seine Transporte anpries.



Makaber: Reederei-Reklame mit einem Sklavenschiff Bild: DHM

Aktuell wird die Ausstellung beim Thema Meeresforschung und Klimawandel. Beides hängt heute zusammen; Meeresforschung erlaubt aus der Messung von Strömungen, Temperaturen, Fischbeständen und Bodenbeschaffenheiten Rückschlüsse auf Klimaschwankungen. Vieles deutet darauf hin: Die Zeichen stehen auf Sturm! Die intensive Ausbeutung von Bodenschätzen (Erdöl in der Nordsee) oder die massenhafte Installierung von Windparks hat die Meere zumindest im Norden Europas fast schon zu Industrierevieren werden lassen. Da ist es ein freundlicher Schluss, wenn gezeigt wird, wie sehr das Wechselspiel von Licht und Wellen immer wieder große Künstler inspiriert hat; zu sehen sind schöne Beispiele unter anderem von Carus, Courbet und Max Liebermann.

Bei einem so umfassenden Thema kann man nie alles zeigen. Gerne hätte man beispielsweise einige große Meeresforscher aus den Niederlanden, England oder Norwegen (Amundsen, Nansen) erlebt. Wirklich erstaunt, dass dem militärischen Aspekt des Meeres und der Seefahrt keinerlei Aufmerksamkeit gilt. Bekanntlich waren auch einige Seeschlachten von welthistorischer Bedeutung, etwa die von Salamis (480 v. Chr.), Lepanto (1571) oder Trafalgar (1805). Aber vielleicht genügte den Kuratoren die heutige Misere, wenn sie mit Blick auf die Immigrantenströme (etwas moralisierend) bedauern, dass das Meer um Europa heute nicht mehr nur verbindet, sondern wieder zur Grenze, zu einem „gigantischen Wassergraben“ geworden sei.

Dirk Klose

„Europa und das Meer“, Deutsches Historisches Museum in Berlin, Ausstellung bis zum 6. Januar 2019, täglich geöffnet von 10 bis 18 Uhr.

Problematischer Verbündeter

Die Türkei vollzog im Zweiten Weltkrieg mehrfach einen Kurswechsel

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs war die Türkei neutral. Bald darauf unterzeichnete sie aber zunächst Beistandsverträge mit den Westmächten und anschließend einen Freundschaftspakt mit dem Deutschen Reich. Dem folgten der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland im August 1944 und die Kriegserklärung vom 23. Februar 1945. Für diesen dreimaligen Kurswechsel gab es mehrere Gründe

Schon vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs agierte die Republik Türkei ganz in der Tradition der osmanischen Schaukelpolitik und arrangierte sich wechselweise mit Deutschland und Großbritannien. Verantwortlich hierfür war der Wunsch, von beiden Großmächten moderne Waffen zu beziehen und wirtschaftliche Unterstützung zu erhalten. Dabei kam es nach dem Tode des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk im November 1938 zur Bildung zweier verfeindeter Lager innerhalb der Führung in Ankara. Auf der einen Seite standen die anglophilen Politiker rund um Staatspräsident Ismet Inönü und Außenminister Sükrü Saracoglu, auf der anderen Seite prodeutsche Personen wie Ministerpräsident Refik Saydam und Generalstabschef Fevzi Cakmak. Das führte zu einer Patt-Situation, aus der heraus die türkische Neutralitätserklärung von Anfang September 1939 resultierte. Doch dann unterzeichnete Ankara am 19. Oktober 1939 urplötzlich einen Bündnisvertrag mit Großbritannien und Frankreich, weil es sich von Italien und der Sowjetunion bedroht fühlte.

Wenig später erlitten die Westmächte eine vernichtende Niederlage in Frankreich, welche sie zum Anlass nahmen, den Kriegseintritt der Türkei auf Seiten der Gegner der Achsenmächte einzufordern. Angesichts der bröckelnden militärischen Macht des Westens entschied sich Ankara jedoch für die Annäherung an Deutschland – in der Hoffnung, Adolf Hitler werde Benito Mussolini und Josef Stalin von Angriffen auf die Türkei abhalten. Doch zu genau jener Zeit begann Italien, auf dem Balkan vorzurücken, während die Sowjetunion Ansprüche auf die türkischen Meerengen anmeldete und an der Kaukasus-Grenze provozierte.

Das verstärkte die türkische Furcht vor einer Invasion, obwohl Hitler Inönü im Frühjahr 1941 die territoriale Integrität der Türkei garantiert hatte, wenn diese ihre Neutralität bewahre. Hitler war wichtig, dass während des geplanten Feldzuges gegen die Sowjetunion keine Bedrohung an der Südflanke entstand. Deshalb hofierte er die Türkei immer stärker und hielt jede seiner Zusagen hinsichtlich der deutschen Operationen auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeerraum peinlich genau ein, weshalb Ankara erneut auf Berlin zuging. Diese Entwicklung kulminierte am 18. Juni 1941 in der Unterzeichnung des deutsch-türkischen Freundschaftsvertrages. Darin verpflichtete sich die Türkei trotz des fortbestehenden Militärbündnisses mit den Westalliierten zur Neutralität gegenüber dem Deutschen Reich.



Da waren sie noch Freunde: Türkische Offiziere sind 1943 Gäste Hitlers *Bild: SZ photo*

Angesichts der Erfolge der Wehrmacht im Kampf gegen die Rote Armee bekam die prodeutsche Fraktion in Ankara erheblichen Aufwind. Und das war von großer Bedeutung, weil Personen wie Saydam und Cakmak zu den glühendsten Anhängern der pantürkistischen Idee zählten. Diese besagte, dass es die Aufgabe der Türkei sei, sämtliche Turkvölker Zentralasiens in einem großen Reich zu vereinen, was letztlich auch die Annexion Sowjetisch-Mittelasiens implizierte. Deshalb lag es nur zu nahe, dass die germanophilen Pantürkisten nun intensiver denn je die Nähe zu Deutschland suchten, um vom Sieg Hitlers über Stalin profitieren zu können.

Wie ernst ihnen dies war, zeigt der Entschluss Cakmaks vom Sommer 1941, zwei Drittel der türkischen Armee, immerhin 700000 Mann, an die Grenze zur UdSSR zu verlegen. Das unterblieb dann aber zunächst wegen des Stockens des deutschen Vormarsches – bis die Wehrmacht ihre Sommeroffensive des Jahres 1942 eröffnete, in deren Verlauf sie auch in den Kaukasus vordrang. Nun startete Cakmak die größte Militäraktion in der Geschichte seines Landes und beorderte nach und nach 43 Divisionen mit 650000 Mann nach Ostanatolien. Hierdurch lag ab Anfang Juli 1942 ein Kriegseintritt der Türkei auf Seiten Deutschlands in der Luft.

In diesem historischen Moment erlagen kurz hintereinander der prodeutsche Ministerpräsident Saydam und dessen politischer Intimus, der Innenminister und Geheimdienstchef Fikri Tuzer, mysteriösen „Herzanfällen“, woraufhin es Inönü gelang, Cakmak in die Isolierung zu drängen. Das führte zu einem Einschlafen der „Militärmanöver“ vor den Toren von Stalins Imperium. Hitler reagierte hierauf höchst verschnupft, begnügte sich dann angesichts des Debakels von Stalingrad aber mit dem türkischen Verharren in der Neutralität und der Lieferung von strategisch wichtigem Chromerz – wofür Ankara Gegenleistungen verlangte: schwere Panzer, Panzerabwehrgeschütze und Kampfflugzeuge. Und die erhielt die Türkei auch 1943, während Großbritannien und die USA immer massiveren Druck ausübten, um einen Kurswechsel des eigenwilligen Bündnispartners zu erzwingen. So zum Beispiel durch ein Lebensmittelembargo. Dass Ankara dann tatsächlich am 2. August 1944 die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrach, hatte aber einen anderen Grund: Die Türken ahnten, dass sie nach dem Krieg westlichen Schutz gegen die Sowjetunion benötigen würden.

Mit der ebenfalls erwarteten Kriegserklärung ließ sich Inönü noch bis zum 23. Februar 1945 Zeit, als die Gefahr deutscher Luftangriffe von Griechenland und Bulgarien aus gebannt war. Aktionen der türkischen Streitkräfte gegen die Wehrmacht auf dem Balkan oder in der Ägäis kamen allerdings auch zu diesem Zeitpunkt nicht in Frage. Denn dann hätte Ankara seine Truppen an der Grenze zur UdSSR reduzieren müssen. Insofern blieb die Türkei bis zum letzten Tag des Zweiten Weltkriegs ein problematischer Verbündeter, der – egal wie die außenpolitische Konstellation gerade aussah – stets nur seinen Egoismen folgte. *W. Kaufmann*

Voraus gedacht

Vor 65 Jahren entstand das heutige System der Kfz-Kennzeichen – Auch Ostgebiete berücksichtigt

Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945 bedeutete zugleich das Ende der bis dahin gültigen Kraftfahrzeugkennzeichen, im Volksmund auch Nummernschilder genannt. Nachdem das Königreich Sachsen als erster deutscher Bundesstaat bereits am 1. Juni 1901 Kennzeichen eingeführt hatte, beschloss der Bundesrat – die Parlamentskammer der Bundesstaaten – 1906 die einheitliche Kennzeichnung für alle Kraftfahrzeuge im Deutschen Reich, die ab dem 1. Oktober des Jahres galt und dann mit Abweichungen und Ergänzungen bis 1945 Bestand hatte.

Die vier alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges führten am 1. Januar 1946 in ihren jeweiligen Besatzungszonen neue Kennzeichen ein, die sich in Farbe und Aussehen unterschieden und die auch nach der Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1949 zunächst Gültigkeit behielten.

Gleichwohl hatte man in der Bundesrepublik Deutschland bereits 1950 damit begonnen, für künftige Kfz-Kennzeichen ein neues System zu erarbeiten. Erste Entwürfe aus jenem Jahr wurden 1951 überarbeitet. Nachdem im Juli 1952 die fünf Länder der DDR aufgelöst und durch 14 Bezirke ersetzt worden waren, führte man dort ab April 1953 auf dieser Grundlage neue einheitliche Kfz-Kennzeichen ein.

Die Planungen in der Bundesrepublik Deutschland ließen diese Entwicklung indes unberücksichtigt, denn 1953 stand ein endgültiges Verzeichnis fest, das allein der Verwaltungsstruktur des Deutschen Reiches aus der Vorkriegszeit Rechnung trug. Weil man von einer baldigen Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 ausging, wurden nicht nur die DDR, sondern auch die Ostgebiete in dieses System einbezogen. So findet sich im Bundesarchiv in Koblenz eine sogenannte Ostliste (Aktenzeichen B 108 10585), in der Literatur auch als Ostzonenverzeichnis bekannt, die im Fall der Wiedervereinigung die dann zu vergebenden Kfz-Kennzeichen für das Territorium der DDR sowie für die alten deutschen Provinzen östlich von Oder und Neiße enthielt. Die genaue Datierung dieser Endvariante aus dem Jahre 1953 konnte nicht ermittelt werden, es darf jedoch angenommen werden, dass sie im Zusammenhang mit der Neufassung der Straßenverkehrszulassungsordnung vom 24. August 1953 erstellt wurde, welche die Vorgängerversion von 1937 ersetzte.



So sähe es heute aus: Kennzeichen des ostpreußischen Lötzen *Bild: Reith*

Am 1. Juli 1956 führte die Bundesrepublik Deutschland dann das bis heute gültige Kennzeichensystem ein. Wie in den Planungen vorgesehen, blieben die Kennzeichen, die man für die DDR und die Ostgebiete aufgelistet hatte, weiterhin reserviert, um bei einer Wiedervereinigung sofort ausgeteilt werden zu können. Als 1990 die Vereinigung der beiden deutschen Staaten erfolgte und auf dem Boden der bisherigen DDR die früheren Länder neu entstanden, führte man ab dem 1. Januar 1991 auch dort das System der bundesdeutschen Kraftfahrzeugkennzeichen ein. Die Abkürzungen aus der Liste von 1953 wurden weitgehend übernommen; in einigen wenigen Fällen bedurfte es geringfügiger Modifizierungen.

Da die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 nun hinfällig geworden war, konnte man auch die für die Ostgebiete reservierten Kennzeichen aufgeben. So erhielt etwa Bautzen, für das eigentlich BAU vorgesehen war, jetzt das bislang an Beuthen/Oberschlesien vergebene BZ, das für Bartenstein/Ostpreußen reservierte BAR erhielt das Barnimer Land in Brandenburg, und Wittenberg, für das ursprünglich WTB vorgesehen war, erhielt WB, das man zuvor an Waldenburg in Schlesien vergeben hatte. Auch in der alten Bundesrepublik Deutschland, also vor 1990, war man schon in einzelnen Fällen von der Liste des Jahres 1953 abgewichen, weil man in zunehmendem Maße nicht mehr an eine deutsche Wiedervereinigung in den Vorkriegsgrenzen glaubte. So war die Buchstabenkombination EL, eigentlich für Elbing in Westpreußen reserviert, an das Emsland vergeben worden, und das für Stettin vorgesehene ST hatte der Kreis Steinfurt erhalten.

Das 1953 erstellte Verzeichnis umfasste neben den beiden deutschen Staaten die Städte und Landkreise Pommerns, Ostbrandenburgs, Schlesiens sowie Ost- und Westpreußens, wobei der Ostpreußen auch der sowjetisch verwaltete Landesteil berücksichtigt worden war. So hatte man beispielsweise für Königsberg/Preußen KP, für Insterburg IB, für Tilsit TI oder für Gumbinnen GUM reserviert. Nicht eingeplant waren Kennzeichen für das Memelland. Denn dieses war zum Stichtag, dem 31. Dezember 1937, nicht Bestandteil des Deutschen Reiches.

Andererseits hatte man 1953 aus nicht ersichtlichen Gründen auch Kennzeichen für Regionen vorgesehen, die bereits nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr zum deutschen Staatsgebiet zählten, so etwa KW für Kattowitz, KGH für Königshütte und SZ, das später Salzgitter erhielt, für Sosnowitz, allesamt im 1921 abgetrennten Teil Oberschlesiens gelegen, und P für Stadt- und Landkreis Posen, das auch schon seit 1919 polnisch war. Dieses war übrigens das einzige für die Gebiete im Osten reservierte Kennzeichen mit nur einem Buchstaben. 1991 wurde es Potsdam zugeteilt, für das man bis dahin PD vorgesehen hatte. Auch Danzig, das bis 1939 eine Freie Stadt bildete und somit ebenfalls nicht in den Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 lag, war 1953 mit den Buchstaben DZ in die Liste aufgenommen worden.

Weitere 1953 an größere ostdeutsche Städte vergebene Kraftfahrzeugkennzeichen, die bis 1990 auf dem Papier Bestand hatten, waren:

AT = Allenstein
BX = Breslau
GW = Gleiwitz
HR = Hindenburg/Oberschlesien
KB = Kolberg
LW = Landsberg an der Warthe
LZ = Liegnitz
ON = Oppeln

Wolfgang Reith

Weit mehr als 100

U-Boot-Kommandant Reinhard Hardegen †

Reinhard Hardegen, ältester noch lebender deutscher U-Boot-Kommandant des Zweiten Weltkrieges, ist tot. Eigentlich wollte der am 18. März 1913 in Bremen geborene Hardegen als Marineflieger die unendliche Weite des Himmels erobern und sein Leben nicht in einer engen Röhre unter Wasser verbringen. Nach seinem Eintritt in die Reichsmarine im April 1933 und den üblichen Ausbildungsstationen wurde er Beobachter und schließlich Pilot. Doch ein Flugzeugabsturz setzte seiner fliegerischen Laufbahn 1936 ein jähes Ende, da er ein verkürztes Bein nachbehielt. Mit List und Hartnäkkigkeit gelang ihm 1939 die Versetzung zur U-Boot-Waffe. Im Dezember 1940 erhielt er das Kommando über U 147, mit dem er gleich beim ersten Einsatz einen norwegischen Dampfer versenkte.

Im Mai 1941 wurde er Kommandant von U 123. Nachdem er sich bei mehreren Feindfahrten bewährt hatte, lief er im Dezember 1941 zu einem Sondereinsatz an die US-amerikanische Ostküste aus. Das Ziel der Aktion war es, den Alliierten zu demonstrieren, dass die Kriegsmarine in der Lage war, den Handelskrieg mit U-Booten auch in entfernte Gewässer unmittelbar vor deren Tür zu tragen. Der Deckname der Operation: „Unternehmen Paukenschlag“. Den ersten Dampfer versenkte Hardegen bereits auf dem Anmarsch. Ihm folgten innerhalb weniger Tage neun weitere. Großadmiral Karl Dönitz war zufrieden und funkte: „An den Paukenschläger Hardegen. Bravo! Gut gepaukt. Dönitz.“ Nach seiner Rückkehr erhielt Hardegen dafür das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes.

Bei seiner zweiten Feindfahrt über den Atlantik im Frühjahr 1942 knüpfte er an diesen Erfolg an und versenkte zehn weitere Schiffe, wofür er das Eichenlaub zum Ritterkreuz erhielt. Durch den anstrengenden Borddienst machten ihm mittlerweile die bei dem Flugzeugabsturz erlittenen Verletzungen zu schaffen. Bisher hatte Dönitz, der von seinen Leiden wusste, ihn gedeckt, doch nun holte er ihn von Bord und ließ ihn Dienst als Ausbilder und im Torpedowaffenamt tun. Gegen Ende des Krieges wurde Hardegen Kommandeur eines Marineinfanterieregiments, das sich vor den Toren von Hardegens Heimatstadt Bremen den weit überlegenen britischen Truppen entgegenstellte. Für die im Landkampf ungeübten Seeleute war es ein letzter Einsatz auf verlorenem Posten.

Nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Jahre 1946 baute sich Hardegen in Bremen eine zivile Existenz als Ölkaufmann auf. Nebenher war er Mitbegründer der CDU in der Hansestadt. Seine Begründung für dieses politische Engagement ist ebenso verblüffend einfach wie überzeugend: „Wir waren der Meinung, dass es zu viele Sozis in Bremen gibt, und wollten das ändern.“ Daraus wurde ein jahrzehntelanges politisches Wirken. Von 1959 bis 1979 gehörte Hardegen der Bremischen Bürgerschaft an, wurde Fraktionsvorsitzender und Schriftführer des Landesparlaments. Erst mit 70 Jahren zog er sich aus der Politik zurück.

Damit hatte er endlich Zeit für Reisen. Er umrundete Australien, gelangte mit einem russischen Eisbrecher zum Nord- und mit einem Schlitten zum Südpol, bewältigte die Nordwest- ebenso wie die Südostpassage. Insgesamt hat er weit mehr als 100 Länder bereist.

Weit mehr als 100, das hatte er, als er eben diesen runden Geburtstag feierte, als Lebenserwartung angepeilt. Es ist ihm gelungen. Wie erst jetzt bekannt wurde, ist Hardegen am 9. Juni im Alter von 105 Jahren in seiner Heimatstadt Bremen verstorben. *Jan Heitmann*



Foto: action press

Bei Fußballern sollen O-Beine besonders verbreitet sein. Die Frage ist: Sind O-Beinige besonders gute Kicker? Oder ist es der Sport, der die Lücke zwischen Knien wachsen lässt? Das haben Münchener Wissenschaftler untersucht und kamen zu dem Schluss: Der Fußball ist schuld an den O-Beinen.

Warum Kicker oft O-Beine haben

Die Forscher haben je 1300 männliche Fußballer mit 1300 Nichtfußballern verglichen. Dabei kam heraus, dass bei den Fußballern der Abstand zwischen Knien im Schnitt 1,5 Zentimeter größer ist als bei den Nichtfußballern.

Unter anderem sollen dafür die Stollenschuhe verantwortlich sein. Sie erhöhen zwar die Standfestigkeit, schränken aber die natürlichen Drehbewegungen des Beins ein und führt zu Belastungen des Knies, was in die Ausbildung der O-Beine mündet.

Und, ist das denn schlimm? Ja und nein: Durch die ungleichmäßige Abnutzung der Kniegelenke steigt zwar das Risiko einer Arthrose, sagen die Forscher. Allerdings trifft dies nur auf Leistungssportler zu, heißt es. Bloße Freizeitkicker sind davon nicht betroffen. *H.H.*

Wenn Recht zum Spielball wird

Ernst Fraenkels Untersuchung des NS-Systems birgt düstere Parallelen zur Gegenwart

Nur ganz Bösartige sprechen immer wieder von Vergangenheit, die nicht vergehen will. Aber manchmal drängen sie sich doch auf, diese verfluchten, holzschnittartigen Parallelen zur Gegenwart, die man gar nicht gesucht hat. Auf den ersten Blick scheinen sie zumeist ziemlich abwegig.

Aber die Beunruhigung bleibt. Beispielsweise, wenn man in alten Büchern blättert, etwa über die beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Die erste brachte es gar bis zum industriell betriebenen Massenmord. Mit totalitärem Anspruch traten sie beide auf. Die Frage nach dem Funktionieren und den Mechanismen, die diese „Systeme" ermöglichten, wurde bereits von Zeitgenossen aufgeworfen.

Im »Doppelstaat« gelten Normen nur unter Vorbehalt

Der Anwalt Ernst Fraenkel, der als deutscher Jude 1938 in die USA emigrieren musste und nach dem Krieg als Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin tätig war, hatte bereits im „Dritten Reich" Material für sein Buch „Der Doppelstaat" gesammelt. 1941 erschien dieses Werk in seinem Exil, erst 1974 in deutscher Übersetzung. Die „Doppelung" erkannte Fraenkel in dem Nebeneinander und Ineinandergreifen von „Normen-" und „Maßnahmenstaat". Gültige Gesetze – „Normen" – gab es selbstredend auch im „Dritten Reich". Nur galten diese eben nicht immer für alle, und zwar dann nicht, wenn staatliche Stellen oder NS-Organisationen, hier allen voran die Einheitspartei NSDAP, anderweitige Entscheidungen oder Aktionen – „Maßnahmen" – für opportun hielten. Die „Normen" blieben formell in Kraft, insofern war offiziell „Rechtssicherheit" gegeben.

Diese Zeiten liegen glücklicherweise weit zurück. Leben wir nicht in einer Demokratie mit klassischer Gewaltenteilung, in welcher die Legislative, in unserem Fall der Bundestag, peinlichst darauf achtet, dass die Exekutive keine Sonderwege beschreitet und die Bestimmungen des Grundgesetzes mit Argusaugen hütet? Mit Blick auf die vergangenen Jahre ist diese Frage nicht so recht mit „ja" zu beantworten.

Rolf Henrich unterstreicht in seinem auf den Sozialismus und vor allem die DDR bezogenen Buch „Der vormundschaftliche Staat" den Rückschritt hinter „das stillgelegte Unternehmen Aufklärung". Henrich, ebenfalls Anwalt, war den langen Weg vom SED-Parteisekretär zum Oppositionellen gegangen, er selbst verstand sich eher als Reformer. Er veröffentlichte besagtes Buch in der Bundesrepublik im April 1989, entsprechende Repressalien folgten. Einleitend zitiert Henrich aus einem Text des Schriftstellers Volker Braun: „Am Anbeginn war Kunze mit sich eins, dass Hinze zu seinem Glück gezwungen werden müsse. Denn selber schien der nicht zu wissen, was ihm guttut …"

Dies bezieht sich natürlich auf den Ulbricht-Honecker-Staat. Allerdings: Werden nicht auch in unserem Land, in dem wir „gut und gerne leben", mitunter Dinge regierungsamtlich verkündet, mit denen so mancher nicht konform geht und bei denen der Verdacht aufkommt, man solle „zu seinem Glück gezwungen" werden?

Henrich analysiert die DDR nahezu in all ihren Facetten. Äußerungen wie etwa: „Aus Angst scheuen die meisten Menschen im Staatssozialismus davor zurück, öffentlich in der Wahrheit zu leben", oder der Hinweis auf das Vernunftdefizit, „das den Alltag des Sozialismus so geleithammelt erscheinen lässt", sollten eigentlich in eine abgeschlossene Epoche gehören, erkennbar am Wort „Sozialismus".

Oder sind die Dinge doch übertragbar? Werden nicht auch in der Gegenwart der Bundesrepublik beschlossene Regeln handstreichartig beseitigt? Man denke an die überraschende Energiewende von 2011, den Beschluss, dass die EU-Staaten finanziell doch füreinander haftbar sind (was bei der Einführung der Gemeinschaftswährung vertraglich ausgeschlossen war) oder gar die Nichtanwendung der „Dublin-III"-Regelungen hinsichtlich der Asylbewerber.

Sind das nicht bereits „Maßnahmen", die zuvor mit Bedacht beschlossene „Normen" aus politischen Gründen außer Kraft setzen? Immerhin zieht das Ganze unabsehbaren und irreversiblen Schaden nach sich. Auch penetrante tagesschauliche Erläuterungen, welche Parteien, hierzulande und anderswo, man gefälligst als „rechtspopulistisch" einzustufen hat, haben mehr als nur einen leichten Duft nach „Bevormundung".

Wenn die Bürger zu ihrem »Glück« gezwungen werden

Interessante Analysen sind es, vorgenommen durch die Werke zweier gelehrter Juristen, der Herren Fraenkel und Henrich, in ihrem jeweiligen totalitären Umfeld. In unserem nicht immer funktionierenden Rechtsstaat sind sie leider nicht nur rein historisch von Bedeutung. Die Titel „Der „Doppelstaat" und „Der vormundschaftliche Staat" sollte man daher nicht allzu schnell abgestaubt wieder auf dem oberen Bücherregal verschwinden lassen.

Erik Lommatzsch

Zu Besuch in der angeblichen Nazi-Hochburg

Reinhardtsdorf-Schöna war Zielscheibe heftiger Medienattacken, seit die NPD hier bis zu 25 Prozent holte

Der Osten der Republik ist braun – besonders in Sachsen. Und die Sächsische Schweiz kommt noch ein wenig brauner daher als der Rest des Freistaats. Dabei liegt die absolute Nazi-Hochburg in der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna an der Grenze zu Tschechien: „Dunkeldeutschland pur!" So lautet der Grundtenor vieler Medien hierzulande. Doch wie sieht das Ganze in der Realität aus?

Als die ARD Anfang 2017 im Nachgang zum radikal-islamischen Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche zur Talkshow „Hart aber fair" einlud, befand sich unter den Gästen auch der türkischstämmige Anwalt Mehmet Daimagüler. Der Jurist antwortete auf die Frage, ob man härter gegen terrorverdächtige „Flüchtlinge" vorgehen solle, er sehe hierzulande eigentlich noch ganz andere Bedrohungen: „Ich traue mich mit meiner Schwester … nicht in die Sächsische Schweiz, weil da die Nazis sind."

Damit bemühte Daimagüler ein Klischee, welches seit 2004 durch den Blätterwald geistert: In der idyllischen Felsenwelt südöstlich von Pirna vor den Toren der Landeshauptstadt Dresden feiere der Nationalsozialismus gerade fröhliche Urständ. Beispielsweise titelte die „Süddeutsche Zeitung" damals aufgeregt: „Rechter Spuk im Märchenland." Noch deutlicher wurde einige Jahre später die deutsche Ausgabe der „Huffington Post" mit der Aussage: „Reinhardtsdorf-Schöna ist die größte Nazi-Gemeinde Deutschlands."

Auslöser für diese und ähnliche Schlagzeilen waren die Wahlergebnisse in der Gemeinde im hinteren Teil der Sächsischen Schweiz. Hier errang die NPD bei den Landtagswahlen 2004 bemerkenswerte 23,1 Prozent. Ein ähnlicher Erfolg gelang ihr bei der Kreistagswahl von 2008, wo sie auf 25,2 Prozent kam und damit sogar die CDU überrundete.

Und auch die Wahlen zum sächsischen Landtag 2009 und 2014 waren für Schlagzeilen gut: Wiederum erreichte die NPD 19,4 beziehungsweise 16,1 Prozent. Von einer „Nazi-Gemeinde" zu sprechen, verbietet sich aber nicht nur wegen des Umstandes, dass die meisten Einwohner ja ganz offenkundig doch andere Parteien als die NPD gewählt hatten. So ist das kommunalpolitische Gewicht der NPD ebenfalls deutlich kleiner als behauptet.

Zwar stellt sie seit der Gemeinderatswahl vom Mai 2014, bei der sie 20,5 Prozent erzielte, zwei Mitglieder des Gemeinderats, die restlichen zehn kommen aber allesamt aus freien Wählergemeinschaften. Deshalb ist auch der amtierende Bürgermeister und Gastronom Olaf Ehrlich kein „Nazi", sondern Mitglied der Wählervereinigung 94.

Ansonsten favorisieren die Menschen im Ort neuerdings eher die AfD. Das ergibt sich aus dem Ergebnis der jüngsten Bundestagswahl: Die AfD obsiegte in Reinhardtsdorf-Schöna mit 39,5 Prozent, während die NPD auf 6,4 Prozent abfiel. Womit sie freilich immer noch vor der SPD mit ihren kläglichen 5,8 Prozent lag.

Verantwortlich für die Wahlsiege der NPD war unter anderem der Versuch, die Gemeinde dem benachbarten Kurort Bad Schandau zuzuschlagen, um einen eventuellen „rechten" Bürgermeister zu verhindern. Dass sie erfolgreich gegen diese verwaltungstechnische Intrige vorging und die Eigenständigkeit von Reinhardtsdorf-Schöna mittels Bürgerentscheid sicherte, verschaffte der NPD viele Stimmen. Wichtig ist zudem auch die Volksnähe ihrer Kandidaten. So kennen und schätzen fast alle im Ort den NPD-Spitzenmann Michael Jacobi, denn der rührige Klempnermeister rückt zu jeder Zeit und bei jedem Wetter aus, wenn irgendwo Heizung oder Toilette streiken.

Ebenso fallen die NPD-Slogans rund um das Thema Heimat hier auf besonders fruchtbaren Boden, denn Heimatverbundenheit gehört zu den wesentlichsten Eigenschaften der Menschen in der hinteren Sächsischen Schweiz, wo es sich zwar nicht so komfortabel und abwechslungsreich lebt wie im 50 Kilometer entfernten Dresden, wo man aber in vielerlei Hinsicht bodenständig geblieben ist. Davon zeugt beispielsweise die Heimatstube in einem traditionellen Umgebindehaus in Schöna, in der die Besucher gezeigt bekommen, wie mühsam und karg das Leben der Steinbrecherfamilien früher gewesen ist.

Dass das Wort „Heimat" hier nicht nur eine Parole ist, erkennt der Gast zudem an diversen Details, wie dem liebevoll gestalteten und von jeglichen Randalespuren verschonten Grillplatz mit seinem Unterstand am Dorfrand, von dem sich ein atemberaubender Blick auf die markanten Felsen der Schrammsteinkette auf der anderen Elbseite bietet.

Völlig selbstverständlich trägt er das Schild „Heimat" – welches in manchen Stadtteilen Dresdens, in denen die „Antifa" permanent ihre Duftmarken hinterlässt, keinen einzigen Tag hängen bliebe.

Ein besonderes Wahrzeichen von Reinhardtsdorf ist die spektakuläre Dorfkirche. Dieses Kleinod des sogenannten Bauernbarock wurde zwischen 1680 und 1711 komplett ausgemalt und zeigt 50 biblische Szenen, wobei die Landschaft des Elbsandsteingebirges als Hintergrund für die Darstellungen diente. Finanziert haben das Vorhaben großzügige private Spender.

Diese christliche Prägung zugunsten von mehr „Buntheit" zur Disposition stellen will offenbar niemand im Ort. Deshalb können die Menschen hier auch sehr gut ohne fanatisierte „Flüchtlinge" leben. Ganz genau wie viele Touristen. Zwar führten die Wahlergebnisse seit 2004 dazu, dass linksorientierte Jugendgruppen aus Berlin und westdeutschen Großstädten Einrichtungen wie den „Waldhof" und das Naturfreundehaus am Zirkelstein boykottieren. Dafür kommen aber andere, weniger vorurteilsbeladene Gäste, welche sich weder von der schlechten Presse des Ortes noch durch die zu ihm hinaufführende Buckelpiste von Straße abschrecken lassen.

Was sie in Reinhardtsdorf-Schöna vorfinden, ist freilich kein Nazi-Disneyland für Ewiggestrige, sondern ein völlig normales, höchst entspanntes Dorfleben. Hier wandert man geruhsam auf den Spuren bekannter Maler wie Caspar David Friedrich, nutzt die Zapfstelle für frische Rohmilch der Agrargenossenschaft Oberes Elbtal und freut sich über ebenso günstige wie bequeme Unterkünfte. So kosten manche Ferienhäuschen gerade einmal 30 Euro pro Nacht, und selbst im noblen „Wolfsberghotel", welches den besten Panoramablick über das Land bietet, sind Zimmer schon ab 45 Euro zu haben. Ganz ähnlich sieht es in den benachbarten Ortschaften der „verrufenen" Sächsischen Schweiz aus.

Spuren großer Maler wie Caspar David Friedrich

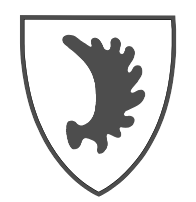
Deshalb stiegen die Besucherzahlen in der Region allein von 2016 auf 2017 um mehr als fünf Prozent, wobei der Zuwachs bei ausländischen Gästen sogar 19,1 Prozent betrug. Und entgegen aller Gruselmärchen ist bisher auch kein einziger von diesen in der Sächsischen Schweiz zu Schaden gekommen.

Es sei denn, er stürzte aufgrund seines eigenen Leichtsinns von einem Felsen. Das lag dann aber sicher nicht an der mangelnden „Willkommenskultur" der Menschen vor Ort!

Wolfgang Kaufmann


Reinhardtsdorf-Schöna im Elbsandsteingebirge Bild: ddp images

Die Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna entstand 1973 durch den Zusammenschluss der drei Dörfer Reinhardtsdorf, Schöna und Kleingießhübel, welche sämtlich in der Zeit ab 1200 gegründet worden waren. Sie besitzt derzeit etwa 1600 Einwohner. Asylbewerber gibt es hier genauso wenig wie im benachbarten Bad Schandau und zahlreichen anderen Erholungsorten der Sächsischen Schweiz, wo man oft kein Handynetz hat.
Reinhardtsdorf-Schöna lebt vom Tourismus und der Landwirtschaft. Hausberge sind der Zirkelstein und die Kaiserkrone. Außerdem kann man von Kleingießhübel aus auf die höchste Erhebung im deutschen Teil des Elbsandsteingebirges, den Großen Zschirnstein (561 Meter), steigen. Als bedeutendster Sohn der Gemeinde gilt der Jurist und Reichstagsabgeordnete Wilhelm Schaffrath (1814–1893), der 1848 auch zu den Delegierten der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche gehörte und sich als radikaler Demokrat hervorgetan hatte. *W.K.*



Das Ostpreußenblatt



Nr. 26 – 29. Juni 2018

Ein Fest der Liebe zu Ostreußen

Die deutsche Bevölkerungsgruppe feierte im Amphitheater in Osterode ihr Sommerfest







Ausdruck gelebten Brauchtums: Der „Ostpreußenchor“ aus Mecklenburg-Vorpommern (o.) und die Theateraufführung der Jugendgruppe „Spiegel“. In der Pause: Dieter Arno Milewski, stellvertretender Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Lötzen und Barbara Ruzewicz, Vorsitzende des Deutschen Vereins (r.) Bilder: H. Frahm







Zeit zum Gedankenaustausch: Die beiden Diener Gottes, Domherr André Schmeier und Manfred Schukat (l.), Wiktor Marek Leyk, der Beauftragte des Marschalls der Woiwodschaft Ermland-Masuren für nationale und ethnische Minderheiten mit Marschall Jaroslav Sloma (M.), Bernard Gaida, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten, und Michael Schlüter, Vizevorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (r.)

Wir alle werden ein gutes Gefühl mit nach Hause nehmen!“ sagte Pfarrer Dawid Banach beim ökumenischen Gottesdienst und nahm damit schon das Ergebnis vom diesjährigen Sommerfest in Osterode (siehe 25, Seite 13) vorweg. Rund 1000 Besucher werden abends ebenso empfunden haben, nachdem sie bei strahlendem Sonnenschein im Amphitheater ihre Heimat, Sprache und Kultur gefeiert hatten.

Wie wichtig neben der Pflege des kulturellen Erbes auch das Schließen neuer Freundschaften ist, hob der deutsche Vizekonsul Giuseppe Lo Coco in seinem Grußwort hervor. Nur so habe nach dem Fall des Eisernen Vorhangs aus einem belasteten Verhältnis ein auf allen Ebenen dichtes und vielfältiges werden können. Er lobte die vorbildliche Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Vereinen, die mit Tanz- und Singgruppen die deutsche Kultur pflegen.

Einen großen Anteil daran hat auch Klaus Brähmig, der für seine Arbeit als langjähriger Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet wurde. Er selber komme zwar nicht aus Ostpreußen, aber sein ostpreußischer Pastor habe immer mit leuchtenden Augen von dessen Heimat erzählt. Dieses Erlebnis sowie Besuche in Osterode und Steinort habe er noch in bester Erinnerung.

Dass Musik ganze Völkergruppen verbinden kann, merkten auch die Mitglieder des sogenannten „Ostpreußenchores“ aus Mecklenburg-Vorpommern. Schon bei den Proben musizierten sie mit taiwanesichen Urlaubern, um dann beim Sommerfest einen fulminanten Auftritt zu haben. Den ganzen Nachmittag traten Tanzgruppen und Chöre im bunten Wechsel auf und zeigten, wie lebendig deutsches Brauchtum in Ostpreußen ist. Es war für alle ein gelungenes Fest.

Hanna Frahm

Mit Nachdruck engagiert für Ostpreußen

Für seinen unermüdlichen Einsatz hat der Bundestagsabgeordente Klaus Brähmig das Goldene Ehrenzeichen der LO erhalten

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen hat die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Klaus Brähmig das Goldene Ehrenzeichen verliehen.

Klaus Brähmig wurde am 1. August 1957 in Königstein, Kreis Pirna, Sachsen, geboren. Nach seinem Schulabschluss absolvierte er von 1974 bis 1977 eine Lehre als Elektroinstallateur in Pirna und leistete anschließend bis 1978 seinen Wehrdienst ab. Eine Ausbildung zum Elektrohandwerksmeister bei der Handwerkskammer Dresden schloss sich in den Jahren von 1980 bis 1983 an.

Im Januar 1990 trat Brähmig in die CDU ein und war von 1990 bis 2017 als direkt gewählter Abgeordneter Mitglied des Deutschen Bundestages. In den Jahren 1998 bis 2009 leitete er die Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und war unter anderem von 2009 bis 2015 Vorsitzender des Tourismusausschusses des Deutschen Bundestages.

Als Leiter der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag entwickelte Brähmig ein besonderes Interesse für das deutsche Kulturerbe im Königsberger Gebiet, das er aufgrund seiner geografischen Lage als ideale Brücke zwischen Deutschland und Russland ansieht. Die von russischer Seite vielfach betonte und gezeigte Wertschätzung der überkommenen deutschen Kulturgüter im nördlichen Ostpreußen betrachtete der Bundestagsabgeordnete als hervorragende Basis für künftige Kooperationen zwischen den beiden Völkern. 2014 hatte Klaus Brähmig im Rahmen einer Delegationsreise Gelegenheit, das Thomas-Mann-Haus im litauischen Nidden zu besuchen und sich im Memelland über den grenzüberschreitenden Austausch zwischen dem Königsberger Gebiet und der Europäischen Union zu informieren.



Mit dem Goldenen Ehrenzeichen der LO ausgezeichnet: Klaus Brähmig (l.) dankt LO-Sprecher Stephan Grigat (r.) Bild: H. Frahm

Im Rahmen seines politischen Engagements für die deutschen Minderheiten besuchte er im Juli 2016 gemeinsam mit Parlamentskollegen der Unionsfraktion auch das südliche Ostpreußen. Dort traf Brähmig unter anderem mit Vertretern der Deutschen Vereine, des ostpreußischen Dachverbandes VdGEM, der polnischen Selbstverwaltung und der katholischen Kirche zum Meinungsaustausch zusammen. Vor dem Hintergrund der im südlichen Ostpreußen gesammelten positiven Erfahrungen setzte sich Klaus Brähmig in der Folgezeit intensiv dafür ein, das finanzielle Engagement Deutschlands zur Unterstützung der Arbeit der deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa sowie die Pflege des kulturellen Erbes des historischen deutschen Ostens aufrecht zu erhalten.

Brähmig unterstützte zudem mit Nachdruck die Erweiterung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. Sein besonderes Interesse gilt dem großen Königsberger Philosophen Immanuel Kant, dessen 300. Geburtstag im April 2024 gefeiert wird. Es ist im Wesentlichen dem unermüdlichen Einsatz von Brähmig zu verdanken, dass der Bund 5,6 Millionen Euro als seinen Anteil in die Finanzplanung eingestellt hat, damit zu diesem Zieldatum ein eigener Kant-Trakt des Ostpreußischen Landesmuseums eröffnet werden kann, der auch Objekte zur Künstlerin Käthe Kollwitz aufnehmen soll. Das Land Niedersachsen stellt für den neuen Erweiterungsbau 2,4 Millionen Euro aus Landesmitteln zur Verfügung.

Weitere Verdienste um die deutschen Heimatvertriebenen hat sich Brähmig als Mitglied des Deutschen Bundestages im Stiftungsrat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ erworben, mit der die Erinnerung an den historischen deutschen Osten sowie dessen Kultur und Geschichte für künftige Generationen bewahrt und erfahrbar gemacht werden soll. Zusammen mit der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten begleitete er zudem konstruktiv die Weiterentwicklung der Konzeption zur Kulturförderung auf der Grundlage des Paragraf 96 des Bundesvertriebenengesetzes mit dem Ziel der verstärkten europäischen Integration.

P.W.



ZUM 101. GEBURTSTAG

Saager, Lore, geb. **Drengwitz**, aus Lyck, Bismarckstraße 16, am 1. Juli

ZUM 100. GEBURTSTAG

Cudnochowski, Anna, geb. **Reinert**, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, am 3. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Fricke, Hildegard, geb. **Röder**, aus Treuburg, am 5. Juli
Klein, Erwin, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 29. Juni
Zozmann, Martha, geb. **Bern**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 29. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bittner, Hildegard, geb. **Skrodzki**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 30. Juni
Gehrau, Edith, geb. **Timm**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 29. Juni
Karnahl, Margarethe, geb. **Apsel**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 3. Juli
Kruppa, Ilse, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 5. Juli
Raulin, Emma, geb. **Schneider**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 30. Juni
Richter, Dr. Brigitte, geb. **Loertzer**, aus Lyck, Hindenburgstraße 3–4, am 3. Juli
Schummer, Traute, geb. **Lamshöft**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 29. Juni
Seidel, Elli, geb. **Krause**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 5. Juli
Skalla, Hilde, geb. **Prostka**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 5. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bandilla, Otto, aus Milussen, Kreis Lyck, am 2. Juli
Bessel, Werner, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Gebhardt, Alice, geb. **von Raven**, aus Neidenburg, am 5. Juli
Hoff, Helmut, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 5. Juli
Hoffmann, Gerda, geb. **Retat**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Krüger, Anneliese, aus Lyck, am 3. Juli
Pyko, Karl, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 30. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Barnieck, Hildegard, geb. **Schmidt**, aus Lyck, Lycker Garten 61, am 30. Juni
Biskupek, Ingeborg, geb. **Till**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli
Figur, Waltraud, geb. **Sawitzki**, aus Littfinken, Kreis Neidenburg, am 28. Juni
Gottuck, Liesbeth, geb. **Jerosch**, aus Lyck, am 29. Juni
Luxa, Norbert, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 5. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Fibiger, Anton, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Gropp, Antonie, geb. **Wilkat**, aus Rauschmünde, Kreis Ebenrode, am 30. Juni
Heinrichs, Hildegard, geb. **Gerdes**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 27. Juni
Hildebrandt, Elfriede, geb. **Reinert**, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, am 28. Juni
Jaschinski, Heinz, aus Ortelsburg, am 3. Juli
Neumann, Gertrud, geb. **Liedtke**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 2. Juli
Pingel, Olga, aus Gaiwen, Kreis Lötzen, am 4. Juli
Scheel, Hedwig, geb. **Niedzwetzki**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 3. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dukatz, Sigfrido, aus Lyck, am 5. Juli
Fischer, Hans, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Gall, Prof. Dr. Christian, aus Lötzen, am 1. Juli
Kammler, Liesbeth, geb. **Pedak**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 30. Juni
Kerat, Waltraud, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 1. Juli
Mikeleit, Ilse, geb. **Engel**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 2. Juli
Myska, Helene, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 29. Juni
Schwillo, Gerda, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 4. Juli
Spieß, Elfriede, geb. **Nowak**, aus Babeck, Kreis Treuburg, am 3. Juli
Stepputtis, Arnold, aus Nautzwinkel, Kreis Fischhausen, am 5. Juli
Werner, Rudolf, aus Schapten, Kreis Ebenrode, am 29. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Behrend, Eva, geb. **Hakelberg**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 2. Juli
Brauer, Edeltraut, geb. **Falk**, aus Lyck, am 1. Juli
Erle, Waltraud, geb. **Wiechert**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 1. Juli
Gogoll, Günter, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 30. Juni
Grötzner, Hella, geb. **Biallas**, aus Abbau/Waldfrieden, Kreis Lyck, am 2. Juli
Hinz, Gerhard, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 1. Juli
Jorkowski, Horst, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 4. Juli
Kastl, Margarete, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 30. Juni
Manke, Dr. Joachim, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Moore, Anneliese, geb. **Hoyer**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Lenkeit, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 2. Juli
Rinkewitz, Ilse, geb. **Korytkowski**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 2. Juli
Schindler, Irmgard, geb. **Porgorzelski**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 5. Juli
Schuster, Lydia, geb. **Kowalewski**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 30. Juni
Warda, Kurt, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 21–22, am 1. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bingener, Hulda, geb. **Tadday**, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 2. Juli
Freitag, Luzie, geb. **Schimanski**, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 3. Juli
Girgis, Christel, geb. **Hesselbach**, aus Lyck, am 29. Juni
Growe, Kurt, aus Groß Ottenhagen, Kreis Fischhausen, am 5. Juli
Kraich, Hildegard, geb. **Czwartek**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 1. Juli
Kühn, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 138, am 5. Juli
Kunze, Gertrud, geb. **Bombek**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Kurztusch, Ruth, geb. **Exner**, aus Wehlau, am 3. Juli
Kuseler, Lotti, geb. **Kuschewitz**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 2. Juli
Lewandrowski, Werner, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 30. Juni
Lütteken, Ehrentraut, geb. **Rogalla**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Mischke, Anton, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Mrotzek, Helmut, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 3. Juli
Pell, Walter, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Juni
Renner, Günter, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 1. Juli
Salomon, Dr. med. Werner, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 3. Juli
Schulzky, Elfriede, geb. **Ballay**, aus Modelkau, Kreis Neidenburg, am 3. Juli
Schweiger, Dietmar, aus Tussainen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. Juli
Stannehl, Hannelore, geb. **Dass**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 3. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adomeit, Kurt, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 3. Juli
Behrendt, Klaus, aus Lyck, am 30. Juni
Biskup, Siegmar, aus Milken, Kreis Lötzen, am 2. Juli
Derlath, Horst, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 5. Juli
Gerhardt, Günter, aus Ebenrode, am 5. Juli
Göbel, Anna-Maria, geb. **Krings**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli
Gronwald, Liesbeth, geb. **Kawetzke**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 4. Juli
Kant, Sigrid, geb. **Kant**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 4. Juli
Köller, Roswita, geb. **Sokolowski**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 30. Juni
Kussin, Manfred, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Lembke, Günter, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Juli
Maczeizik, Dieter, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 30. Juni
Mandel, Karin, geb. **Dellit**, aus Wehlau, am 2. Juli
Mikler, Inge, geb. **Schult**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli
Wizenty, Hildegard, geb. **Powierski**, aus Fröhlichswalde, Kreis Ortelsburg, am 30. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Cichon, Burglinde, geb. **Berger**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 5. Juli
Dauser, Jutta, geb. **Schlenther**, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 2. Juli
Frenzel, Dorothea, geb. **Engelke**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 29. Juni
Jelinek, Karin, geb. **Mitzkat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. Juli
Krähmer, Adelheid, geb. **Schleffel**, aus Parwen, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Platz, Renate, geb. **Zeisig**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 4. Juli
Richter-Rethwisch, Gero, aus Tenkitten, Kreis Fischhausen, am 2. Juli
Rohde, Hartmut, aus Wehlau, am 2. Juli
Stechert, Manfred, aus Hirschthal, Kreis Ortelsburg, am 1. Juli
Thoms, Peter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. Juni



Seifert, Peter und Ehefrau Ingried, geb. **Boriß** aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 28. Juni

TERMINE DER LO

2018

14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Busreise

Sonntag, 8., bis Donnerstag, 19. Juli: 12-tägige Busreise nach Angerapp, Masuren, zur Kurischen Nehrung und ins Königsberger Gebiet. Eine Teilnahme ist für Jedermann möglich. Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen: Edeltraut Mai, Telefon (0151) 18461001.

Heimatbrief

Der Angerburger Heimatbrief Nummer 161, Juni 2018, ist erschienen.

EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Heimatreise

Winsen/Luhe – Sonnabend, 30. Juni, 14 Uhr, Brasserie am Schloß, Schlossplatz 5, 21423 Winsen/Luhe: Ordentliche Mitgliederversammlung. Gemäß § 8 Abs. 3 der Satzung vom 22. September 2012 laden wir hiermit zur ordentlichen Mitgliederversammlung ein.

Tagesordnung

1. Begrüßung, Protokoll, Beschlussfähigkeit,
2. Rechenschaftsberichte des Vorstands,
3. Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des Vorstands,
4. Verschiedenes.

Wir bitten um zahlreiche Teilnahme. *Der Vorstand*

Heimatreise

Königsberg, Insterburg, Gumbinnen, Ebenrode mit Trakehnen, Nördliches Masuren, Kurische Nehrung, Rominter Heide, Wystiten, Oberlandkanal und Danzig in neun Tagen.

Mittwoch, 18., bis Sonnabend, 28. Juli, Buchungs-Nummer: Nord-Ost 2018.

1. Tag: Fahrt ab Wuppertal und weiteren Zustiegen über Hannover, Berlin, nach Posen zur ersten Übernachtung.

2. Tag: Fahrt durch das Warthe-Netze-Weichsel Gebiet (Kujawien), mit einstündigem Fotostopp in der Copernicus-Geburtsstadt Thorn, weiter über Osterode und Allenstein zum Hotel in Sensburg oder Lötzen.

3. Tag: Heute erleben Sie eine besonders schöne und interessante Route. Durch Lötzen, die großen Masurischen Seen, Feste Bojen, weiter durch die wunderschöne Moränenlandschaft mit kleinen Dörfern, Wäldern und Seen fahren Sie nach Goldap. Zum „schönen Berg" und Haus der Heimat, durch die Wälder der südlichen Rominter Heide, Viadukte in Staatshausen, der Bahnhof Szitkehmen und das Drei-Länder-Eck. Mit Fotostopp in Wistyten fahren Sie nach Kybartei, dort über die Grenze bei Eydtkau zum Gasthaus Alte Apotheke in Trakehnen. Drei Übernachtungen. Alternativ zum Hotel in Insterburg.

4. Tag: Zur freien Verfügung oder Busfahrt zu interessanten Zielen der Umgebung, wie zum Beispiel Georgenburg mit Besichtigung des dortigen Gestütes, Insterburg, in Gumbinnen zur Salzburger Kirche oder zum Fresko in der Friedrichschule, zum Gestüt Trakehnen, das ökologisch-historische Museum von Alexej Sokolow in Groß-Rominten.

5. Tag: Fahrt auf der R1 mit Fotostopp in Taplaken (Pregel-Schleuse und Brücke), an Wehlau und Tapiau vorbei nach Königsberg zur Stadtrundfahrt. Anschließend Freizeit. Übernachtung in Königsberg.

6. Tag: Fahrt zur Kurischen Nehrung. Von der Düne Epha haben Sie einen faszinierenden Blick über die „Wüste des Nordens" auf das Haff und die Ostsee. Bernsteinhändler bieten das baltische Gold in vielen Formen an. Bei gutem Wetter ist eine Badepause in der Ostsee möglich. Des Weiteren zur Vogelfangstation Rossitten, Sarkau und das Seebad Cranz. Übernachtung in Rauschen.

7. Tag. Fahrt bei Heiligenbeil über die polnische Grenze, durch Elbing nach Danzig mit Stadtrundfahrt. Besichtigung vieler Sehenswürdigkeiten. Alternativ: Fahrt zum Oberlandkanal, auf dem Schiffe über Berge fahren, und 99 Meter Höhe überwinden.

8. Tag: Vormittag Orgelkonzert in der Kathedrale von Oliva. Im Anschluss fahren Sie nach Karthaus durch die kaschubische Schweiz und das südliche Pommern zur pommerschen Hauptstadt Stettin.

9. Tag: Gut ausgeschlafen und mit schönen Erinnerungen treten sie die Heimreise an.

Reisepreis im DZ 730 Euro zuzüglich Visagebühren. Anmeldung bei Scheer-Reisen, Wuppertal, Telefon (0202) 500077 oder (0176) 22201847.

Kinderferienlager

Otterndorf – Mittwoch, 25. Juli, bis Montag, 6. August, Jugendherberge Otterndorf, Schleusenstraße 147, in 21762 Otterndorf: Kinderferienlager. Anmeldung beim Jugendbeauftragten: Norbert Schattauer, Landesstraße 19, 21776 Wanna, Telefon (04757) 463, E-Mail: schattauer-wanna@t-online.de.

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 15

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen

Bad Nenndorf – Freitag, 7. September bis Sonntag, 9. September, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Kreistreffen und Mitgliederversammlung.

Programm

Freitag, 7. September

14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer und Delegierten-Versammlung,

16 bis 18 Uhr: Film- und Dia-Vorträge im Raum Luzern.

Sonnabend, 8. September

9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros,

9.30 Uhr: Treffen im Restaurant,

10 bis 12 Uhr: Lesungen sowie Film-Vorträge,

12 Uhr: Mittagessen,

14 Uhr: Eröffnung der Mitglieder-Versammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung, verschiedene Grußworte. Rechenschaftsbericht des Versammlungsleiters. Im Anschluss: Berichte der Kirchspielvertreter sowie Wahlen.

Ab 16 Uhr: Gemütliches Beisammensein, Plachandern. Es können kleine eigene Beiträge vorgetragen werden,

16 bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern,

ab 18 Uhr: musikalische Unterhaltung.

Sonntag, 9. September

10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf, Ausklang im Hotel.



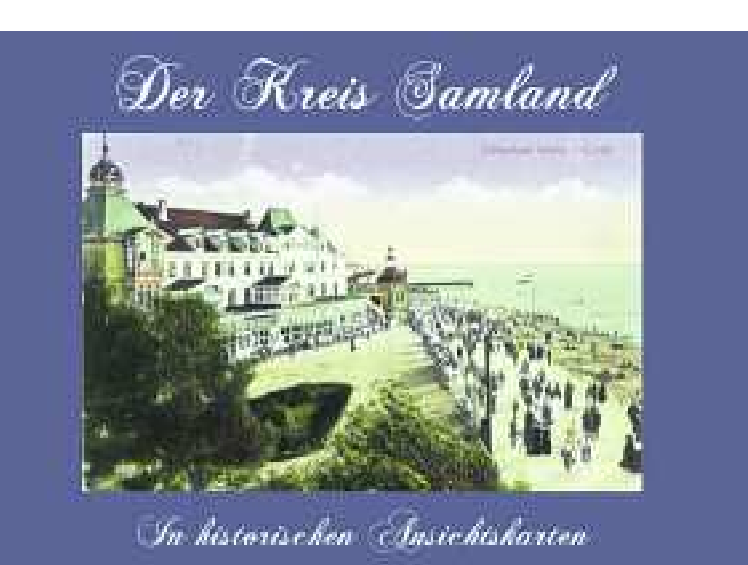
FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. Stellvertretender Vorsitzender: Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. Familienforschung: Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, E-Mail: H.Meller@t-online.de, Internet: www.kreis-fischhausen.de. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746.

Neuer Bildband

Die Kreisgemeinschaft Fischhausen hat noch einige Bildbände „Das Samland in historischen Ansichtskarten“ anzubieten.

Es sind über 180 Ansichtskarten von 70 Orten des Kreises Fischhausen, dem westlichen Teil des Samlandes, aus der Zeit vor 1945 abgebildet. Neben der alten Ordensstadt Fischhausen und dem Seehafen Pillau sind dies zum Beispiel die Bernsteinküste mit den Seebädern Neuhäuser und Palmnicken, die Steilküste mit Cranz und Rauschen, die Kurische Nehrung sowie das Galtgarbengebiet. Abbildungen aus den Kirchdörfern und zahlreichen kleineren Ortschaften runden die Darstellung ab und zeigen zum Teil Ansichten, die heute nicht mehr so zu finden sind. Jede Abbildung ist kurz beschrieben. Dem Ansichtskartenteil vorangestellt sind eine kurze Geschichte des Samlandes und der Geschichte der Ansichtskarten. Eine schöne Erinnerung an diese landschaftlich schöne Gegend oder auch als Geschenk für Kinder und Enkelkinder. Zu beziehen ist dieser schöne Bildband zum Preis von 15 Euro inklusive Versand über unsere Geschäftsstelle.



Druckfrisch: Der Fischhausener Bildband ist erschienen Bild: privat



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Heimatbrief

Der neue Heimatbrief der Kreisgemeinschaft Gerdauen, Nr. 61, Juni 2018, ist erschienen.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Heimatreise

Vom 1. bis zum 9. Juni fuhren wir mit der Reiseagentur Schmidt nach Königsberg und in den Kreis Heiligenbeil.

Auf dieser Reise konnten wir die Vorstandsmitglieder Bernd Schmidt, Viola Reyentanz, Arnold Hesse und Brunhilde Schulz sowie die Kirchspielvertreter Irmgard Lenz, Siegfried Schulz, Kurt Woike und die Ortsvertreterin Herta Hoffmann begrüßen.

Mit 57 Teilnehmern ging es über Schneidemühl, Marienburg, Frauenburg nach Königsberg. Dort standen eine Stadtrundfahrt in Königsberg und Ausflugsfahrten nach Pillau, durch das Königsberger Gebiet nach Tilsit und Ragnit und nach Palmnicken und Rauschen auf dem Programm. Für Fahrten in die Heimatorte standen bestellte Taxen für die Gäste bereit. Am letzten Abend in Königsberg sang für uns die Gruppe „Legende“ und beendete ihr Konzert mit dem Ostpreußenlied.

Am 6. Tag verließen wir Königberg und statteten zuerst dem ehemals so schönen Städtchen Zinten einen Besuch ab. Unsere Stadtvertreterin Zinten-Stadt, Viola Reyentanz, hat uns auf der dortigen Rundfahrt viel von Zinten und den ehemaligen Bewohnern berichtet. Die Weiterfahrt führte durch Ludwigsort nach Heiligenbeil. Nach dem Treffen mit dem Ehepaar Genna und Larissa Lebedinzew war unser erster Halt am Ehrenfriedhof. Nach einer Rede des Kreisvertreters, Bernd Schmidt, wurde in bewegendem Verweilen der vielen gefallenen deutschen Soldaten gedacht. Im Namen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil wurde anschließend ein Kranz niedergelegt.

Mit dem Bus ging es dann zum „Rosenberger Stein“. Am 4. Juni hatte die Ortsvertreterin Rosenberg, Herta Hoffmann, mit deutschen und russischen Freunden „650 Jahre Rosenberg“ gefeiert. Der Bürgermeister von Heiligenbeil, Oleg Schlyk, war anlässlich dieser Feier erschienen. Gemeinsam wurde eine Eiche, die sogenannte „Friedenseiche“ gepflanzt.

Nach dem dortigen Besuch wurden wir am Museum Heiligenbeil vom Museumsdirektor Dimitrij Schilow erwartet und mit freundlichen Worten empfangen. Unsere Reisegruppe besichtigte unter sachkundiger Führung das immer umfangreicher werdende Museum.

Von Dimitrij Schilow und dem Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil wurde bekräftigt, das seit Jahren etwas angespannte Verhältnis zwischen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil und der Stadt Heiligenbeil in Zukunft zu verbessern.

Weiter führte die Reise durch Braunsberg nach Frauenburg. Am nächsten Morgen traf sich die gesamte Reisegruppe am Gedenkstein für die rund 450 000 über das Eis des Frischen Haffes geflüchteten Landsleute. Auch hier wurde im Namen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil ein Kranz niedergelegt. Gegen Mittag ging es nach Tolkemit und von dort mit dem Schiff über das Frische Haff nach Kahlberg.

Die Rückfahrt nach Frauenburg erfolgte mit dem Bus über die Frische Nehrung, durch Elbing, am Frischen Haff entlang mit Halt in Cadinen. Der Abend stand unter dem Motto „70 Jahre Kreisgemeinschaft Heiligenbeil“.

Der Kreisvertreter berichtete über die Gründung und die 70-jährige Geschichte der Kreisgemeinschaft. Hierbei hob er namentlich die Landsleute hervor, die sich um die Kreisgemeinschaft verdient gemacht haben. Nach einer kleinen Diaschau erfolgte die Auswertung des obligatorischen Ostpreußen-Quiz'. Jeder Teilnehmer der Reise erhielt von der Reiseagentur Schmidt einen Kaffeebecher zur Erinnerung.

Am 8. Tag führte die Reise nach Danzig. Nach einer sehr informativen Stadtführung und genügend Zeit zur freien Verfügung ging es weiter an unseren letzten Übernachtungsort Köslin.

Die Rückreise erfolgte mit Halt am schnäppchenreichen Polenmarkt. Während der gesamten Reise herrschte traumhaftes Wetter.

So konnte sich unsere wunderschöne ostpreußische Heimat wieder einmal von der besten Seite zeigen. *B. S.*



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe

Schwerin – Mittwoch, 18. Juli, 12 Uhr, Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt: Treffen.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Treffen

Warpe – Sonntag, 1. Juli, 10 Uhr, Dom zu Bücken, anschließend Landhaus Hünecke, 27333 Warpe: Heimattreffen der Prökelwitzer und Schlobitter.



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Regionaltreffen

Im Mai trafen sich die Ostpreußen zum Regionaltreffen der Kreisgemeinschaft Osterode am 27. Mai in Hamm-Westtünnen. Hierzu im Folgenden der zweite und letzte Teil des Berichtes.

Im Folgenden kam Gieseler nochmals auf das Thema „Heimat“ zurück. Sein Vater, Volkmar Gieseler, der 101 Jahre alt geworden ist, hat in seinen letzten Lebensjahren oft gesagt: „Alt werden ist schön. Sehr alt werden ist nicht schön.“ Er hat zuletzt stark darunter gelitten, niemanden mehr zu haben, mit dem er seine Erinnerungen an eine gemeinsame Jugendzeit in der ostpreußischen Heimat hätte teilen können. Genau deshalb sind die regelmäßigen Treffen, die die Kreisgemeinschaft organisiert, für den Austausch zwischen den Heimatvertriebenen so wichtig. Die Kreisgemeinschaft selbst ist für die Schicksalsgemeinschaft der Osteroder Ostpreußen ein Stück weit Heimat geworden. Aus diesem Grunde verbietet sich jeder Gedanke an eine Selbstauflösung, solange auch nur ein gebürtiger Ostpreuße noch am Leben ist.

„Und dann?“, fragte Gieseler. Was solle aus unserer Kreisgemeinschaft werden, wenn der letzte Ostpreuße diese Welt verlassen habe? „Sollen wir die in der Heimat verbliebenen Deutschen ihrem Schicksal überlassen? Sollen wir die Pflege des kulturellen Erbes einstellen? Sollen wir Ostpreußen dem Vergessen preisgeben? Nein! Ostpreußen ist wichtiger als wir selbst. Die Arbeit für Ostpreußen muss auch nach uns weitergehen.“

Dies kann aber nur gelingen, wenn die Kreisgemeinschaft in die Öffentlichkeit geht und sich für alle Menschen öffnet, die sich mit ihrem Anliegen identifizieren. Während das Regionaltreffen in Hamm eine vorwiegend nach innen gerichtete Veranstaltung für die Erlebnisgeneration war, war das Hauptkreistreffen in Osterode am Harz auch unter dem Gesichtspunkt der Öffentlichkeitsarbeit zu sehen. Bei der Planung des kommenden Hauptkreistreffens am 14. und 15. September hat der Vorstand beide Gesichtspunkte – den des familiären Austausches innerhalb der Erlebnisgeneration und den der Öffentlichkeitsarbeit – gleichermaßen berücksichtigt: Das diesjährige Hauptkreistreffen beginnt am Freitagabend, 14. September, im Hotel Börgener mit einem gemütlichen Beisammensein, ohne Programm, das ausschließlich dem Austausch untereinander dienen soll. „Ich freue mich schon jetzt darauf, möglichst viele von Ihnen persönlich kennenlernen zu können und Ihre Erzählungen zu hören“, sagte Gieseler.

Der Sonnabend, 15. September, 10.15 Uhr, soll mit der Mitgliederversammlung beginnen. Die Teilnahme ist in diesem Jahr besonders wichtig, da vorgezogene Vorstandswahlen stattfinden. Um 11.15 Uhr wird der bekannte Naturfilmer Werner Rohlmann seinen preisgekrönten Masuren-Film zeigen. Der Trailer dieses Filmes lässt einen Hochgenuss erwarten. „Solche Naturaufnahmen aus Ostpreußen haben weder Sie noch ich jemals zuvor gesehen“, schwärmte unser Kreisvertreter. Um 14 Uhr wird die Feierstunde beginnen. „Wir sind glücklich, dass es uns gelungen ist, Arno Surminski für eine Lesung aus seinem neuesten Buch „Wolfsland“ zu gewinnen. Ich lade Sie nun alle herzlich ein, am 14. und 15. September zu unserem Hauptkreistreffen nach Osterode am Harz zu kommen, und freue mich auf ein Wiedersehen mit Ihnen.“

Die Feierstunde des Regionaltreffens schloss nach guter alter Sitte mit dem gemeinsamen Singen der deutschen Nationalhymne.

Nach der Feierstunde saßen die Osteroder Ostpreußen noch lange gemütlich zusammen, bis sie – es war schon früher Abend – schweren Herzens voneinander Abschied nahmen. Aber das nächste Regionaltreffen ist schon wieder in Vorbereitung. *Der Vorstand*



Regionaltreffen der KG Osterode: KV Gieseler (l.) mit Ehepaar Kolakowski Bild: privat



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Jugendbegegnung

Von Donnertag, 26. Juli, bis Sonntag, 5. August, findet die deutsch-russische Jugendbegegnung der Kreisgemeinschaft Schloßberg im Königsberger Gebiet statt. Gemeinsam mit russischen Jugendlichen aus dem Kreis Schloßberg verbringt Ihr eine interessante Zeit zwischen Tilsit und Königsberg, in der Ihr auf vielen Ausflügen (Tilsit, Haselberg, Gumbinnen, Schloßberg, die Samlandküste, Georgenburg und Königsberg) die Geschichte dieser Region erfahrt. Bei Gesprächen mit den russischen Jugendlichen wird natürlich aber auch über die Gegenwart und über das unterschiedliche Leben in Deutschland und Russland, gerade auch bei jungen Leuten, diskutiert. Auf dem Rückweg ist eine Übernachtung in der Hansestadt Danzig geplant. Die Teilnehmer sollten zwischen 15 und 18 Jahre alt sein. Der Eigenbeitrag liegt bei 200 Euro. Die Abfahrt mit dem Linienbus wird in Hamburg und in Berlin sein.



TREUBURG

Kreisvertreter: Ulf Püstow, Richard-Wagner-Straße 30, 19059 Schwerin. Stellvertreter: Mattias Lask, über Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf. Geschäftsführer: Ronny Haase, Nöhringswinkel 1, 14959 Trebbin. Internet: www.treuburg.de.

Heimatbrief

Der Treuburger Heimatbrief, Heft 75, ist erschienen.



In Frauenburg: Heiligenbeiler am Gedenkstein Bild: privat

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sowie das **Ministerium für Inneres** – „Schüler aus der Woiwodschaft Lodz und aus Baden-Württemberg haben sich kreativ mit dem geschichtlichen und kulturellen Hintergrund ihres jeweiligen Nachbarlandes auseinandergesetzt. Sie haben sich im Wettbewerb Grundlagen für eine fruchtbare Begegnung erworben“, sagte Staatssekretär Julian Würtenberger am Freitag, 15. Juni, in Stuttgart. Beim Festakt zur Preisverleihung des Wettbewerbs „Die Deutschen und ihre Nachbarn im Osten“ zeichnete Würtenberger die Preisträger aus.

Der Wettbewerb, den das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sowie das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration seit mehr als vier Jahrzehnten jährlich veranstalten und der vom Haus der Heimat organisatorisch und konzeptionell betreut wird, stand in diesem Jahr unter dem Motto „Deutsch-polnische Begegnungen. Das Land Baden-Württemberg und die Woiwodschaft Lodz“.

Direkt im Anschluss an die Preisverleihung beginnt für die Hauptpreisträger aus beiden Ländern eine gemeinsame Reise nach Polen. Die polnischen Schüler hatten vor Stuttgart bereits Heidelberg und den Schwarzwald kennengelernt.

Jedes zweite Jahr wird der Schülerwettbewerb grenzüberschreitend mit osteuropäischen Partnerländern oder -regionen durchgeführt. Bisherige Partner waren Polen, Ungarn, die Slowakische und die Tschechische Republik, Rumänien, die Woiwodschaften Pommern und Ermland-Masuren sowie die serbische Provinz Vojvodina.

Der Wettbewerb bietet die Möglichkeit, sich in einem Wissensquiz, durch künstlerische Arbeiten oder schriftlich mit dem jeweiligen Thema zu beschäftigen.

Pressestelle des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration in Baden-Württemberg

Stuttgart – Dienstag, 17. Juli, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Stuttgart: Kreis- und Frauengruppe treffen sich gemeinsam zum Heimatnachmittag. Herr Eichenberger vom Haus der Heimat wird uns in der Bibliothek (4. Stock) durch die Ausstellung „Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen – Lebenswege bedeutender Persönlichkeiten jüdischen Glaubens“ führen mit einem ostpreußischen Schwerpunkt, mit drei ostpreußischen Frauen und einem Mann.



Ausgezeichnet: Preisträger des Schülerwettbewerbes Bild: HdH BW

Göppingen – Im Jahresplan war dieser 1. Mittwoch im Monat Juni als ganz normaler Treff ab 14 Uhr vorgesehen gewesen. Da aber unsere Frauengruppenleiterin, Vera Pallas, erneut in den letzten Wochen in Sachen Heimatkunde und -pflege unterwegs war, wussten wir, dass die Zeit am Nachmittag würde nicht ausreichen, um uns wieder über alles ganz genau berichten zu können. Also trafen wir uns unter Zuhilfenahme der örtlichen Presse und des Telefons schon zwei Stunden früher.

Da unsere Schar ja leider auch unter dem Überalterungsprozess leidet, ist aus ehemals 40 Frauen ein kleines, aber doch noch sehr reges Grüppchen von 16 Teilnehmerinnen geblieben.

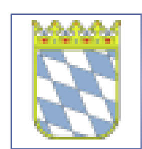
Das Nachmittagsprogramm bestritt dann Vera Pallas mit ihrem Bericht von der Landesfrauentagung des BdV im Haus der Familie in Stuttgart. Auch über das Kleine Ostpreußentreffen und andere Reisen, die in diesem Jahr noch stattfinden werden, konnte sie ausführlich berichten. Da ja das Flüchtlingsthema überall so präsent ist, berichteten nun unsere Frauen über ihre damaligen Probleme, als sie in der „neuen“ Heimat ankamen. Wie sie aufgenommen oder auch nur geduldet wurden. Einige wurden zuerst in Norddeutschland heimisch, während Pallas ihre Jugendzeit in Bayern bei einer Bauernfamilie verbringen konnte. Bis heute hat sie zu diesen „Kindern“ einen engen Kontakt und besucht sie noch jedes Jahr. Selbst damalige Nachbarskinder freuen sich immer sehr, sie dann wiederzusehen.

Dann gedachten wir an die jetzt erst verstorbene Schriftstellerin und Journalistin Ruth Geede. Pallas las den Bericht aus der *PAZ* vor. Wir gedachten in Trauer und Demut an ihr Leben und Schaffen. Wir gedachten auch der ältesten Ostpreußin unserer Frauengruppe, Ingeborg Scheuing, die uns leider im April im Alter von fast 94 Jahren verlassen hatte. Gerade sie hatte mit ihrem unverfälschten ostpreußischen Dialekt beim Lesen ihrer Gedichte oder Anekdoten aus der Heimat immer für ein ganz besonderes Erlebnis gesorgt. Fotos von ihr und auch die Berichte über Ruth Geede waren von Pallas schon in unser „Frauentreff Album“ eingeklebt worden.

Unser Singen kam an diesem Nachmittag auch nicht zu kurz. Als erstes erklang natürlich das „Ostpreußenlied“, dieses wurde vom Geburtstagskind aus dem Monat Mai gewünscht. Die Stellvertreterin, Ina Meister, war nämlich 75 geworden, und an diesem Tag die Jüngste in der Gruppe. Es erklangen noch einige weitere Lieder aus der Heimat, passend zum Frühling. *I.M.*



Die Göppinger Frauengruppe: Frau Wichum, Frau Brinker, Frau Zenker, Frau Müller, Frau Roflik, Frau Bergel, Frau Heidinger, Frau Pallas, Frau Bimbinneck, Frau Lutz Bild: privat



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 28. Juli, 19 Uhr, Gastwirtschaft Röschelskeller, Gunzenhausen: Sommerabend der Landsmannschaften.

Ansbach – Sonnabend, 14. Juli: Sommersingen in fröhlicher Runde. Bei schönem Wetter in einem Wirtshausgarten mit kleiner Vesper.

Hof – Sonnabend, 14. Juli, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88, 95028 Hof: Monatsversammlung.

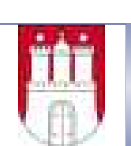
Landshut – Dienstag, 3. Juli: Ausflug nach Wasserburg, Programm folgt. – Dienstag, 17. Juli, 14 Uhr, Biergarten Insel: Zusammenkunft.

Zusendungen für Ausgabe 28

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 28/2018 (Erstverkaufstag: 13. Juli) bis spätestens Mittwoch, 4 Juli an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Königsberg – Freitag, 13. Juli, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee, Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Rastenburg – Sonntag, 8. Juli, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin, Anfragen an Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Noch bis Donnerstag, 5. Juli: ANKAMEN – AN(GE))KOMMEN. Ein Theaterprojekt mit Flüchtlingen und Vertriebenen von Michael Uhl. In dem Projekt des Ohnsorg-Theaters erzählen Zeitzeugen von ihrer Flucht, ihren Erfahrungen des Ankommens, vom Gestern und Heute.

Karten erhalten Sie an der Theaterkasse, Montag bis Sonnabend,

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Kreuzworträtsel (Fragen): ein Schmetterling; Ersatzmann; Vorderasiat; aufdringlich anblicken; Getreidebündel zum Aufstellen; Metallteil zum Schutz; Wallfahrtsort des Islam; Zeitgeschmack; kreisförmiges Gebilde; stets beliebter Schlager; Stadt u. See in Pennsylvania; anfänglich; früher: persönliche Dienerin; schmaler Bergeinschnitt; Umrahmung für Edelsteine; aufwärts, nach oben; durch Eheversprechen gebunden; Hasenlager (Jägersprache); verschieden; einer der Erzengel; Liebesverhältnis; Stein-, Trennwand; Nasses, Feuchtes wegwischen; auf einem religiösen Brauch beruhend; schmieren, fetten; Pfütze; Sportgröße; bestes Pferd; Bezahlung von Künstlern; Gebäudeteil; Kölner Witzfigur; Teil des Bogens; offener Güterwagen; Schling-, Urwaldpflanze; Kleiderverschluss; silberweißes Metall; Hauptstadt Algeriens; engl. Adelstitel: Herzog; österr. Dichter (Rainer Maria); zerknirscht, schuldbewusst; unverheiratet; Geschichtswerk; Furche, Kerbe; Asiat, Himalajabewohner; Aroma, zarter Geruch; ital. Hafenstadt an der Riviera; rechter Nebenfluss der Donau; Anteil, Anspruch (an einer Mine); Apfelsine; dreiteilig. Schalengestell für Obst; Nachlassempfängerin; scharfer Falz, Bruch; völlig gefühllos; Ruhepause; großer Behälter, Fass; Strafstoß beim Fußball (ugs.); Sprossenstiege; Lichtspieltheater; echt; ehrlich; Eisstrom; schwankend, unsicher; unbedarft; Bundesstaat der USA; hell glänzen, schimmern; Abkürzung für senior; Bruder d. Mutter oder des Vaters; Honigwein; Tochter des Ödipus; Warnung bei Gefahr; edle Blume; weibliches Landraubtier; Halbaffe Madagaskars, Lemur; vordringlich; Singstimme; lebhaftes oder lustiges Treiben; Sittenlehre; Spion, Spitzel; Fluss zur Rhone; Agavefasern; Zahnerkrankung; ein Europäer; dünne Unterlage zum Schlafen; in der Nähe von; franz. unbestimmter Artikel; Täuschung; kurze Unterhose (engl.); Fremdwortteil: fern; auf diese Weise; Form der Untreue; alleinig, ausschließlich; Meeressäugetier; verfallenes Bauwerk; Dichtungs-, Klebematerial; Unterarmknochen

PAZ18_26

So ist’s richtig:

Schüttelrätsel:

R		T		A				
L	I	T	E	R		W	A	L	M
E	I		A	D	A	G	I	O
S	P	A	R	B	R	I	E	F
A	I	D	A		E	L	B	A

Mittelworträtsel: 1. Faehrten, 2. Abgaben, 3. Hoehlen, 4. Spitzen, 5. Nachbar, 6. Papagei, 7. Ueberfall – haltbar

Magisch: 1. Deister, 2. Tsunami, 3. Vermont

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

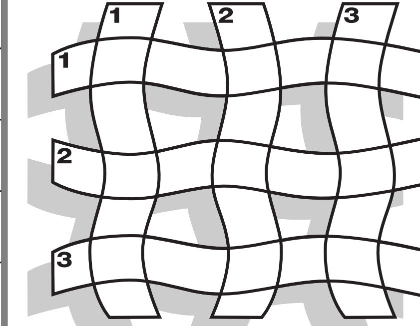
AEIRS		IIPT	AARRT		AAERW	AGIL	BEIL	AFMO
					ALMW			
EILRT			AADGIO					
ABEFIPRRS								
AADI					ABEL			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für stabil, dauerhaft.

Nr.	links		rechts
1	TIER		SUCHER
2	STEUER		LAST
3	FELS		MENSCH
4	FUSS		ROCK
5	BETT		LAND
6	GRAU		FISCH
7	RAUB		ARTIG

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Teil des Weserberglandes
2 große Flutwelle
3 Bundesstaat der USA



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

10 bis 18.30 Uhr, Sonntag 14 bis 18.30 Uhr, Ohnsorg-Theater, Heidi-Kabel-Platz 1 20099 Hamburg, Telefon (040) 35080321, E-Mail: kasse@ohnsorg.de, Internet: www.ohnsorg.de.





HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wetzlar – Sonnabend, 7. Juli, 13 Uhr, Schützenhaus am Bobenhöllerwald in Nauborn: Grillfest. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 10. Juli, 15 Uhr, Gaststätte beim Wiesbadener Tennis- und Hockey-Club, Wiesbaden, Nerotal: Frauengruppe mit Kaffeetrinken im Grünen, ESWE-Bus: Linie 1, Haltestelle Nerotal (Endhaltestelle). Wer Lust zu einem Spaziergang hat, steigt bereits an der Haltestelle „Kriegerdenkmal" aus. Von dort geht die Gruppe um 14.30 Uhr durch die Nerotal-Anlage zur Gaststätte. Organisation und Leitung Helga Kukwa.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 4. Juli, Abfahrt 13 Uhr, ZOB Oldenburg: Halbtagesfahrt gemeinsam mit den evangelischen Schlesiern, Gruppe Oldenburg, die uns nach Nordenham-Blexen zur Hippolytkirche führen wird. Unkostenbeitrag 15 Euro. Anmeldungen bitte bei Gisela Borchers, Telefon (0441) 2047676.

Rinteln – Donnerstag, 12. Juli, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäckerstraße 1 oder Kreuzstraße): Holger Schramm aus Emmerthal spricht über seine „Rundreise durch das nördliche, russische Ostpreußen" und zeigt dazu die entsprechenden Bilder. Er wird auch über die Planung seiner nächsten Ostpreußen-Gruppenreise berichten. Neben den Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386, E-Mail: rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Dienstag, 31. Juli: Einsendeschluss für die Festschrift zum 70-jährigen Bestehen der Landesgruppe NRW.

Alle Kreisgruppen in NRW werden gebeten, sich in Beiträgen mit ihren Aktivitäten, besonderen Persönlichkeiten, grenzüberschreitenden Aktivitäten und Dergleichen darzustellen. Abbildungen sind erwünscht, aber nicht Bedingung.

Die eingereichten Beiträge sollten, falls möglich, in elektronischer Form als Text-Dokument an den Vorsitzenden der Landesgruppe, Wilhelm Kreuer, E-Mail: kreuer@ostpreussen-nrw.de, gesandt werden. Maschinenschriftliche Beiträge können ebenfalls eingereicht werden, müssen dann aber OCR-lesbar sein. Handschriftliche Beiträge können leider nicht verarbeitet werden. Postalische Zusendungen werden erbeten an die Geschäftsstelle der Landesgruppe NRW.

Sonntag, 8. Juli, 11 Uhr, Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg: Kulturveranstaltung der Landesgruppen der Landsmannschaften Ostpreußen, Pommern und Schlesien. Wir wünschen uns, dass wir, mit Zeit zum Plachandern, recht viele Landsleute und Gäste auf unserem „Kleinen Ostpreußen-, Pommern- und Schlesiertreffen" begrüßen können. Wie schon in den vergangenen Jahren besteht die Veranstaltung aus einem offiziellen Teil, ab 14 Uhr, und einem unterhaltsamen Teil. Zu Beginn läuten die Glocken aus Königsberg und Breslau, wir gedenken unserer Toten und hören das Trompetensolo „Ich hatt' einen Kameraden" (Trompeter F. Braun). Hans Eifler wird die Ansprache halten. Bärbel Beutner führt durch den kulturellen Teil der Veranstaltung. Für das leibliche Wohl sorgen die Damen verschiedener Gruppen mit Spezialitäten. Zahlreiches Erscheinen ist der Lohn für die Veranstalter mit ihren ehrenamtlichen Mitwirkenden.

Düren – Sonntag, 8. Juli: Busfahrt zum Treffen der Ostpreußen und Schlesier auf Schloss Burg an der Wupper.

Düsseldorf – Sonntag, 1. Juli, 11 Uhr, treffpunkt Kin-Top, Salon der Kulturen, Fritz-Erler-Straße 14: Sommerkonzert des Kin-Top Kinderorchesters. Im Rahmen des diesjährigen Garather Sommerfestes richtet das Gerhart-Hauptmann-Haus Sonntag, 1. Juli, das Sommerkonzert aus. Die siebenbis 17-Jährigen spielen solistisch oder als Ensemble die im letzten Halbjahr unter Leitung des Orchesterleiters Alexander Geib einstudierten Melodien. Der Eintritt ist frei. – Sonntag, 8. Juli, ab 11 Uhr: Sommertreffen der Ostpreußen, Pommern und Schlesier aus Schloß Burg.

Köln – Mittwoch, 11. Juli, 14 Uhr, Café zum Königsforst, Endhaltestelle der KVB-Linie 9 Königsforst: Treffen. – Sonntag, 8. Juli, 11 Uhr Beginn, Schloss Burg: Treffen der Landesgruppen. Einen Sonderbus können wir leider nicht zur Verfügung stellen. – Donnerstag, 2. August: Schiffstour der Pommerngruppe von Köln nach Bad Honnef, die Ostpreußengruppe ist dazu eingeladen. Teilnehmen können alle, die einen Anteilsbetrag von 44 Euro einschließlich eines Fisch-Essens nicht scheuen. Wir treffen uns um 9 Uhr am KD-Pavillon, Köln-Frankenwerft 35; die Abfahrt erfolgt um 9.30 Uhr. Es ist damit zu rechnen, dass wir um 19 Uhr wieder zurück in Köln sein werden. Nähere Auskunft erteilt G. Donder, Telefon (0221) 7123572.

Witten – Montag, 16. Juli, 15 Uhr: Picknick auf dem Hohenstein.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Pünktlich um 10 Uhr wurde am 9. Juni das gemeinsame Treffen der Landsmannschaften der Ost– und Westpreußen eröffnet.

Der Einladung der Landsmannschaft Ost-und Westpreußen, Landesgruppe Sachsen im Freistaat Sachsen, der ostpreußischen Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, dem Samland und Königsberg-Land und weiterer Interessenten aus verschiedenen Heimatgegenden folgten 112 Gäste. Damit hatten wir, die Organisatoren, aufgrund der erheblich hohen Temperaturen nicht rechnen mögen.

Verbunden mit dem Glockengeläut aller ehemaligen Großstädte aus den Heimatgebieten gedachte unser Heimatfreund Beierlein sehr ergreifend mit der Totenehrung den nicht mehr unter uns weilenden Landsleuten.

Grußworte der Kreisgemeinschaften überbrachten der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Wehlau, Gerd Golke, und der stellvertretende Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Labiau, Klaus-Arno Lemke. Für die Landsmannschaft Ostpreußen sprach der stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Hans-Jörg Froese. Er betonte: „Dieses Treffen leistet einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt von Menschen, die die Flucht und Vertreibung erleben und erleiden mussten sowie deren Nachkommen. Zugleich wird dokumentiert, dass wir die lebendige Gemeinschaft sind und neben der Erinnerung auch die Gegenwarts- und Zukunftsthemen stets fest mit im Blick haben".

Herr Froese erinnerte an die aufopferungsvolle Arbeit der Kreisgemeinschaften nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Am 3. Oktober 1948 erfolgte durch die Kreisgemeinschaften die Gründung der Landsmannschaft Ostpreußen. Nunmehr 70 Jahre später werden die Treue und die Liebe zur Heimat für alle Landsleute deutlich sichtbar gewürdigt.

Das „Trio Wegelin" (Vater, Tochter, Enkelin) ließ mit seinen musikalischen Darbietungen mit hohem künstlerischen Können trotz der Temperaturen die Stimmung weiter wachsen.

Im Anschluss an diese Darbietung überraschte uns die Fotografin Monika Schulz-Fieguth mit einem wunderbaren Filmvortrag über die Kurische Nehrung. In ihrem Wortvortrag schilderte sie ihre Biografie und den Weg, den sie mit ihrem Vater in seiner Heimat Ostpreußen gegangen ist, wobei die Idee zu diesem Projekt entstanden ist. Dieser Vortrag war für uns alle sehr ergreifend und für die anwesenden Samländer ein echtes „Heimspiel".

Besonders freute uns die Teilnahme von drei Mitgliedern des „Fördervereins Kirche Allenburg". Ihre Vorort-Arbeit ist sehr hoch zu schätzen, denn der Verein fördert das kulturelle und menschliche Miteinander Deutscher und Russen. Nach der Pause, die wieder zu angeregten Gesprächen genutzt wurde, trat in bewährter Weise der „Männerchor Leipzig-Nord" für uns auf und brachte somit die Veranstaltung zu ihrem Höhepunkt.



LG Sachsen: Gemeinsames Treffen der Ost- und Westpreußen



Hans-Jörg Froese: Stellvertretender LO-Sprecher Bild: privat

Zu danken ist wieder unseren fleißigen Helfern, die für den Empfang und den reibungslosen Ablauf sorgten.

Dank auch für die Technik und deren Bedienung von „Leonid" von der LM der Deutschen aus Russland und dem Team der „Gaststätte Seilbahn" Leipzig.

Sich im nächsten Jahr wieder zu treffen, das ist der Wunsch aller diesjährigen Teilnehmer. Wir, die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Landesgruppe Sachsen im Freistaat Sachsen, die Kreisgemeinschaften und die Landsmannschaft Ostpreußen werden diesen Wunsch erfüllen.

Eberhard Grashoff



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Bei ihrer Zusammenkunft im Juni konnten die Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe einen Landsmann aus

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

VfB Königsberg

Der Verein für Bewegungsspiele brachte viele berühmte Spieler hervor

Passend zur Fußball-Weltmeisterschaft, die auch in Königsberg ausgetragen wird, soll an dieser Stelle an den VfB Königsberg erinnert werden.

Der VfB Königsberg war ein deutscher Sportverein in der ostpreußischen Hauptstadt. Der Verein wurde am 7. Juli 1900 als FC 1900 Königsberg gegründet und 1907 in VfB Königsberg umbenannt.

Sein Gründer war Hans Weinberg, der auch lange Zeit Vereinsvorsitzender gewesen ist. Hans Weinberg entstammte einer Königsberger Kaufmannsfamilie, geboren wurde er 1882 in Elbing. Er war auch Bezirks- und Kreisjugendpfleger in Königsberg. 1945 musste er einen schrecklichen Tod erleiden.

Die Geschäftsstelle des VfB Königsberg befand sich am Theaterplatz 10/11, der Sportplatz selbst zunächst am Walter-Simon-Paltz, später an der Aschmann Allee.

Die öchste Liga, in der der VfB spielte, war die Gauliga Ostpreußen. Der Verein feierte etlich eErfolge. elfmal wurde er baltischer Fußballmeister, fünfmal Meister der Gauliga Ostpreußen.

Zudem brachter er einige bekannte Spieler hervor:

Kurt Baluses, 1914 in Allenstein geboren, trainierte 1963/64 den VfB Stuttgart.

Hans Berndt, „Hanne", 1913 in Spandau geboren, wurde von Reichstrainer Sepp Herberger, als er Mittelstürmer bei Tennis Borussia Berlin war, erstmals am 8. Mai 1937 in den Nationalmannschaftskader berufen.

Herbert Burdenski, geboren 1922 in Gelsenkirchen, spielte von 1943 bis 1944 beim VfB Königsberg.

Paul Gehlhaar, 1905 in Königsberg geboren, begann als Torwart seine Karriere beim VfB Königsberg. (Wer denkt bei dem Namen nicht sofort an „Marzipan-Gehlhaar"? Wer kann zu einer denkbaren Verbindung entsprechende Hinweise geben? Bitte melden Sie sich bei Heinz Ney, Telefon (0331) 873666, E-Mail: neypreussen@googlemail.com.)

Hans Klinger, der Mittelfeldspieler wurde 1925 geboren.

Eduard Krause, „Ede", wird in der Saison 1938/39 Spielführer der Mannschaft in der Gauliga Ostpreußen, danach wechselte er für die Saison 1939/40 zum VfB Königsberg.

Kurt Krause, „Jockel Krause", 1920 in Florlauken geboren, war von 1939 bis 1944 Abwehrspieler beim VfB Königsberg .

Udo Lattek, geboren 1935 in Bosemb im Landkreis Sensburg, spielte in Königsberg bei den Junioren und wurde spätere Trainer des FC Bayern München (1973).

Kurt Lingnau, 1920 geboren, begann seine Karriere als Verteidiger beim VfB Königsberg, für den er mindestens ab 1940/41 bis 1943/44 in der ersten Elf spielte.

Rolf Rohrberg, 1920 geboren, wurde als Kriegsgastspieler in Ostpreußen mit dem VfB Königsberg 1940 auf Anhieb Gaumeister.

Erwin Scheffler, geboren 1927 in Königsberg schloss sich schon als Neunjähriger dem VfB Königsberg an. Beim 1. FC Kaiserslautern wurde er als Stürmer Deutscher Meister. Er blieb als Mitglied des VfB-Ehrenrates aktiv.

Rudolf Schönbeck, „Rulle", 1919 geboren, nahm als Torwart 1952 der deutschen Fußballnationalmannschaft der Amateure an den Olympischen Sommerspielen 1952 in Helsinki teil.

Zum Sportplatz. Der VfB Königsberg spielte seit 1905 auf dem Walter-Simon-Platz am Ort des heutigen Baltika-Stadions. 1921 wurde ein eigenes Stadion an der Aschmannallee in Maraunenhof fertiggestellt – die neue Heimstätte des Vereins. Wichtige Spiele wurden später auch auf dem Sportplatz von Prussia Samland in der Steffeckstraße sowie auf dem Sportplatz am Friedländer Tor ausgetragen. Dieser hatte ein Fassungsvermögen von 22000 Zuschauern. Der Zuschauerrekord lag bei 18000 Zuschauer (1937).

Heinz Ney/PAZ



Bild: Archiv

Kann das Ehrentor der Provinzelf nicht verhindern: der spätere Nationaltorwart Paul Gehlhaar (r.)

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Mehlsack, Kreis Braunsberg, jetzt aus Sattenfelde, als Gast begrüßen.

Er berichtete von der Flucht mit seiner Familie im Januar 1945, die in Stolp [Pommern] endete. Nach dem Einmarsch der Roten Armee und der nachfolgenden Polen wurde die Familie erst nach zwei Jahren von dort ausgewiesen.

Mehrmals konnte er in den letzten Jahren mit seiner Familie seine neue Heimat und auch seinen Heimatort Mehlsack mit den zerstörten Straßen rund um die Kirche besuchen.

Auch die Vorsitzende erinnerte sich an Mehlsack, die kleine Stadt, die sie bei ihren Reisen durch Ostpreußen so zerstört kennenlernte.

Im weiteren Verlauf des Nachmittags gab die Vorsitzende eine Kopie des Geburtseintrages ihres Vaters vom Standesamt Zoppot herum: Standesamt Zoppot, Nr. 38/1893 des Geburtsregisters. Diese Unterlagen bekamen die jungen Leute der Familie über das Internet.

Die Vorsitzende arbeitet zusammen mit einem jüngeren Angehörigen an der Fortsetzung ihrer Familiengeschichte. Die Vorfahren sind derzeit bis 1775 nachgewiesen.

Schwerpunkt ist die Evangelische Kirchengemeinde Christburg mit dem Gut Lautensee und umliegenden Dörfern im Kreis Stuhm. *Gisela Brauer*

Flensburg – Donnerstag, 19. Juli, 15 Uhr, Hotel Wassersleben, an der Flensburger Förde (Bushaltestelle der Linie Nr. 1 im Nahbereich): sommerliche Kaffeetafel.

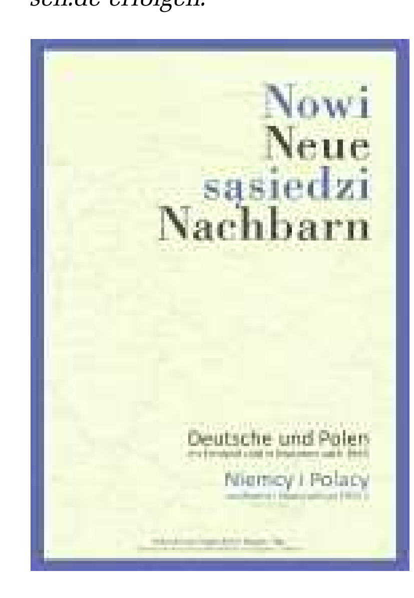
Neumünster – Mittwoch, 11. Juli, 15 Uhr, Stadthalle-Kleinflecken: Plachandernachmittag der Ost- und Westpreußen, Kaffee und hausgemachter Torte.

Neue Nachbarn

Deutsche in Ermland und Masuren nach '45

Die Beschäftigung mit der unmittelbaren Nachkriegszeit rückt immer mehr in den Fokus historischer Untersuchungen. Daher begann das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen im Frühjahr 2016 sein inzwischen drittes Zeitzeugenprojekt unter dem Titel „Neue Nachbarn – Deutsche und Polen im Ermland und in Masuren nach 1945“. *M.E. Fritsche*

Der komplett zweisprachigen Broschüre liegen zwei CDs (wahlweise auf Deutsch oder Polnisch) mit den Interviews bei. Die Bestellung kann zum Preis von 11 Euro zuzüglich Versand über das Kulturzentrum Ostpreußen, Postfach 17, 91791 Ellingen, Telefon (09141) 86440 oder E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de erfolgen.



Museum wird geschlossen

Tilsit – Am 21. Juni hat die Verwaltung des Stadtkreises Tilsit den Beschluss über die Schließung des Musums für Stadtgeschichte in Tilsit bekanntgegeben, so berichtete Jekaterina Kudrjawzewa, Methodikerin des Museums. Die Sammlungen sollen erhalten bleiben und in einem vermutlich sehr eingeschränkten zeitlichen wie räumlichen Rahmen ausgestellt werden.

Die fünf Mitarbeiter des Museums, einschließlich Direktorin Spiljowa, verlieren ihre Anstellung. Bis zum 20. September soll das Museum abgewickelt sein. *PAZ*

August Schukat

„Geschichten aus Ostpreußen“ neu als CD

In den 1960er Jahre erschien im Verlag Schuster in Leer die Reihe „Niederdeutsche Stimmen“ – darunter auch eine Schallplatte „August Schukat erzählt Plattdeutsche Geschichten aus Ostpreußen“. Die Aufnahme beeindruckte mich so, dass sich um eine Vervielfältigung bemüht wurde. Die Computer-Firma „Medienrettung“ in Berlin stellte eine saubere CD-Kopie her, indem sie die Nebengeräusche der Schallplatte herausfilterte. Das Pressen der CDs in Serie und das Layout für die Verpackung besorgte die Druckerei Steffen-Media in Friedland/Mecklenburg. Großer Dank gilt dem Verlag Schuster in Leer für die freundliche Genehmigung. Das Ergebnis ist gelungen. Es sind vier plattdeutsche Geschichten, von August Schukat selbst verfasst und vorgetragen. Wer ihn hört, muss unwillkürlich an seine eigenen Eltern oder Großeltern oder an liebe Bekannte aus Ostpreußen denken, wenn diese aus dem Raum Gumbinnen-Insterburg-Tilsit stammten. Die Geschichten sind jede für sich schon anrührend, aber im originalen ostpreußischen Plattdeutsch vorgetragen, entfalten sie eine ganz eigene Atmosphäre. Es ist, als ob Besuch aus der Heimat käme. Gleich vorweg – die Aufnahmen sind nichts für die große Bühne, sondern man hört sie sich besser im kleinen Kreis oder ganz allein an. Die Erzählungen haben nichts Polterndes, Lautes, Spektakuläres an sich – keinerlei Zweideutigkeiten, Zoten oder Kraftausdrücke. Sie sind auch nicht sentimental, aber sehr fein, tiefsinnig und dabei ganz natürlich. Darüber hinaus sind sie für die Sprachwissenschaft ein mundartliches Zeitdokument.

Mit der Herausgabe dieser CD leistet die Landsmannschaft Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern einen weiteren Beitrag zur Bewahrung unseres Kulturerbes – hier des Ostpreußischen Plattdeutsch. *Friedhelm Schülke*

Die CD ist zum Preis von 7,50 Euro, zuzüglich 2,50 Euro Versandkosten zu beziehen bei: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, E-Mail: M.F.Schukat@ web.de.



August Schukat: „Plattdeutsche Geschichten aus Ostpreußen“, *Verlag Schuster, Leer, Herausgeber Landsmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern e.V., 7,50 Euro, zuzüglich Versand*

Hesse ist, wer Hesse sein will

Tag der Vertriebenen ist fester Bestandteil jedes Hessentages

Traditionell wird im Rahmen jedes Hessentages auch ein Tag der Vertriebenen begangen. Das größte Fest des Landes, der Hessentag, 1961 durch den damaligen Ministerpräsidenten Georg-August Zinn begründet, um Alteingesessene und hier angekommene Heimatvertriebene einander näherzubringen, hat sich unter der Devise „Hesse ist, wer Hesse sein will“, zu einem einzigartigen Fest der Vielfalt entwickelt.

Infolge des Zweiten Weltkrieges hatte Hessen mehr als eine Million Heimatvertriebene aufgenommen. Mit der Zeit fanden sie hier ein neues Zuhause und haben großen Anteil am politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes. Bis heute ist daher der „Tag der Vertriebenen“ ein fester Bestandteil des zehntägigen Landesfestes. Er begann auch in diesem Jahr in Korbach mit der öffentlichen Sprechstunde der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, bei der interessierte Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit hatten, ihre Anliegen an die Landesbeauftragte heranzutragen. Hieran schloss sich die ebenfalls öffentliche Sitzung des Hessischen Landesvertriebenenbeirats an. Dieses Gremium berät die Landesregierung in Fragen zu diesen Themengebieten.

Der Nachmittag stand ganz im Zeichen des Brauchtumsnachmittags des Bundes der Vertriebenen (BdV) in der großen Stadthalle vor rund 300 Gästen mit abwechslungsreichem Programm der Tanz- und Musikgruppen der Vertriebenen- und Spätaussiedlerverbände. Nach Begrüßung durch den BdV-Landesvorsitzenden, Siegbert Ortmann, überreichte dieser dem Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier „in Würdigung und Anerkennung besonderer Leistungen für die aus ihrer Heimat geflüchteten und vertriebenen Deutschen“ mit der Verdienstmedaille des BdV Hessen die höchste Auszeichnung des Verbandes.

Ministerpräsident Bouffier bedankte sich für die Medaille, die er stellvertretend für alle entgegennehme, die in diesem Bereich tätig seien. Neben dem ebenfalls anwesenden Sozialminister Stefan Grüttner und der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, nannte er in diesem Zusammenhang auch die Abgeordneten, die sich im Unterausschuss des Landtages für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung mit dem Thema befassen. Für ihn seien diese Aufgabe und die erhaltene Ehrung eine „Verpflichtung für die Zukunft“ und so versicherte er, dass das Land Hessen den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern auch künftig ein engagierter Partner sein werde. Es sei richtig, an das erlittene Schicksal zu erinnern: „Zukunft braucht Herkunft“, zitierte er den Philosophen Odo Marquard. Über das bloße Erinnern an das Geschehene hinaus sei es jedoch wichtig, sich auch mit der Gegenwart auseinanderzusetzen. Er forderte die Anwesenden auf, „mutig nach vorne zu schauen“.

Angesichts einer besorgniserregenden Entwicklung in Europa hin zu mehr Nationalismus, welche das Friedensprojekt der europäischen Einigung gefährde, seien die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler sowohl durch ihre Geschichte und die dabei gemachten Erfahrungen als auch aufgrund ihrer fortbestehenden Kontakte in die Herkunftsländer dazu prädestiniert, den Dialog mit diesen zu fördern und als Brückenbauer zu wirken.

Auf diese Weise könnten sie dazu beitragen, „Europa in eine gemeinsame und friedliche Zukunft zu führen“, so Ministerpräsident Bouffier. *Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler*



Rechte Seite: BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann, Ministerpräsident Volker Bouffier. Linke Seite: Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf beim Brauchtumsnachmittag

Foto: LBHS

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Misstrauen staatlich bestätigt

Polens Militär sucht über die Landräte nach vermeintlicher Sezession

Das polnische Verteidigungsministerium beauftragt derzeit staatliche und kommunale Behörden, ausländische Staatsangehörige und sogar polnische Staatsangehörige nichtpolnischer Nationalität zu beobachten.

Laut dem polnischen Radiosender „RMF FM“ interessiert sich das polnische Militär für deren Integrations- und den sozialen Status. Redakteure von „RFM“ sind nach eigenem Bekunden auf Dokumente gestoßen, die von einigen Woiwodschaftsmilitärstäben an Landräte aus „West- und Südwestpolen“ mit der Aufforderung gesendet wurden, bis September Zahlen solcher Personen dem Militär vorzulegen. Dabei soll zudem eine Einschätzung über den Stand ihrer gesellschaftlichen Integration sowie eventuelle Konfliktpotenziale abgegeben werden. Doch damit nicht genug. Sogar die Namen von Sprechern „formeller und informeller Vertreter“, die man mit den mitgeteilten Personen identifiziert, sollen genannt werden.

Darüber hinaus wird von den Kreisverwaltungen erwartet, dass sie Informationen über Presse, Radio, Fernsehen und Internetseiten zusammenstellen, inwiefern diese „anfällig“ für eventuelle äußere „Einflussnahmen“ sind. Auf Nachfrage von „RMF“ berief sich der Militärische Generalstab auf die „in der Konstitution verankerte Pflicht zur Verteidigung der Unabhängigkeit des Staates, der Unantastbarkeit des Territoriums und der Grenzen“, zitiert die Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“. Das Militär erklärte auch, es handele sich lediglich um eine statistische Erhebung.

Der Abgeordnete der Deutschen Minderheit in Polen, Ryszard Galla, zeigt sich besorgt. „Man kann ja verstehen, dass eine Behörde zum Beispiel über die zahlenmäßige Größe und die Wohngebiete der jeweiligen Volksgruppen und Ethnien informiert sein will – etwa zu statistischen Zwecken oder im Dienste des Bildungswesens. Nicht nachvollziehbar ist hingegen das Ersuchen der Landratsämter zu konkreten Angaben über formelle und informelle Spitzenvertreter der Organisationen und Vereinigungen von Menschen, die sich einer nichtpolnischen ethnischen Gruppe zugehörig sehen!“, so Galla im „Wochenblatt.pl“. Er verfasste eine parlamentarische Anfrage an das Innen- und Verteidigungsministerium. Galla äußert darin Befürchtungen einer Stigmatisierung der Bürger und die Spaltung lokaler Gemeinschaften. „Dies ist umso bedauerlicher, als es in Polen ja keinerlei nationale oder ethnisch motivierten Konflikte gibt, die die Sicherheit des Staates bedrohen oder eine Teilungs- beziehungsweise Abspaltungsgefahr mit sich bringen würden“, so Galla.

Josef Swaczyna, deutscher Landrat im oberschlesischen Kreis Groß Strehlitz [Strzelce Opolskie] bekam bislang noch keine derartige Aufforderung zugesandt. Er würde diese schon allein aus Datenschutzgründen nicht ausführen, betont er. Christoph Wysdak vom Landkreis Oppeln, der ebenfalls bislang noch kein derartiges Schreiben bekam, kann allein deshalb keine Auskünfte geben, da die Gemeinden keine Einwohnerregister führen und es in den Melderegistern auch keine Kategorie „Nationalität“ oder „Glaubensbekenntnis“ gibt, betont er.

Das Verteidigungsministerium erklärt, man stütze sich auf Konflikterfahrungen vorwiegend aus osteuropäischen Ländern und möchte durch Analysen eventuelle Krisensituationen im Vorfeld verhindern. „Es ist absolut natürlich, dass aus Sicherheitsgründen Staatsorgane seit Jahren die innere Situation in Polen beobachten und ihren Informationsstand laufend aktualisieren. Fragen zur Sicherheit polnischer Bürger anderer als der polnischen Nationalität bleiben im Bereich der besonderen Aufmerksamkeit der Staatsorgane aufgrund potenzieller Gefahrensituation in Gebieten und im Umfeld eventueller Konflikt- oder Krisensituationen“, verlautbart Major Anna Peziol-Wojtowicz, Sprecherin des Verteidigungsministeriums über die Homepage des Ministeriums. Man beachte den Bezug zu Osteuropa, denn auf nichts anderes als die scheinbare Vergleichbarkeit zum ukrainisch-russischen Grenzkonflikt wird hier wohl Bezug genommen. Ein offenes Geheimnis ist seit jeher, dass auch der polnische Geheimdienst in Oberschlesien mit dessen deutscher Minderheit und der nationalschlesischen Bewegung den Großteil seiner Beobachtungsarbeit verrichtet. *Chris W. Wagner*


Bild: Wagner

Präzise analysiert: Jozef Swaczyna (l.) und Christoph Wysdak (r.).

Dampfeisbrecher WAL Kurs Stralsund!

Eine Schiffs-Premiere der besonderen Art für die Hansestadt

Stralsund-Swinemünde – Pünktlich zu seinem 80. Geburtstag steuert der historische Dampfeisbrecher WAL (50 m Länge, 12,30 Meter Breite, 5,25 m Tiefgang, 636 BRZ, Verbunddampfmaschine von 883 kW oder 1202 PS) aus Bremerhaven die Sundstadt an. Wobei die Möglichkeit geboten wird mitzufahren, und das gleich zwei Mal.

Mitfahrten und open ship

Am Sonntag, dem 1. Juli um 10.00 Uhr läuft das Schiff von Swinemünde aus. Dazu könnte man die Zugverbindung um 06.56 Uhr ab Stralsund über Züssow nutzen. Ankunft in der Oder-Mündungsstadt um 09.41 Uhr, vom Bahnhof zum Hafen dann am besten per Taxi. Schiffspassagekosten: 55 Euro für Erwachsene, 30 für Kinder. Der Eisbrecher wird um 18.00 in Stralsund anlegen.

Zwei Tage lang besteht open ship, um sich den Veteranen genau anzusehen.

Am 4. Juli läuft der Dampfer aus nach Sassnitz (Ankunft 16 Uhr). Kosten: 45 Euro Erwachsene, 25 Euro Kinder. Die Einnahmen kommen der Erhaltung der rüstigen Schiffsdame, eines anerkannten Denkmals, zugute.

Fahrkartenbestellung: Mo, Mi, Fr von 08 bis 12.00 Uhr.

Telefon 0471-92 69 110

Echter Pommer von der Oder

Das Schiff wurde im März 1937 von der Wasserstraßenverwaltung bei den Stettiner Oderwerken in Auftrag gegeben (Baunummer 800) und lief dort am 5. Mai 1938 von Stapel, ist also ein echter Pommer. Am 20. Juni 1938 erfolgte die Ablieferung an das Wasserstraßenmaschinenamt Rendsburg, das den Eisbrecher für den Winterdienst auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal in Dienst stellte.

Während des Zweiten Weltkrieges war das Schiff auch für die Kriegsmarine in der Kieler und Lübecker Bucht im Einsatz. Es fuhr zeitweise mit militärischer Besatzung und war dann der 11. Hafenschutzflottille in Kiel-Holtenau unterstellt. Während einer Kesselreparatur in der Rostocker Neptun Werft ging der Eisbrecher am 26. April 1942 nach einem Bombentreffer auf Grund. Das Schiff wurde im Mai 1942 von der Bugsier-, Reederei- und Bergungsgesellschaft gehoben und danach bis Januar 1943 von der Lübecker Maschinenbau Gesellschaft repariert. Im März 1945 brachte WAL im Rahmen des Unternehmens „Hannibal“ Flüchtlinge von Danzig über die Ostsee nach Westen.



Dampfeisbrecher WAL auf der Elbe vor Hamburg

(Foto privat)

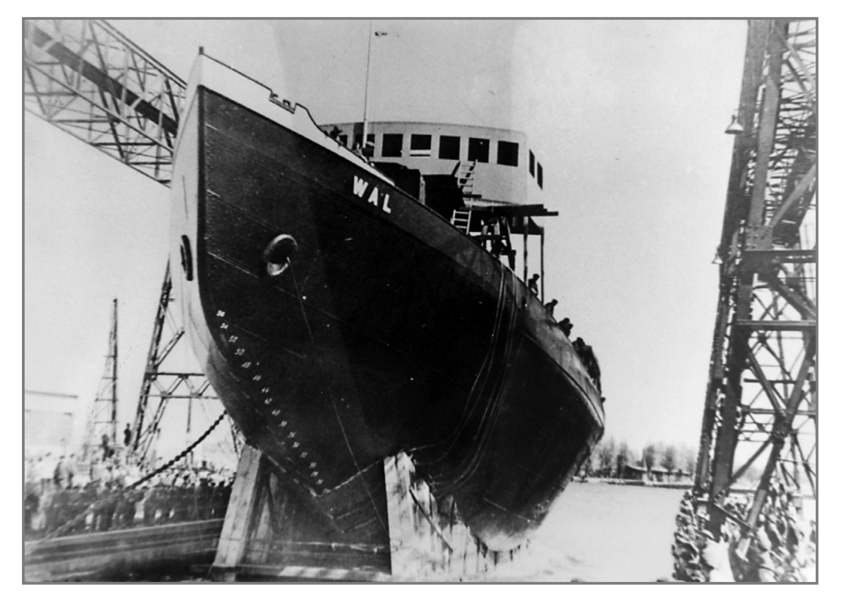
Museumsschiff mit Geschichte

Bevor der Dampfer 1950 wieder an das Wasserstraßenmaschinenamt Rendsburg übergeben wurde, war sie mit der Schiffskennung KC 69 von der britischen Militärregierung wieder auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal (seit 1948 Nord-Ostsee-Kanal) im Einsatz.

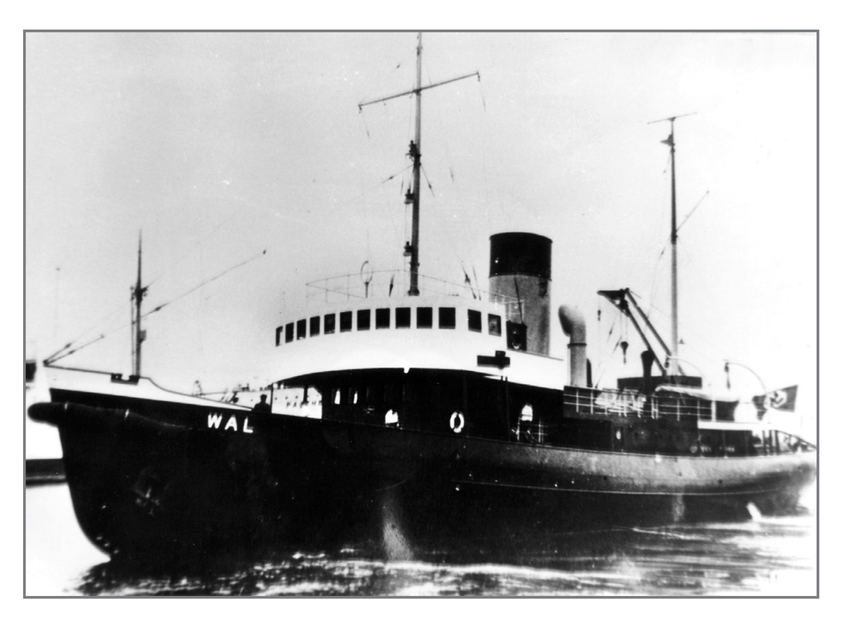
Den Wiederaufbau der Insel Helgoland unterstützte den WAL 1952 mit Nachschubfahrten. Nach Problemen mit der Feuerung wurde das Schiff von März 1963 bis Dezember 1965 auf der Staatswerft Rendsburg-Saatsee umgebaut und die Kohlenfeuerung durch zwei ölgefeuerte Kessel ersetzt. Ihren letzten Eisbrecher-Einsatz auf dem Nord-Ostsee-Kanal fuhr der Dampfer im Februar 1987. Eine Gästefahrt anlässlich des 50. Dienstjubiläums war im Dezember 1988 die letzte große Fahrt des Eisbrechers, bevor er 1990 außer Dienst gestellt wurde.

Die „Schiffahrts-Compagnie Bremerhaven e.V.“ erwarb den WAL für 48.000 Deutsche Mark und überführte das Schiff am 1./2. Juni 1990 von Rendsburg nach Bremerhaven. Das Schiff wurde binnen eines Jahres restauriert und für den Einsatz als Museumsschiff umgebaut. Eine ehrenamtliche Besatzung unterhält das Traditionsschiff und bietet Mitfahrten auf der Weser, nach Helgoland, durch den Nord-Ostsee-Kanal zur Kieler Woche, zum „Dampf Rundum“-Festival in Flensburg, zur Hanse Sail in Rostock, nach Vor- und Hinterpommern oder zum Hafengeburtstag in Hamburg an.

Peer Schmidt-Walther







Dampfer WAL rutscht in sein Element

WAL auf Probefahrt

Fotos: Förderverein Schiffahrts-Compagnie e.V.

Tag der Danziger



(Foto: B. Stramm)

Unter dem Motto: **Bewahrung und Aufbruch** fand vom 15. bis 17. Juni 2018 das Treffen des Bund der Danziger e.V. im Saal der Handwerkskammer in Lübeck statt.

Ca. 80 Danziger waren der Einladung gefolgt. Ein buntes Programm wurde geboten und die Veranstaltung begann am Freitag im Großen Remter des Gebäudekomplexes. Man fühlte sich in vergangene Zeiten hineinversetzt, ebenso am Abend, da fand ein gemeinsames Abendessen im historischen Restaurant Schabbelhaus statt. Die Gespräche kreisten um Danzig und seine über 1000-jährige Geschichte, man konnte sich sogar in die alte Hansestadt an der Mottlau versetzt fühlen, da Lübeck und Danzig so viele Gemeinsamkeiten aufweisen.

Zur Feierstunde am Sonntag begrüßte die Vorstandsvorsitzende Roswitha Möller die Teilnehmer und ehrte die Danziger Dr. Körnig und Karl-Heinz Kluck für ihre besonderen Verdienste. Leider war von der deutschen Minderheit aus Danzig niemand gekommen, da in diesem Jahr die staatlichen Zuschüsse gestrichen worden sind. Ein Gast aus Süd-Korea war dabei, Suhyun Bea, Student und Verbindungsmann zu den geflüchteten Nord-Koreanern. Er präsentierte eine Videobotschaft von Seung Wha Yeom, Vorsitzender der Landsmannschaft der Provinz Hamgyeong aus Seoul/Südkorea. Durch die Gemeinsamkeiten des Flüchtlingsschicksals hat Herr Yeom den Kontakt zu Frau Möller gesucht. Der Unterschied ist jedoch, dass es den vertriebenen und Menschen aus Nordkorea bisher verwehrt blieb, ihre Heimat zu besuchen. Der Festvortrag mit dem interessanten Thema: „Danzig und das Ende des Ersten Weltkriegs“ fand große Beachtung. Die Veranstaltung wurde mit Musikvorträgen des Rocaille-Quartetts aus Lübeck bereichert. Mit dem Lied der Danziger und der Nationalhymne schloß die Feierstunde.

Ein großes Lob an den Hauptorganisator Marcel Pauls.

Ein Wermutstropfen für die Erstbesucher, das Museum Hansestadt Danzig und die Danziger Etage im Restaurant Schabbelhaus konnten leider nicht besichtigt werden.

Noch ein Hinweis: Vom 5. -9. Juli 2018 findet das 9. Welttreffen der Danziger in Danzig statt. Info: roswitha_moeller@web.de BS

Pommern wie es war

Aus dem Reichs-Bäder-Adressbuch von 1936

Von Stettin, Pommerns Hauptstadt mit 270 000 Einwohnern, deren Ruhm es ist, als „grüne Stadt“ von einer Fülle von Grün und Blumen in Parkanlagen, Schmuckplätzen und baumbeschatteten Straßen erfüllt zu sein, von Stettins Hafen, dem neuzeitlich gestalteten „Tor der Ostsee“ spinnen sich neben anderen die Fäden hinüber zum herrlichen Inselstrand von Usedom-Wollin. Zum weißen, feinsandigen Strand, über den sich hier die rotästigen Kiefern des Dünenwaldes, dort buchenbegrünte Steilküsten neigen und an dem sich in engster Folge die Stätten der Sommerfreuden reihen, vom stillen Waldwinkel bis zum lebensprühenden Großbade, von der einstigen herzoglichen Residenz Wolgast am Peenestrom mit der zweiten nach Usedom führenden Bäderbrücke bis zur alten Bischofsstadt Cammin, dem domgeschmückten Solbade im Kranze der nahen Dievenowbäder.

Mit Cammin haben wir das hinterpommersche Küstengebiet betreten, einfacher gebaut, weiträumiger, einsamer nach Osten zu und darin von einer gewissen Größe. Steilküsten, über denen sich Meereshauch und Duft des Feldes mischen, wechseln mit Dünenlandschaften ab, die ganz im Osten am Garder- und Lebasee den Wanderdünengebieten Ostpreußens gleichkommen. Und um die Strandseen mit ihren menschenleeren Dünnenehrungen nicht minder einsame Moorgebiete. Hier das Niedersachsenhaus als Fischerbehausung, dort der bäuerliche Vierkanthof, im Osten Reste kaschubischer Bauweise. Vieles, was interessant ist, was gar noch seiner Deutung harrt, vieles an eigenartigster Schönheit.

Treptow a. d. Rega, sehenswert mit Kirchen, Rathaus, Schloss, leitet den Verkehr zu den Bädern östlich und westlich der Mündung der städtereichen Rega. Über Belgard a. d. Persante führt der Weg zum geschichtsberühmten Großbade Kolberg mit fünfschiffigem, reichem Dom aus stolzer Sülzherrenzeit. Dann nimmt das küstennahe freundliche Köslin am Fuße des aussichtsreichen Gollen, des „Demantberges“ des Märchens, den Faden des Verkehrs zu den Bädern östlich von Kolberg auf. Und abermals Zubringerdienst leistet Rügenwalde mit Herzogsschloss, mit Kirchen voll kostbarer Ausstattung und Wehrbauten, leistet Ostpommerns größte Stadt und Handelsmittelpunkt, **Stolp i. P.**, während über Lauenburg, bereits im Bergland gelegen, der Weg führt zum letzten einsamen Strand des Ostens und seinem Mittelpunkt inmitten gewaltiger Dünengebiete, **Leba i. P.**

Es ist überaus fruchtbar, dieses Flachland, das in Vor- und Hinterpommern der Küste vorgelagert ist. Schnelle Küstenflüsse furchen es in lieblichen Tälern, Wald fehlt nicht, und an den Feldrainen und auf den Wiesen blüht es in Fülle und Üppigkeit.

Die tiefste Furche ist das Odertal mit seinen im Frühjahr in Blütenschnee versinkenden Ortschaften. Die gewaltigsten Forsten sammeln sich im Odermündungsbereich, um Stettin, am Dammschen See und am Haff. Hier horsten Seeadler, Reiher und Schwarzstorch. Ja, die Buchheide bei Stettin ist einer der schönsten Buchenwälder Deutschlands. Und im Flachlande außer den schon genannten kleinen Städten eine Anzahl anderer noch, deren jede sicher etwas an Schönem zeigen kann: **Tribsees** einen berühmten Schnitzaltar, **Grimmen. Anklam, Demmin** alte Wehrbauten, ebenso **Pasewalk**, **Plathe** Schloss und Schlossruine, **Pyritz** im gesegneten Weizacker, den vollständigen Mauerring, **Stargard i. P**. Mauern, Tore, Rathaus, stolze Gotteshäuser, Bürgerhäuser … Und dieses gesegnete Flachland mit seiner Kleinstadtbehäbigkeit ist das zweite Bild, das pommersche Gegenwart vor uns ausbreitet. Und das dritte?

Das ist der Hinterpommern der Länge nach durchziehende **Landrücken** mit dem Wellenspiel seiner steinbesäten Höhen, mit seinen Seen, rauschenden Bächen, seinen Wäldern, Tälern und Heiden. Wenn sich im Herbst der Wald färbt, wenn Himmel und Seen im dunkelsten Blau prangen, wenn die grasigen Matten an den Hängen noch einmal grünen… „Pommersche Schweiz“, Tal von Fünfsee, **Moorbad Polzin**: sie klingen zusammen zu einem Lied von ungeahnter Schönheit! Den glasklaren Enzigsee bei **Nörenberg**, das seeumkränzte **Kallies**, den Erholungsort **Neustettin** mit seinen Seepromenaden, **Tempelburg** am Dratzigsee, dem tiefsten See Norddeutschlands, **Falkenburg** mit Schloss, die Bergstadt **Pollnow**: man sollte sie gesehen haben. Sollte im Grenzkreis **Bütow** mit seiner ragenden Deutschritterburg, seinen Schrotholzbauten und im „Blauen Ländchen“ an der Leba mit **Lauenburg** gewesen sein, dessen 210 m hohe Waldberge in der Dämmerstunde so wundersam blau grüßen... Seltsame Gegensätze: so vielbesucht Pommerns Strand ist, so einsam sind seine Berge, so abseits des Verkehrs, wenn wir vom Bade Polzin absehen. Aber sollte das nicht wiederum auch ein Vorzug sein? Für viele, die Naturstille, die das Abseits suchen! – Es ist schon so: Vom Höhenzug zur Wanderdüne, das ganze Pommern ruft euch „Kommt und schaut! Es wird euch gefallen! Es bringt jedem, was sein Herz begehrt!“

Martin Reepel – Im Auftrage des Landesfremdenverkehrsverbandes Pommern, 1936.

Dieses Handbuch für deutsche Fremdenverkehrsorte enthält sehr interessante Informationen aus einer Zeit, die für uns so nicht mehr erlebbar ist. Deshalb werden in loser Folge die in dem Buch beschriebenen pommerschen Orte mit ihrem touristischen Angebot erscheinen.

Die Landschaft ist geblieben, die Weite – die Ostseeküste, die Boddenlandschaft, stille Seen, herrliche Wälder, Städte, die Geschichte atmen. Auf dem Weg nach Osten durchfährt man buchstäblich die ganze Weite Pommerns. BS

Kohl hatte keinen Plan für Deutschland

Zu: Verscharrt am 1. Juli (Nr. 24)

Der wahre Konservative blickt mit Leidenschaft und Freude vor allem in die Vergangenheit. Dort kann er die Lichtgestalten erkennen, die in der Gegenwart so vermisst werden. Helmut Kohl, „Mr. Europe“, wird im Nebel der Erinnerungen nun sichtbar. Der Urvater unserer Probleme wird zu den Großen gezählt, trotz seiner Fehler. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wird als Einheit verklärt, sein Europawahn als Preis für die Einheit gerechtfertigt. Faktisch ist dies Geschichtsklitterung, weiter nichts.

Helmut Kohl war ein gerissener CDU-Politiker, der zuerst an sich und seine politische Karriere dachte. In seiner Zeit schaffte die rotgrüne Ideologie den Durchbruch in allen gesellschaftlichen Bereichen wie Schule, Theater, oder Medien. Seine geistige Schlichtheit wurde verspottet, heute wird sie von Konservativen als Patriotismus erinnert. Heute wie damals gab es auf der konservativen Seite keinen Entwurf für eine neue Republik. Auch deswegen war der Beitritt nur ein Anschluss.

Kohl, der Kanzler einer versprochenen Wende, hatte keinen Plan für Deutschland. Sein Weltbild war die Nachkriegszeit mit all ihren Implikationen, und dabei blieb es bis zum Schluss. Auflösung aufgrund kompletter Ideenlosigkeit und ideologischer Verblendung!

Norbert Johann Schadel, Gerhardshofen

Selbstverteidigung Europas

Zu: Legitimer Akt der Notwehr (Nr. 24)

Die im Artikel gelieferten klarstellenden Hintergrundinformationen zu den Kreuzzügen decken sich mit Hansjürg Stückelbergers Bewertung in seinem empfehlenswerten Buch „Europas Aufstieg und Verrat“ von 2011.

Darin schreibt der Schweizer Pfarrer: „Historisch gesehen handelt es sich bei den Kreuzzügen um eine Antwort auf die jahrhundertelangen muslimischen Angriffe: Eroberungen und Kolonisierungen ganzer Regionen, Überfälle und Raubzüge von arabischen und türkischen Muslimen auf christliche Küstenstädte und Länder. Die Kreuzzüge waren nicht nur ein Versuch, den freien Zugang der Pilger nach Jerusalem wieder zu ermöglichen. Sie waren auch der Versuch einer Selbstverteidigung von christlichen Regionen zum Schutz ihrer Bürger und für die Erhaltung ihrer Freiheit, Identität und Kultur. Das Recht auf Selbstverteidigung bestreitet niemand. Warum soll es für die Zeit der Kreuzzüge nicht gelten?“

Dass dann auch die Kreuzfahrer in ihrer Abwehr der islamischen Expansion in schlimmer Weise schuldig wurden – zum Beispiel durch die arrogante Eroberung und Verbrennung Konstantinopels – ist leider auch wahr.

Doch die Widerlegung der weithin falschen Sichtweise von Vorgeschichte und Natur der Kreuzzüge ist in diesem *PAZ*-Artikel gut gelungen.

Willi Herbert, Nürnberg

Kein großer Mann

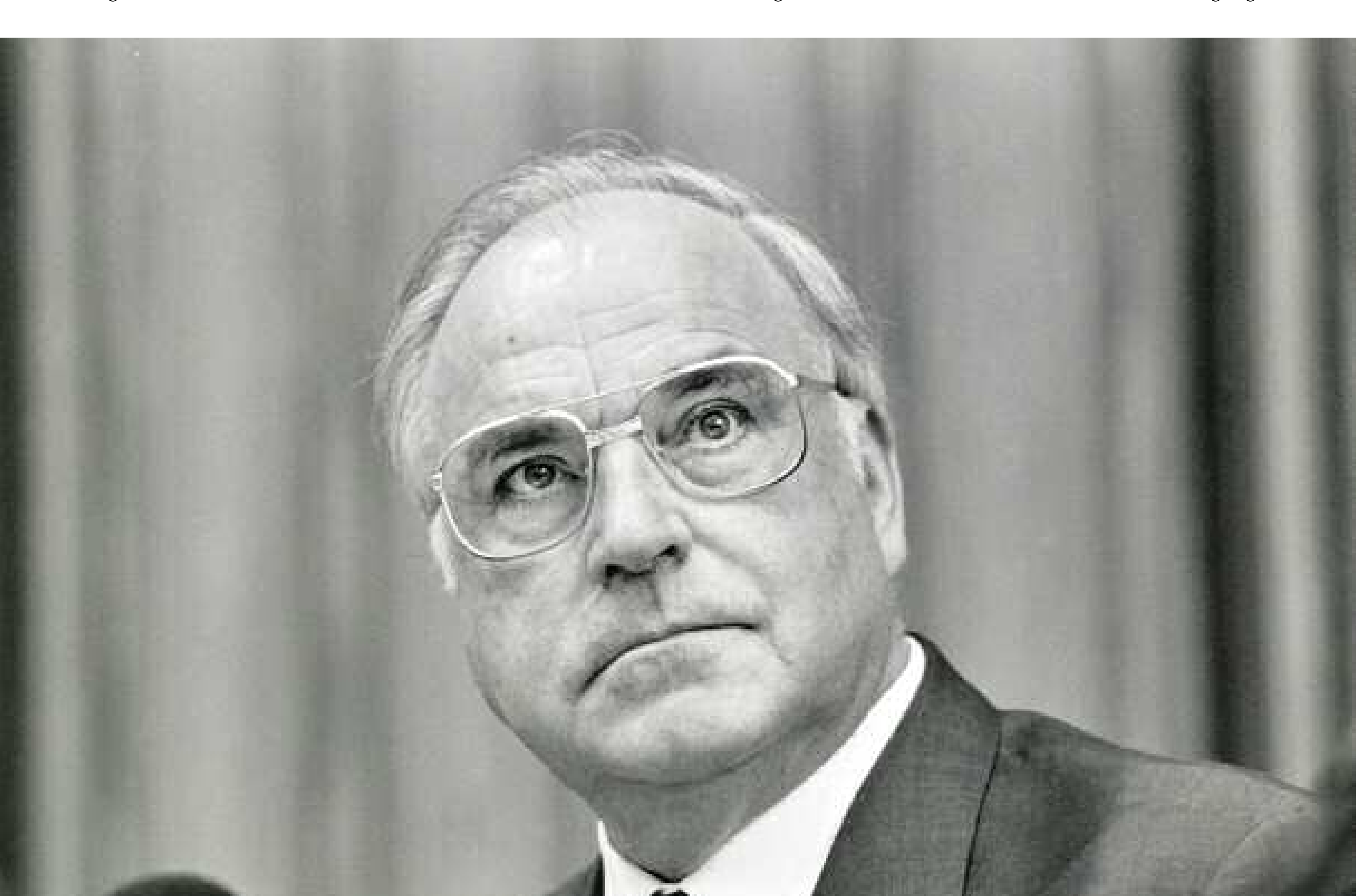
Zu: Verscharrt am 1. Juli (Nr. 24)

Es ist schon merkwürdig, gerade in der *Preußischen Allgemeinen* eine solche Bewertung des verstorbenen Ex-Bundeskanzlers Helmut Kohl zu finden. Es ist kaum glaubhaft, das Franz Josef Strauß 1983 den Milliardenkredit an die sogenannte DDR ohne Rücksprache mit Kanzler Kohl einfädeln konnte. Immerhin hat der Unrechtsstaat damit weitere sieben Jahre existieren können.

Kohl war auch kein Befürworter der deutschen Einheit, er wurde von Michail Gorbatschow getrieben und wurde widerwillig zum „Kanzler der Einheit“ gemacht. Zum Dank bezichtigte er Gorbatschow, Bedingungen für die Eigentumsfrage der ehemaligen DDR gestellt zu haben. Gorbatschow wies dies bekanntermaßen zurück. Trotzdem enteignete die Bundesrepublik frühere Eigentümer über diese Lüge.

Nicht vergessen werden darf, dass Kohl die Rückgabe des nördlichen Ostpreußen ablehnte und damit die völkerrechtswidrig Vertriebenen endgültig um ihre Heimat brachte. Ein großer deutscher Staatsmann? Ich kann es nicht glauben.

Gerhard Tempel, Bad Fallingbostel



Säulenheiliger der deutschen Nachkriegspolitik oder nur ein gerissener Parteiführer? An dem vor einem Jahr verstorbenen Bundeskanzler Helmut Kohl werden sich noch lange die Geister künftiger Generationen scheiden

Bild: Imago

Narrenfreiheit

Zu: Geldsegen für Parteien (Nr. 24)

Geht es um Diätenerhöhungen oder wie aktuell um die staatliche Parteienfinanzierung, sind sich die ansonsten kontrahierenden politischen Lager einig. Ohne Wenn und Aber werden die Beschlüsse durchgepeitscht, bevor das „dumme Volk“ es richtig wahrnimmt. Die Medien unterstützen diese Mitnahmementalität, indem sie diese Themen aus der Berichtserstattung nehmen.

Was mich persönlich beunruhigt ist, dass es viele Menschen gibt, denen es gutgeht und die es in keiner Weise interessiert, wie die Politik den Wähler oder Nichtwähler vergewaltigt und aus unserem Land einen Selbstbedienungsladen macht. Diese Gleichgültigkeit, diese Naivität und das schnelle Vergessen gestatten den Politikern eine Narrenfreiheit.

Die Millionen Zuwanderer stellen keine kritische Größe dar. Ihnen geht es so gut wie nie zuvor. Für sie ist alles eine heile Welt. Aber nicht alle Bürger lassen solche Eskapaden an sich vorüberziehen. Das Gegengewicht in Bezug auf das linkspopulistische Lager wird größer.

Peter Karstens, Eckernförde

Die Welt schaut beim schleichenden Völkermord im Nahen Osten weg

Zu: Grenzgewalt (Nr. 22)

Seit zirka 70 Jahren leben Palästinenser und Juden im Streit um das Gebiet, das beide Völker bewohnen und das vormals den Palästinensern alleine gehörte. Juden kamen aufgrund von Pogromen in ganz Europa und gefördert durch den Nationalsozialismus im 20. Jahrhundert aus der Diaspora als Einwanderer in das einst gelobte Land zurück. 1945 erreichte die Einwohnerzahl der Juden mit 553 600 Menschen den stärksten Einwohnerblock Palästinas.

Die Gründung des Staates Israel vor 70 Jahren war maßgeblich für den Ausbruch offener Feindseligkeiten. Wenn sich Gäste derart breitmachen, muss das zu Protesten führen, und so folgten die bekannten Kriegszüge, die immer zugunsten Israels ausgingen. Über die Jahrzehnte breitete sich das israelische Staatsgebiet zunehmend durch illegalen Siedlungsbau aus. Palästinenser wurden von ihren Ländereien vertrieben und stellen heute eine bedauernswerte Minderheit dar, die im eigenen Land einen untergeordneten Stellenwert besitzt.

Wer einen Tatsachenbericht aus jüngster Zeit darüber sehen will, wie von jüdischer Seite mit den Palästinensern umgesprungen wird, sollte sich im Internet die Beschreibung von unserem ehemaligen Arbeitsminister Norbert Blüm ansehen. Ebenso abstoßende Kurzbeiträge auf YouTube, die Palästinenser zu Zielscheiben der israelischen Armee degradieren, zeigen ein geschundenes Volk. Der Vergleich mit dem Apartheitssystem im ehemaligen Südafrika ist daher nicht abwegig.

Alle politischen Bemühungen um eine Zweistaatenregelung sind bisher immer wieder gescheitert, woran orthodoxe Juden und ihre Siedlungspolitik der Enteignung maßgeblichen Anteil haben. Die Welt schaut weg. Verurteilungen Israels in der UN werden regelmäßig durch die Schirmherrschaft der USA vereitelt. Nun wird der Gazastreifen auch noch von der Seeseite unzugänglich gemacht, sodass dieser Landesteil ein abgeschlossenes Ghetto bildet. Dass die Menschen in dieser Einschnürung zum Widerstand gezwungen sind, liegt klar auf der Hand.

Israel-Politik Donald Trumps wird die Lage noch verschlechtern

Über Jahrzehnte erniedrigt, des Landes bestohlen und zu eigener Wirtschaftlichkeit kaum fähig, ist dies für diese Menschen – wie seinerzeit im Warschauer Ghetto die Juden auch – die einzige Möglichkeit der Gegenwehr. Auch die Brutalität, mit der die Niederschlagungen der Proteste erfolgen, rufen Erinnerungen dieser Art wach.

Die demografische Entwicklung Israels mit nunmehr zirka 6,1 Millionen Juden hat enorm zugelegt. Der Expansionswille Israels ist durch den weiteren angekündigten Siedlungsbau in jüngster Vergangenheit so ausgeprägt erkennbar, dass offenkundig von den Hardlinern in der israelischen Politik eine militärische Lösung favorisiert wird. Wir sehen hier einen schleichenden Völkermord und trauen uns aufgrund unserer eigenen jüngsten Geschichte nicht, dies offen und ehrlich auszusprechen. Israel ist dabei, sich mehr und mehr international zu isolieren. Die Israel-Politik Donald Trumps wird dazu ein Übriges tun.

Dabei gäbe es bei gutem Willen politische Lösungen, wenn beide Seiten zu offenen Verhandlungen bereit wären. Ich empfehle hier den dokumentarischen Spielfilm „Das Herz von Jenin“, in welchem die gesamte Tragik dieses Konfliktes auf einer menschlich einmaligen Art nachvollzogen werden kann und die aufzeigt, dass auf der unteren menschlichen Ebene bei aller Unmenschlichkeit die Herzen (und andere Organe) zueinanderfinden.

Rudolf Neumann, Ahrensburg

Alles prallt zurück

Zu: Zeichen von Panik (Nr. 20)

Alles, was der Mensch an Gedanken, Worten und Taten in die Welt hinaussendet, kommt zu ihm zurück. Sendet er Gutes aus, erhält er Gutes, sendet er Böses aus, erhält er Böses. Das Geschoss der bösen Worte prallt auf den Schützen zurück, mit umso größerer Wucht je stärker die Stoßkraft des bösen Wortes war.

Deswegen können linke Genossen, einschließlich CDU/CSU, auf die AfD eindreschen, so viel wie sie wollen. Sie schaden sich nur selbst. Die AfD wird wachsen, ob das den linken Genossen passt oder nicht. Die Welt und das Streben der Menschen werden sich verändern, aber nicht nach den Vorstellungen des linken Establishments.

Barbara Koerber, Gräfenberg

Die weiße Bevölkerung hat nicht viel zu lachen, schon gar nicht in Südafrika

Zu: Wirklich ein „Genozid“? (Nr. 16)

Der laut obigem Artikel „angesehene südafrikanische Journalist Peter Bruce“ kam wegen der ungenauen zur Verfügung stehenden Daten zu dem Schluss, „dass die Häufigkeit der Farmermorde nicht höher anzusetzen sei als allgemeine Tötungsdelikte in den von Schwarzen bewohnten Vorstadt-Siedlungen oder in der für Gewaltkriminalität bekannten Innenstadt von Johannesburg“.

Nachdem laut der aktuellen Straftaten-Statistik für Deutschland die Zahl der Verbrechen im Jahr 2017 um fast zehn Prozent gesunken sein soll, bezweifle ich, dass eine offizielle statistische Erhebung der Farmermorde anders als schönfärberisch sein könnte, denn schließlich kann nicht sein, was nicht sein darf. Immerhin stellte die Bundesregierung laut Auswärtigem Amt 1,07 Milliarden Euro seit 1992 für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Südafrika zur Verfügung. Das „Steuervieh“ könnte sonst doch einmal zu murren anfangen, sollte sich herausstellen, dass die Apartheid immer noch existiert, nur jetzt eben gegen Weiße.

Bei der „Tatsache“, dass sich laut *PAZ*-Artikel die Agrarproduktion Südafrikas „seit 1994 geradezu explosionsartig vermehrte“, bin ich skeptisch. Die Grausamkeiten gegen Weiße wie auch Schwarze in Südafrika sind jedenfalls unvorstellbar für uns – noch –, man möge einmal selbst im Internet suchen. Aber wir haben uns ja schon an vieles Neue in den letzten Jahren gewöhnen müssen.

Aber was ist denn nun ein Genozid/Völkermord laut den Vereinten Nationen? Ein Völkermord liegt demnach nicht erst vor, wenn viele Tote dieser ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe zu beklagen sind. Auch bereits die „Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe“ sowie die „vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen“ stellen einen Völkermord dar. Und negative Bedingungen für weiße Menschen müssen vorliegen. Wie sonst kann man es sich erklären, dass ihr Anteil an der Weltbevölkerung von 25 Prozent nach dem Zweiten Weltkrieg auf jetzt nur noch acht Prozent zurückgegangen ist (im Vergleich: schwarze Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg neun Prozent, jetzt 35 Prozent)?

Ich jedenfalls komme zu dem Schluss, dass hier vielleicht nicht nur ein Genozid an der südafrikanischen weißen Bevölkerung zur Debatte steht, sondern gegebenenfalls sogar an der gesamten weißen Erdbevölkerung. Und diese Prozentzahlen halte ich für realistisch, denn die schwindende Zahl an Weißen kann ich täglich selbst beobachten, auch auf Urlaubsreisen in „weiße“ Länder.

Wenn sich bestimmte Gruppen den Artenschutz zum Beispiel von Delfinen auf die Fahnen geschrieben haben, wo bleibt dann hier der Aufschrei? Da hört man wahrscheinlich nur Jubelgeschrei, dass „der zornige weiße Mann“ sowie seine Verwandtschaft in absehbarer Zeit in den ewigen Jagdgründen weilen.

Irrerweise haben die, die sich am meisten freuen, dass Weiße immer weniger werden, oft selbst weiße Haut. Ich bezweifle allerdings sehr, dass die Welt besser ist ohne weiße Menschen. Und vor allem haben Weiße, wie alle anderen auch, „das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“ (Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte). Aber bezüglich Weißen ist ein Messen mit zweierlei Maß völlig normal. Ein Beispiel hierfür ist der jüdische Ex-Harvard Professor Noel Ignatiev, der das Weißsein abschaffen möchte. Er kann das einfach so sagen. Stellen wir uns doch einmal ganz kurz vor, ein ach so „privilegierter“ Weißer würde sagen, er möchte das Schwarzsein abschaffen – er hätte nichts mehr zu lachen.

Doris Richthammer, Neukirchen

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Prahlerei am Fluss

Mit seinen Schlössern an der Loire wollte Frankreichs Adel Eindruck schinden – Noch heute steht man staunend davor

Seit dem Jahr 2000 gehören das Loiretal und seine Schlösser zum UNESCO-Weltkulturerbe. Die vielen Prestigebauten sind seit 500 Jahren eines der wichtigsten Aushängeschilder Frankreichs.

Chambord, das genialste, größte und bekannteste Schloss der Loire-Region, war 2016 Treffpunkt von 20 EU-Agrarministern. Eine Ortswahl, die angesichts der angespannten finanziellen Lage vieler französischer Landwirte unter dem Motto „Minister im Schloss, Bauern auf der Straße" lautstarken Protest hervorrief. Ganz im Geist der Französischen Revolution, bei der die Bauern 1789 gegen das Luxusleben des Adels aufbegehrten.

Chambord wurde als Prestigeobjekt geboren. Sein Baubeginn 1519 war der Grundstein für eine Demonstration der Leistungsfähigkeit Frankreichs. Franz I. hoffte, dadurch Karl V. die Krone des Heiligen Römischen Reichs entreißen zu können. Sogar der habsburgische Rivale bescheinigte Chambord, der Inbegriff dessen zu sein, „was menschliche Kunst" vermag. Kaiser wurde Franz I. dennoch nicht.

Rund 1,6 Millionen Besucher zieht es jährlich in die heutige Staatsdomäne, über die Hälfte davon bis ins Schloss. Wer Chambord als leeres Schloss in Erinnerung hat, wird über die vielen neuen Prunkbetten, Gobelins, Gemälde, Ausstellungen und Sammlungen, die sich in immer mehr seiner 440 Räume wiederfinden, erstaunt sein. Ein sogenanntes Histopad, ein Tablet-PC in zwölf Sprachen, dient als digitaler Führer durch die alte Geschichte und neue Pracht.

Auch der Außenbereich hat eine Renaissance erfahren. Durch die großzügige private Unterstützung des frankophilen US-Bürgers Stephen A. Schwarzman konnte der 1734 unter Ludwig XV. entstandene französische Barokkgarten nach 14-jähriger historischer Forschung wiederhergestellt werden. Für 3,5 Millionen Euro wurden Kieselalleen, riesige Rasenflächen komplett neu angelegt sowie 32 500 Pflanzen und 800 Bäume gepflanzt.

Damit wurde Europas größtem geschlossenem Park – seine Mauer ist 32 Kilometer lang und die Gesamtfläche von 5440 Hektar so groß wie die Pariser Altstadt – neues Leben eingehaucht. Dazu gehören auch mehr als 20 Kilometer neu erschlossene Wege durch den Forstbereich. Dessen geschützte Flora und Fauna mit ihren Hirschen und Wildschweinen ist dadurch zu Fuß, per Rad oder im Geländewagen mit einem Führer noch besser zu entdecken.

Erst 2010 waren die präsidialen Jagdpartien in Chambord offiziell abgeschafft worden. Noch Georges Pompidou reiste unzählige Male in die Sologne, wo er seine Liebe zur Architektur und zur Jagd vereint fand. Heute generiert Chambord mit Veranstaltungen wie Konzerten, Märkten, Pferde- und Raubvogelshows bereits gut 86 Prozent seiner jährlichen Betriebskosten und Investitionen selber, etwa 18 Millionen Euro kamen so zuletzt zusammen. Die Eigenfinanzierung soll sich 2019 auf 100 Prozent belaufen. Das Mittel der Wahl heißt: Das „Château de Chambord" als Markennamen für typisch französische Edelprodukte zu verkaufen. Franz I. ließ für das Schloss noch Kirchenschätze plündern und das Silberzeug seiner Untertanen einschmelzen.



Das königlichste aller Loire-Schlösser: Château de Chambord Bilder: Starus

Vier Jahre vor Baubeginn in Chambord hatte Franz I. bereits damit begonnen, dem 15 Kilometer westlich gelegenen Schloss in Blois durch einen modernen Renaissance-Flügel ein neues Gesicht zu geben. Während Franz I. in Chambord keine 100 Tage verbracht hatte, war Blois über ein Jahrhundert lang der bevorzugte Sitz der französischen Könige.

Seit 2003 hat Blois in mehreren Restaurierungsphasen eine neue Renaissance erfahren. Zuletzt wurden wieder drei neue Säle für Besucher geöffnet. Ausgestattet mit neu erworbenem historischen Mobiliar sowie einigen Möbeln aus den Depots der staatlichen Museen, geben sie zusammen mit umfangreichen Informationen tiefe Einblicke in die Geschichte des royalen Frankreich und das Leben am Hof.

Zu Blois' düsterer Seite gehört die Ermordung des Herzogs von Guise 1588 durch Heinrich III. 1908 diente das Drama als Stoff für einen Stummfilm, der weltweit erstmals mit Originalmusik, komponiert von Camille Saint-Saëns, unterlegt war. Das Meisterwerk läuft als Endlosschleife in der im Schloss breit angelegten Ausstellung über das Attentat.

Nach seiner im vergangenen Jahr abgeschlossenen Total-Sanierung erstrahlt das Schloss von Azay-le Rideau im neuen Glanz. Dach, Fassaden, Innenräume und Garten wirken wie frisch geputzt. Von 1518 bis 1524 von Gilles Berthelot, dem Schatzmeister Franz' I., erbaut, hatte 1870/71 Prinz Karl-Friedrich von Preußen in dem „Juwel der Renaissance" Quartier bezogen. Als ein herabstürzender Kronleuchter ihn um ein Haar verfehlt hatte, drohte er das Schloss wegen Sabotage niederreißen zu lassen. Zum Glück besann er sich anders. Seit 1905 ist das Schloss in Staatsbesitz.

In steter Neuerfindung ist die kommunale Domäne Chaumont-sur-Loire als modernes Zentrum von sogenannter Natur-Art: Gemeint sind phantasievolle Kunstwerke im Freien. Dazu gibt es jedes Jahr ein Gartenfestival, bei dem Landschaftsgärtner aus der ganzen Welt immer neue Mustergärten erfinden. Die 27. Ausgabe (bis 4. November) steht unter dem Motto „Gärten der Gedanken." *Helga Schnehagen*

Infos: www.valdeloire-france.de. Deutschsprachige Internetseite zum Gartenfestival auf Chaumont-sur-Loire: www.domaine-chaumont.fr/de. Wohnen und Essen: La Maison d'à Côté 3, Montlivaut bei Chambord (moderne Designer-Zimmer, Sterne-Restaurant und Bistro, moderate Preise); Le Clos d'Amboise 4*, Amboise (Schloss-Hotel, gehobene Küche, moderate Preise).*

Farbtapete in echt

Wenn sich die Sonne verabschiedet – Die »Funkelstunde« im Herzogtum Lauenburg

Zugegeben, die farbgewaltige Kulisse der Sonnenuntergänge im Herzogtum Lauenburg wirkt manchmal wie eine Fototapete. Und doch ist diese Stunde am Ende des Tages immer wieder eine ganz besondere. Das wasserreiche Herzogtum in der Metropolregion Hamburg bietet spektakulären Sonnenuntergängen optimale Voraussetzungen. Wie funkelnde Edelsteine liegen rund 40 Seen auf einem Gebiet von 474 Quadratkilometern zwischen Wäldern, Feldern und Hügeln versteckt, in denen sich die Abendsonne brechen kann. Der 1960 gegründete Naturpark ist der älteste Naturpark Schleswig-Holsteins.

Insofern lag die Idee nahe, mit dem Pfund zu wuchern. „Kitschig oder romantisch?, hatten wir uns gefragt, haben dann aber diese Stunde am Anfang und am Ende des Tages als so etwas Besonderes empfunden, dass wir diese Tageszeit ‚Funkelstunde' genannt haben", erklärt Günter Schmidt, Geschäftsführer der Herzogtum Lauenburg Marketing- und Service-Gesellschaft (HLMS).

Die 17 schönsten „Funkelplätze" haben die lauenburgischen Touristiker herausgesucht und auf einer Internetseite zusammengestellt. Da gibt es die „Schöne Aussicht" in Bäk: Hoch über dem Ratzeburger Domsee machen es sich die „Funkelfans" auf einem Waldsofa gemütlich und erleben, wie die Sonne farbenfroh hinter dem Ratzeburger See versinkt und den mächtigen Dom dabei illuminiert. Oder am Möllner Schulsee: Hier lässt die untergehende Sonne die Silhouette der romantischen Altstadt erstrahlen und spiegelt sich dabei farbgewaltig an der Seeoberfläche.

Im Lauenburger Fürstengarten schweift das Auge weit über die Elbe ins Dreiländereck hinein, während der große Strom in unterschiedlichsten Farben dahinfließt. Am Elbufer in Geesthacht-Tesperhude beobachtet man die in den Sonnenuntergang gemächlich gleitenden Elbschiffe.

Dass die Experten der HLMS mit ihrer Vermarktungsidee nicht falsch liegen, „ist darin erkennbar, dass sich der Begriff ‚Funkelstunde' unheimlich schnell online, also im Internet und auf den Smartphones, verselbstständigt hat", ergänzt Projektleiterin Carina Jahnke. Entsprechend flugs hatte die HLMS dann auch Kooperationspartner für ihre Kampagne, die im vergangenen Jahr gestartet ist, gewinnen können: „Wir haben auf einen Schlag 23 Partner gefunden: 13 an den Lauenburger Seen, am Elbe-Lübeck-Kanal und an den Flüssen, sowie weitere zehn an der Elbe im Südkreis", zählt Jahnke auf. Die größten Standorte sind die Städte Ratzeburg, Mölln, Lauenburg und Geesthacht, aber auch der Naturpark Lauenburgische Seen.



Romantik pur: Funkelstunde am Schmalsee Bild: Thomas Ebelt

Die Partnerbetriebe bieten eine Vielzahl an großartigen Aussichten oder spezielle Veranstaltungen zu ihrer jeweiligen „Funkelstunde" an: etwa mit Kanu oder Tretboot in den Sonnenuntergang, ein Segeltörn oder eine Schifffahrt zur Dämmerung, sei es mit Eisbecher, Cocktail, Barbecue oder „Funkel-Menü". Ein ganz besonderes Angebot ist das „Dinner am See". Fünf See-Restaurants rücken einen Tisch ganz dicht heran ans Ufer. Ein liebevoll gedeckter Tisch, dazu das farbgewaltige Schauspiel des Sonnenuntergangs. Ein nach allen Regeln der Kochkunst zubereitetes Menü sowie ein aufmerksamer Service – das sind die Zutaten für romantische „Dinner am See".

Ganz wichtig ist der HLMS das Netzwerk mit den Touristinformationen vor Ort und den jeweiligen „Funkelpartnern". Die „Funkelstunde" soll das Herzogtum Lauenburg mit seinen zahlreichen Gewässern noch bekannter machen und neue Gäste gewinnen. Allerdings gelten die Angebote gleichermaßen auch für die Einheimischen, die zu Recht stolz sein können, in einer herrlichen Landschaft zu leben, wo andere Urlaub machen.

Wie erfolgreich die Kampagne sich entwickeln wird, das wollen die HLMS-Experten anhand der künftigen Buchungszahlen, aber auch durch neu entstandene Angebote und die Vernetzungstendenz innerhalb der touristischen Betriebe messen. Das Ziel, noch mehr Gäste herzulocken, könnte aufgehen, wenn der Sommer nicht verregnet ist und man die großartigen Sonnenuntergänge genießen kann. *Andreas Guballa*

Alle Angebote und Informationen zu den schönsten Orten rund um die „Funkelstunde" im Internet unter: www.herzogtum-lauenburg.de/funkelstunde.

Hochgestapelt

Das »Cairn-Festival« in den Dolomiten

Dem Wanderer in den Alpen sind sie bestimmt schon einmal begegnet: seltsame Figuren, die am Wegesrand Stein auf Stein aufgerichtet wurden und die auf wundersame Weise der Schwerkraft trotzen. So mancher Hobbykünstler hat solche vergängliche Steinmännchen errichtet, die bei Sturm oder nach Schnee und Eis wieder zerfallen.

Inzwischen hat sich aus dieser Spielerei mit dem Geröll der Berge eine Kunstform entwickelt. Entdecken kann man das in den Dolomiten, wo beim „Lagazuoi Cairn Festival" vom 14. bis zum 29. Juli die Kreativität der Bergliebhaber getestet wird. Unweit des Ferienortes Cortina d'Ampezzo werden auf dem Gipfel des 2800 Meter hohen Lagazuoi viele Künstler ihre phantasievollen Steinfiguren aufschichten.

Die Steinmännchen, auch „Cairns" genannt, bringen uralte mythologische Werte zum Ausdruck, wie das existenzielle Bedürfnis der Menschen, den Weg für jene zu markieren, die ihn nach ihnen beschreiten. Und sie spiegeln ein emotionales und gravitatives Gleichgewicht, Harmonie von Form und Gedanken wider. Und das mit dem Bewusstsein der Vergänglichkeit der Dinge. Denn sie halten kaum länger als einen Sommer.

Zum Errichten der Figuren dürfen nur freiliegende Steine verwendet werden, Steine ausgraben oder Steine verwenden, die Abdrücke im Boden hinterlassen, wenn man sie entfernt, sind Gründe für den Ausschluss aus dem Wettbewerb, denn die Veranstaltung findet auf dem Gipfel eines Berges statt, der Teil des UNESCO-Weltnaturerbes ist, wo der Schutz des Ökosystems oberste Priorität hat. *H. Tews*

Den Austragungsort des Cairn-Festivals kann man vom Falzarego-Pass in wenigen Minuten mit der Seilbahn oder auf dem Wanderweg Nr. 401 erreichen. Infos im Internet: www.lagazuoi.it



Kampf gegen die Schwerkraft: Cairns am Lagazuoi Bild: Marina Alberti

Hat der Westen Angst vor dem mentalen Nichts?

Als 1989 in Osteuropa der von der Sowjetunion beherrschte Block zusammenbrach, war die Erleichterung im Westen allgemein. Im damaligen Hochgefühl sah der US-Politologe Francis Fukuyama im scheinbar endgültigen Sieg der westlichen Staatsform das Ende der Geschichte gekommen. Etwas skeptischer war sein Kollege Samuel Huntington, der vor einem „Kampf der Kulturen“ warnte, in den der Westen früher oder später unweigerlich hineingezogen werde, vor allem gegen China. Beide Thesen gehören inzwischen zum Standardrepertoire politischer Diskussionen.

Gegen sie macht der Islamwissenschaftler Stefan Weidner vehement Front. Weidner, lange Zeit für das Goethe-Institut in mehreren asiatischen Ländern tätig, fordert, dass der Westen Abschied nehmen müsse von der Vorstellung, sein Modell sei das allein seligmachende. Der Westen, so schreibt er in seinem Buch „Jenseits des Westens“, habe die Welt lange nach seinen Vorstellungen geformt und behaupte jetzt, das sei der natürliche Zustand von Staat und Gesellschaft. Vorstellungen aus anderen Kulturkreisen, zumal aus der fernöstlichen oder der islamischen Welt, lehne er aus Arroganz oder Unkenntnis ab. Das könne auf Dauer nicht gut gehen, damit immunisiere er sich geradezu gegenüber dem Rest der Welt.

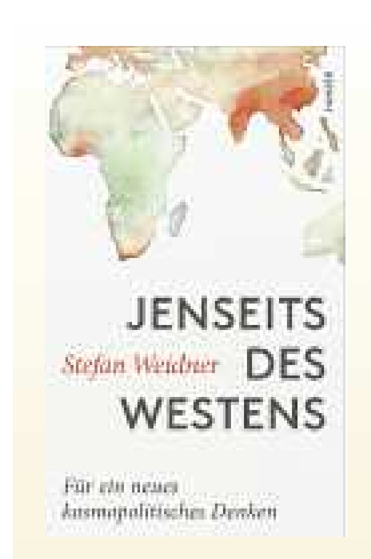
Das ist, sehr vereinfacht, die Grundthese dieses ebenso nachdenklichen wie gedankenreichen Buches. „Ich halte“, so schreibt Weidner nach einer Analyse der geistigen Situation in den westlichen Demokratien, „die Ideologie des Westens für apokalyptisch und möchte Alternativen dazu aufzeigen. Ich halte es für unerlässlich, sie abzuwickeln – falls sie sich nicht von allein abwickelt.“ Warum sich der Westen dagegen sträube? Weidner sieht es nicht nur in westlicher Überheblichkeit, sondern mehr noch aus Angst vor allem Fremden, auch aus Angst vor einem mentalen Nichts, nachdem religiöse Bindungen in Europa seit der Aufklärung weggefallen seien.

Antworten in fernöstlichen religiösen Epen

Erst ziemlich am Ende kommt er auf Alternativen zum Westen zu sprechen. Es mag an einer langen Vertrautheit mit den Kulturen Asiens, insbesondere mit der indischen Kultur liegen, dass er hier Ansatzpunkte sieht, die ein gegenseitiges Geben und Nehmen ermöglichen. Er verweist auf das berühmte indische Epos „Bhagavad Gita2, noch heute in Indien einer der zentralen religiös-literarischen Texte, das auch in Europa viele Bewunderer gefunden hat. Von hier hat, so Weidner, im 20. Jahrhundert Mahatma Gandhi seine Philosophie des gewaltlosen Widerstands abgeleitet. Freiheit, so Gandhi, sei nicht wie im Westen eine die Lebensqualität des einzelnen Menschen steigernde Freiheit, sondern im Gegenteil eine entsagende Freiheit: „Das Gefühl für das Ich schwinden zu lassen, besteht in der Askese.“ Askese besteht im Verzicht, auch im Verzicht auf unentwegtes Handeln.

In der Summe ist es eher ein philosophisches denn ein aktuell politisches Buch. Wegen seiner Konzentration auf die westliche Geistesgeschichte (Kant, Hegel, Nietzsche, Heidegger und viele andere) setzt es einige Kenntnis voraus und entlässt den Leser fast mit mehr Fragen als Antworten. Beispielsweise möchte man als genuin „westliches“ Produkt doch ein engagiertes Handeln nennen, wie es Hannah Arendt in „Vita activa“ beschrieben hat, – nicht die Raffgier eines Bankers, wohl aber der Arzt, der seinen Urlaub in einem afrikanischen Slum verbringt und lebensbedrohten Kindern hilft; der Ingenieur, der mit der Planung von Brücken oder Bewässerungssystemen das Leben ebendort verbessern kann; oder der Wissenschaftler, der ein Bildungssystem in einem Dritteweltland mit aufbauen hilft. Gerade solche Menschen erfahren dann ohnehin, dass es auch Menschlichkeit jenseits westlicher Werte und Vorstellungen gibt.

Dirk Klose



***Stefan Weidner: „Jenseits des Westens. Für ein neues kosmopolitisches Denken“,** Carl Hanser Verlag, München 2018, gebunden, 368 Seiten, 24 Euro*

Ratschläge einer Bloggerin

Für Internetkonzerne wie Facebook und Google machen sich die Nutzer mehr oder weniger freiwillig zum gläsernen Menschen, indem sie ihnen ihre Daten überlassen, mit denen die werbegetriebenen Konzerne Milliardenumsätze machen. Journalisten und Netzaktivisten halten die Frage, wer unsere Daten kontrolliert, für eine der wichtigsten unserer Gesellschaft.

Dieser Auffassung ist auch Katharina Nocun, eine 1986 in Polen geborene und in Deutschland aufgewachsene prominente Netzaktivistin und Bloggerin. Nocun war bis 2016 Mitglied der Piratenpartei und engagierte sich mit Internetkampagnen gegen den, wie sie es nennt, „Überwachungsstaat“.

Mit ihrem Buch „Die Daten, die ich rief. Wie wir unsere Freiheit an Großkonzerne verkaufen“ setzt sie ihren „Kampf um Privatsphäre“ in einer Art von Rundumschlag fort. Sie warnt: Längst haben sich auch andere Unternehmen wie Lebensmittelketten auf das Sammeln und Auswerten von Verbraucherdaten verlegt, um uns das Geld aus der Tasche zu ziehen. Desgleichen sammeln Telefonkonzerne, Behörden, Geheimdienste, Arbeitgeber und Krankenkassen die Datensätze von Bürgern und Kunden, um mit Hilfe von Algorithmen abzuschätzen, wie wir uns verhalten werden. Nocun klärt anhand von Beispielen über Datenspeicherung und Datenmissbrauch auf, über Spähmanöver der IT-Anbieter, Online-Mobilisierung bis hin zur Kontrollindustrie von Diktaturen.

Dazu liefert sie einen Katalog von Vorschlägen, die geeignet seien, die täglichen Datenspuren zu reduzieren. Wer sich nicht um seine Datensätze kümmert, müsse mit unerwünschten Folgen rechnen, beispielsweise mit einem abschlägigen Bescheid. Doch auch ohne nachvollziehbaren Grund könne man leicht Opfer einer falschen Verdächtigung werden, wie etwa bei einer Massenüberwachung.

Was die Dienste der IT-Anbieter betrifft, sei Vorsicht leider mit einiger Mühe verbunden. Jeder sei gut beraten, die seitenlangen staubtrockenen Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu lesen, bevor er auf „ok“ klickt, rät Nocun – einerseits. Andererseits könne es niemand zeitlich bewältigen, jeden Online-Vertrag zu prüfen. Für Nicht-Juristen sei es außerdem schwierig zu verstehen, was genau man unterschreibt. Sie hat einen Fachmann der Verbraucherzentrale Bundesverband um seine Einschätzung gebeten. Der meint, das tieferliegende Problem seien nicht einzelne Klauseln, sondern was Unternehmen wie Facebook tatsächlich speichern. In Relation dazu dürfte daher auch von nachgeordneter Bedeutung sein, was die Autorin anhand von Selbstversuchen über Facebook und Google herausgefunden hat.

Autorin nutzt selbst das Internet für Einkäufe

Bisher hat sie ihre Hoffnung berechtigterweise nicht auf die regulierungsunwillige Politik gesetzt. Trotzdem fordert sie nun „strengere Datenschutzgesetze und mehr Geld für eine effektive Kontrolle der Einhaltung von Recht“. Das klingt nach Zweckoptimismus, da der Trend im internationalen Wettstreit bei der Digitalisierung und Automatisierung genau in die entgegengesetzte Richtung geht.

Nocun erklärt, sie sei selbst eine begeisterte Nutzerin der Online-Dienste. Sogar ihre Einkäufe tätigt sie fast nur online. Das dürfte nicht überall gut ankommen, da dieses Verhalten bekanntlich zum schleichenden Absterben des Einzelhandels beiträgt und damit zur Verödung der Innenstädte. Aus dieser Sicht wäre es wahrscheinlich sinnvoller, wenn Netzaktivisten zum „analogen“ Einkaufen aufrufen, als ein gefühlt hundertstes Buch zum Thema Datenschutz zu schreiben.

Dagmar Jestrzemski



***Katharina Nocun: „Die Daten, die ich rief. Wie wir unsere Freiheit an Großkonzerne verkaufen“,** Bastei Lübbe Verlag, Köln 2018, broschiert, 347 Seiten, 18 Euro*

Historisches Wissen in spannendem Roman verpackt

Suchen Sie Anschluss an das Korps Oberland.“ Mit diesem Marschbefehl des Vorwärts-Chefs wurde der begabte Journalist Quintus an seinen „Redaktionsplatz Oppeln in Oberschlesien“ beordert. Die Provinz hatte sich mit klarer Mehrheit unter Alliierter Aufsicht am 20. März 1921 für Deutschland entschieden. Doch das akzeptierte Albert Korfanty, der polnische Abstimmungskommissar, nicht: „Er blies ins Feuer, entfachte Hass und Zwietracht, schürte Neid, Aufruhr und allem voran: Terror“. Er hatte 50 000 Polen unter Waffen, wollte Oberschlesien annektieren und wurde massiv mit Waffen und Logistik von Frankreich unterstützt. Der Übermacht stellte sich das Freicorps unter Oberleutnant Roßbach entgegen, um die Eroberung des „Klosterberges von St. Anna“ zu vereiteln. Quintus Schneefahl sandte einen Bericht nach Berlin: „Dabeigewesen“ und verkündete freudig: „Der Annaberg ist unser! Hurra!“

Thomas Persdorfs Buch „Das V der Kraniche“ ist äußerst spannend geschrieben. Wie ein roter Faden, aber keineswegs aufdringlich, zieht sich ein Liebesdrama durch das Buch. Ohne Wissen von Quintus ist seine Verlobte, Amalie von Wachen, ihm nachgereist, aber ihre Spuren verlieren sich in Kreuzburg. Allen Indizien nach wurde sie entführt, doch sie wurde nicht gefunden. Nach fünf Monaten kehrt er nach Berlin zurück. Seine erfolgreiche Pressearbeit verschafft ihm eine Anstellung als Pressesekretär im Reichsaußenamt. Ein Bericht über den demütigenden Waffenstillstand im „Wald von Compiègne“ verstärkte seine Reputation. Frankreich verfolgte eine hemmungslose Rachestrategie: „Die Sieger schlagen nicht vor, sie diktieren!“

Empfehlenswert auch für Schüler

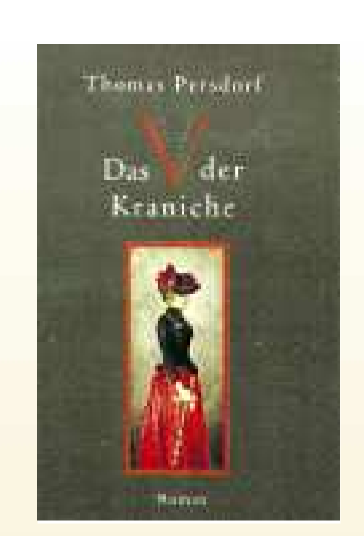
Quintus wurde mitgenommen zu den Verhandlungen nach Genua und erlebte inklusive „Nachthemdensitzung“ 1922 das Zustandekommen des „Vertrages von Rapallo“ zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

Hier erreichte ihn die Nachricht seines „Schwiegervaters“: „Sie lebt. Bitte kommen!“ Amalia hatte einen ernüchternden Brief geschrieben. Sie lebte, war mit ihrem Retter, einem polnischen Offizier, verheiratet und nicht bereit, sich von ihm zu trennen.

Was das Buch so spannend und lesenswert macht, ist das darin eingebaute historische Wissen, das nicht nur bis zum Jahr 1335, in dem im „Vertrag von Trentschin“ Polen „für alle Zeiten“ auf Schlesien verzichtete, sondern bis zum Wikingerfürsten Dago Miseco, der als Mieszko zum Stammvater Polens erhoben wurde.

Gerade der nicht mit Geschichtskenntnissen in der Schule verwöhnten Jugend sei dieser mit historischen wie diplomatischen Fakten angereicherte Roman sehr empfohlen.

Wolfgang Thüne



***Thomas Persdorf: „Das V der Kraniche“,** Shaker Media, Aachen 2018, broschiert, 303 Seiten, 14,90 Euro*

Das DDR-Regime mochte ihn nicht: Der Autor Hans Joachim Schädlich

Genau genommen besteht das kleine Buch aus zweieinhalb Teilen. Da ist zunächst das Fragment des Romans „Catt“, welchen Hans Joachim Schädlich zu Beginn der 1970er Jahre konzipierte. Daran anschließend die „Geschichte von Juca und Koschko“, ursprünglich vorgesehen als Teil von „Catt“, nun allerdings danebenstehend. Insofern handelt es sich nicht um zwei völlig separate Textstücke. Schädlich, der als Linguist an der Akademie der Wissenschaften der DDR arbeitete, begann zu dieser Zeit, Prosatexte zu verfassen.

Im dritten Teil des Buches, welcher etwas untertrieben als bloßes „Nachwort“ firmiert, erläutert Krista Maria Schädlich, ehemalige Frau des Autors, zunächst das Zustandekommen dieser Ausgabe, für welche eine Rekonstruktion des damals unveröffentlichten Textfragments nötig war. Sowohl aus Erinnerungen schöpfend als auch ausführlich Briefe zitierend, wird dann der auch eng mit „Catt“ verbundene Weg des Autors Schädlich in der DDR beleuchtet. Eigentlich war es eher ein „Nicht-Weg“. Subtil legte das Regime den Veröffentlichungsbegehren des Autors immer wieder Steine in den Weg.

Atmosphäre der DDR vermittelt

Etwas einlassen muss man sich schon auf diesen Prosatext Schädlichs. Der verkürzte, nahezu protokollarische Stil, welchen Schädlich später perfektionierte, ist auch hier erkennbar, aber eben keine Geschlossenheit. Dafür gelingt es ihm, die unter der SED herrschende, drückende Atmosphäre mit minimalem Erzählaufwand zu vermitteln. Schädlichs historische Vorlieben sind erkennbar, aus der Umgebung Friedrichs des Großen borgt er sich für seine Figuren die Namen „Catt“ und „Quantz“, Vorleser und Flötenlehrer des Königs.

Die Namen haben Gründe, dennoch ist die Realität auf den ersten Blick der harte Schnitt. Bei Schädlich ist „Quantz gar nicht Quantz, er spielt Klarinette“. Sein „Catt“ ist eine Frau, die Taxi fährt, schreibt und – Handlungslinie des Fragments – sich auf die Spur ihrer verschwundenen Freundin begibt, welche dem Staatssicherheitsdienst zu entkommen versucht, der sie mit Überredung und Erpressung zur Mitarbeit bewegen will.

Nicht nur „Catt“ wollte die DDR nicht. Krista Maria Schädlich zeigt, wie der Autor vom Rostocker Hinstorff Verlag bewusst hingehalten wurde. Lektoren beschäftigten sich minutiös mit seinen Geschichten, immer wieder gab es, freundlich und als Hilfe formuliert, Gründe, die Dinge zumindest vorerst noch nicht zu veröffentlichen. Mittels einer „Strategie der Verhinderung, Enttäuschung, Desillusionierung“ sollte der Autor schließlich von sich aus aufgeben.

Rückhalt erfuhr Schädlich in einem durch Günter Grass initiierten Kreis. In Ostberlin kamen über drei Jahre Schriftsteller aus beiden Teilen Deutschlands zusammen und diskutierten ihre Texte, hier ist sogar von einer „Weiterführung der Gruppe 47“ die Rede. Das Ermutigende für den Autor, der in der DDR nicht gedruckt wurde: Für diese Treffen musste er neue Texte produzieren. Schädlich geriet er nach seiner Unterschrift gegen die Biermann-Ausbürgerung in Schwierigkeiten. 1977 erschien sein Band „Versuchte Nähe“ in der Bundesrepublik. Ein Strafprozess war zunächst vorgesehen, aber der Autor war inzwischen zu bekannt. Die DDR entledigte sich des Unbequemen, indem sie dessen Ausreiseantrag in die Bundesrepublik stattgab.

„Nachwort“ und Prosafragment dieses Büchleins bilden am Ende eine Einheit. Einmal literarisch, einmal sachlich-biografisch – großes Thema ist der unsägliche Druck, den die zweite deutsche Diktatur auf die nicht ganz Stromlinienförmigen ausübte.

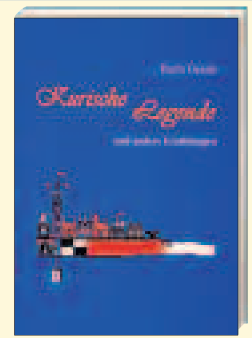
Erik Lommatzsch



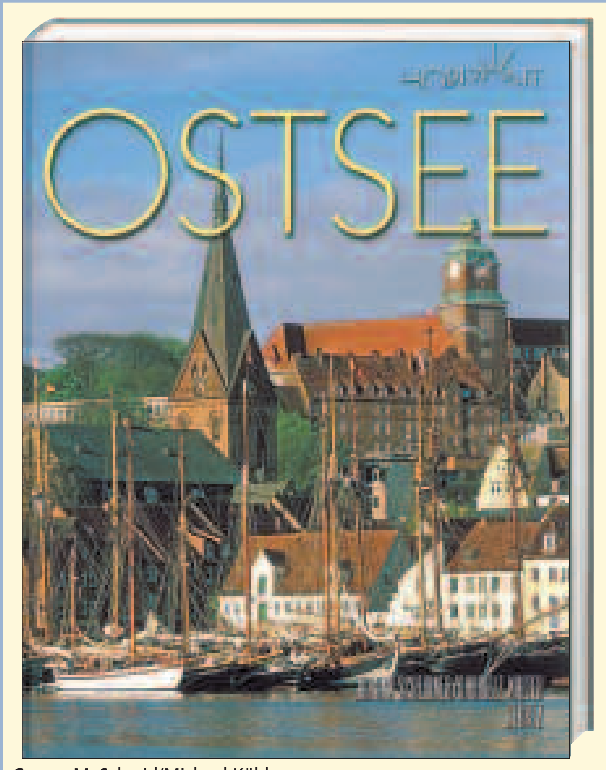
***Hans Joachim Schädlich: „Catt. Ein Fragment“,** Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Krista Maria Schädlich, Reinbek, Rowohlt Verlag, Reinbek 2017, broschiert, 111 Seiten, 9,99 Euro,*



Ruth Geede
Wo der Sprosser sang
Eine bunte Sammlung von berührenden Erzählungen, Erinnerungen und Gedichten der Ostpreußischen Familie, gesammelt und zusammengestellt von Ruth Geede, laden zum Träumen und Schmunzeln ein. Enthaltene Erzählungen: „Nidden", „Im Schulhaus von Kiaulkehmen", „Die Roggenmuhme", „Trakehner Blut", „Die Hochzeit auf dem Lande", „Zu Martini wird gezogen", „Mien Derpke" und viele mehr. 128 Seiten
Nr. P 1850 Kartoniert **10,50 €**



Ruth Geede
Kurische Legende und andere Erzählungen
Einfühlsame Erzählungen von Ruth Geede, die die unberührte Schönheit des Landes mit See, Haff und Strom unter dem hellen nordischen Himmel in Erinnerung rufen und das harte, genügsame Leben seiner Bewohner beschreiben. Enthaltene Erzählungen: „Heimkehr im Herbst", „Die große Wassernot", „Hannas Kette", „Die Kornkinder", „Spiegelmarie" und viele mehr. 128 Seiten
Nr. P 9087 Kartoniert **10,50 €**



Gregor M. Schmid/Michael Kühler
Horizont Ostsee
Ein Kaleidoskop an unterschiedlichen Landschaftsbildern bietet die deutsche Ostseeküste von Flensburg bis Lübeck, von Boltenhagen bis Anklam: Förden und flache Boddenlandschaften, unendliche Sandstrände mit ihren bunten Strandkörben und Steilküsten mit weißen Kreidefelsen, die mit türkisblauen Wasser und lichtgrünen Buchenwäldern harmonisieren. Im Hinterland liegen gelbe Rapsfelder vor hohen Windmühlen, grüne Wiesen um herrschaftliche Anwesen. Über 270 Fotos zeigen die deutsche Ostseeküste samt Inseln in all ihren Facetten. Sechs Specials berichten über den Bernstein, die Backsteingotik, die mächtige Hanse, Maler und Bildhauer der Region, die Bädearchitektur und die Literaten. Ein Bildband mit 274 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 531677 Gebunden **24,95 €**



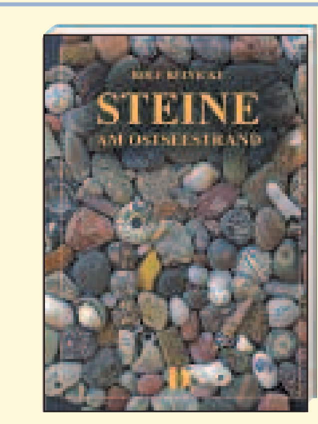
Rolf Reinicke
Pflanzen am Ostseestrand
Mit diesem wunderschön illustrierten Taschenbuch bekommt der interessierte Strandwanderer einen wertvollen Naturführer. Er zeigt die besondere Pflanzenwelt an den Stränden der Ostsee, auf ihren Dünen und an den Ufersäumen der Bodden und Haffe. 80 Seiten
Nr. P A1077 Kartoniert **9,95 €**



Rico Nestmann
Kraniche – Graue Tänzer an Bodden und Meer
Kraniche sind mit ihrer Größe, Anmut und Schönheit eindringliche Sinnbilder für die Kostbarkeit der Natur auf unserer Erde. Mit dem vorliegenden Band wird die Faszination des Kranichzuges zwischen Bücherdeckeln lebendig. Mit ebenso einzigartigen wie eindrucksvollen Fotografien sowie kenntnisreichen Texten kann sich der Leser und Betrachter Auge in Auge mit den „Vögeln des Glücks" sehen. 136 Seiten
Nr. P A1078 Gebunden **19,95 €**



Rolf Reinicke
Funde am Ostseestrand
Nach dem erfolgreichen Steine-Buch liegt jetzt vom gleichen Autor das Buch Funde vor, in dem es um Muscheln, Schnecken und vielen anderen Pflanzen und Tieren am Ostseestrand geht. 80 Seiten
Nr. P A0839 Kartoniert **9,95 €**



Rolf Reinicke
Steine am Ostseestrand (80 Seiten)
Der Autor, ein erfahrener Geologe, ist zu Hause an den Stränden der Deutschen Ostseeküste. Er hat zusammen mit seiner Frau alle Steine in diesem Besuch gesammelt, fotografiert und deren Herkunft bestimmt.
Nr. P A0875 Kartoniert **9,95 €**



Christian Morgenstern
Als Gott den lieben Mond erschuf – Die schönsten Gedichte
Die Gedichte von Christian Morgenstern sind wie Angelhaken: einmal zugeschnappt, kommt der Leser nicht mehr von ihnen los. Morgenstern verblüfft und beglückt, mit seinen komischen Reimen wie den berühmten „Galgenliedern" ebenso wie mit seinen feinpoetischen Liebes- und Stimmungsgedichten. 256 Seiten
Nr. P A1212 Gebunden mit Schutzumschlag **5,00 €**



Rüdiger Safranski
E.T.A. Hoffmann
Das Leben eines skeptischen Phantasten
542 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1197 **12,95 €**

Er galt als musikalisches Wunderkind und hatte mit einundzwanzig Jahren bereits zwei umfangreiche Romane in der Schublade liegen: E.T.A. Hoffmann. Der Jurist, Komponist und Dichter brachte es zu den größten Erfolgen und fragte sich, auf dem Höhepunkt seines Ruhmes angekommen, trotzdem, ob das wirklich alles gewesen sein sollte. Der Autor beschränkt sich in seiner Biografie nicht auf Leben und Werk E.T.A. Hoffmanns, sondern er erzählt zugleich von der ganzen Epoche mit ihren literarischen Salons und den politischen Wirren in Preußen. Rüdiger Safranski, geboren 1945, studierte Germanistik, Philosophie, Geschichte und Kunstgeschichte und arbeitete danach als Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Germanistik der Freien Universität Berlin. Seit 1985 ist er als freier Autor tätig.



Achim von Arnim und Clemens Brentano
Des Knaben Wunderhorn
Alte deutsche Lieder
Clemens Brentano und Achim von Arnim gaben dieses „wohlfeile Volksliederbuch" zu Beginn des 19. Jahrhunderts heraus. Sie enthält 723 Liebes-, Soldaten-, Wander- und Kinderlieder vom Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert. Ähnlich wie die Brüder Grimm mit ihrer Märchensammlung haben die beiden Dichter der Romantik darin einen Schatz zusammengetragen und vor dem Vergessen bewahrt: „alte deutsche Lieder" aus mehreren Jahrhunderten, lyrische Dichtung von der hohen Verskunst bis zum Abzählreim, vom Liebeslied über die Ballade bis zum Volksglauben. „Des Knaben Wunderhorn" ist eine unerschöpfliche Fundgrube, die in ihrer Vielfalt staunen lässt. 928 Seiten
Nr. P A1064 Gebunden **8,95 €**



Klaus-Jürgen Bremm
Preußen bewegt die Welt
Der Siebenjährige Krieg
Was im deutschen Geschichtsbewusstsein als glorioser Sieg Preußens gilt und Friedrich II. zu dem Großen machte, war tatsächlich ein Krieg auf drei Kontinenten: in Europa, Nordamerika sowie in Indien. Alle europäischen Mächte waren an diesem sieben Jahre lang tobenden Krieg beteiligt. Am Ende war das Kräfteverhältnis in Europa nicht mehr das selbe wie vor dem Krieg; Preußen hatte sich als fünfte Großmacht etabliert.
Klaus-Jürgen Bremm entwirft ein großes Panorama der kriegerischen Ereignisse in der Mitte des 18. Jahrhunderts. Er schildert die großen Schlachten von Kolin, Kundersorf oder Leuthen. Er zeigt aber auch die weitreichenden politischen Zusammenhänge dieses Ringens und die vielfältigen Auswirkungen. Vor allem aber macht er deutlich, dass der Siebenjährige Krieg kein preußischer oder mitteleuropäischer Krieg war, sondern – mit den Worten des britischen Premierministers und Literaturnobelpreisträgers Winston Churchill – der erste Weltkrieg der Geschichte. 380 Seiten
Nr. P A1243 Gebunden **24,95 €**



Hermann Pöking
Ostpreußen
Panorama einer Provinz erzählt aus alten Filmen – 1913 bis 1948
Ostpreußen ist bis heute ein Mythos. Hermann Pölking, Filmproduzent und Autor des erfolgreichen Buches „Ostpreußen – Biographie einer Provinz" macht die Geschichte dieses Landstrichs jetzt in einer umfassenden DVD-Edition erlebbar und verständlich. Grundlage ist ein großer Fundus an bislang völlig unbekannten Filmaufnahmen aus der ersten Häfte des 20. Jahrhunderts, darunter zahlreiche Farbfilme von Amateurfilmern. Die Edition legt den Fokus auf das historische Bewegtbild, das in eine anschauliche Erzählung eingebettet ist. Die DVD-Box enthät 5 DVDs mit jeweils 60 Minuten Länge und zusätzlich den Bonus-Film „Memelland".
Nr. P A0769 DVD-Box mit 5 DVDs **39,95 €**

Andy Thompson
Autos aus Osteuropa
Von 1945 bis 1990
Von 1945 bis 1990 arbeiteten die Automobilkonstrukteure hinter dem „Eisernen Vorhang" nicht, um - wie im Westen - mit ihren Produkten die Wünsche einer immer anspruchsvoller werdenden Käuferschaft zu befriedigen, sondern primär um die Planvorgaben sozialistischer Wirtschaftsbürokratien zu erfüllen. In einer Region, die vom Schwarzen Meer bis ins Baltikum reicht, waren die Automobile so unterschiedlich wie die Länder, aus denen sie kamen. „Autos aus Osteuropa" gibt einen umfassenden Überblick der im ehemaligen Jugoslawien, Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, Rumänien und natürlich der ehemaligen DDR von den Bändern gelaufenen Autos. dieses Buch lädt ein zum Schmökern und Schwelgen und ist eine wahre Fundgrube für Fans! 144 Seiten
Nr. P A1190 Gebunden **9,95 €**

Sonderpreis 9,95 €

Udo Paulitz
Feuerwehr Typenbuch 1900–1945
Fahrzeuge – Daten – Technik
Für alle Liebhaber von Feuerwehr-Veteranen! Authentische Bilder, prägnante Texte und alle technischen Daten auf einen Blick: Das Typenbuch kennt die Feuerwehrfahrzeuge der Jahre 1900 bis 1945. Unfälle, Überschwemmungen, Hilfsleistungen, Katastrophenabwehr – das Aufgabenspektrum der Feuerwehr reicht weit über die traditionelle Brandbekämpfung hinaus. So vielfältig die Einsatzzwecke, so vielfältig auch die Einsatzfahrzeuge. Mit welchem Arbeitsgerät die deutschen Wehren von 1900 bis 1945 ausgerückt sind, zeigt diese lückenlose Dokumentation. Modelle, Technik, Daten, authentische Bilder und historische Fakten: Alles ist in diesem Typenbuch versammelt. 144 Seiten
Nr. P A1095 Gebunden **7,99 €**

Sonderpreis 7,99 €



Karl Eduard Vehse
Preußens Könige privat
Berliner Hofgeschichten
368 Seiten/Gebunden
Nr. P A1061 **5,95 €**

Unter dem strengen Vorsatz, ‚nichts zu verschweigen und zu bemänteln', erzählt der Autor die private Geschichte der preußischen Könige von Friedrich I. bis zu Friedrich Wilhelm III. Anekdotenreich und sehr lebendig berichtet er von den gesellschaftlichen Zuständen am preußischen Hof, schildert die Vielfalt des kulturellen Lebens und wagt einen schonungslosen Blick hinter die Kulissen der Macht. Hat das intime Leben der preußischen Herrscher die große Politik beeinflußt? Was waren ihre Leidenschaften und Vorlieben, wie ihr Verhalten im Umgang mit Ministern, Untertanen oder Mätressen? ‚Dieses Buch ist wahrer Kaviar', schrieb Heinrich Heine 1852 an seinen Verleger Campe, ‚endlich bekommen die Deutschen ihre Fürsten von Angesicht zu Angesicht zu sehen.'



Klaus Hornung
Scharnhorst
Soldat – Reformer – Staatsmann
200 Seiten/Gebunden
Nr. P A1191 **4,99 €**

Geboren am 12. November 1755, am Vorabend des Siebenjährigen Krieges im hannoverschen Bordenau, machte Scharnhorst, aus einfachen Verhältnissen stammend, eine einmalige Karriere zunächst in der hannoverschen, dann ab 1801 in der preußischen Armee. Scharnhorst zählte zu den entscheidenden Köpfen, die nach dem Zusammenbruch des friderizianischen Preußen in der Schlacht von Jena und Auerstedt und der Demütigung Preußens durch Napoleon im Frieden von Tilsit 1807 sich daran machten, den am Boden liegenden Staat geistig und politisch wieder aufzurichten. Scharnhorst war es, der als einer der Ersten die elementare Kraft der Französischen Revolution erkannte, wesentliche Elemente daraus für ein neues Preußen formte und so die Voraussetzungen für den Befreiungskampf schuf.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Gefälschtes Bild entlarvt

Moskau – Ein Bild, das Hunde zeigt, die angeblich in Russland anlässlich der WM getötet wurden, hat das Recherchenetzwerk „Correctiv“ als Fälschung entlarvt. Die Aufnahme des Reuters-Fotografen Akhtar Soomro wurde vor zwei Jahren in Karachi, Pakistan, aufgenommen und nun in sozialen Netzwerken beschnitten veröffentlicht. *MRK*

Viele Deutsche wollen Kurz

Berlin – Eine „Liste Sebastian Kurz“ würde in Deutschland bei einer Bundestagswahl 38 Prozent und damit 5,5 Prozentpunkte mehr als Angela Merkel und die Union bekommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA im Auftrag des „Focus“. Dabei ist die Zustimmung zum österreichischen Bundeskanzler in allen politischen Lagern auffallend hoch: Acht von zehn AfD-Wählern stimmten für Kurz, 30 Prozent bei der Union, bei SPD und Linkspartei jeweils 20 und 13 Prozent bei den Grünen. *J.H.*

ZUR PERSON

Zwei Kapitäne für die Berlinale

Die leicht aus dem Ruder gelaufene Berlinale, die Dieter Kosslick seit 17 Jahren auf joviale Art steuert, scheint so schwergängig zu sein, dass es zukünftig zweier Steuerleute bedarf, um sie auf Kurs zu bringen. So entschied eine von Kulturstaatsministerin Monika Grütters eingesetzte Findungskommission, dass mit der Niederländerin Mariette Rissenbeek und dem Italiener **Carlo Chatrian** von Mai 2019 an zwei Ausländer den als Festivalleiter scheidenden Kosslick ablösen werden.

Im neuen Leitungstandem hat Rissenbeek als Geschäftsführerin zwar das letzte Wort, doch das Sagen hat Chatrian als künstlerischer Leiter. Dabei spricht der 1971 in Turin geborene, in Literatur und Philosophie ausgebildete Filmkritiker noch kein Wort Deutsch, weshalb ihm die seit 20 Jahren in Deutschland lebende Rissenbeek, die sich bislang als Chefin von German Films um die Verwertung deutscher Filme auf ausländischen Filmfestivals sorgte, die organisatorischen Aufgaben abnehmen soll.


Bild: imago

Der Cineast Chatrian, der Bücher über Regisseure wie Wong Kar-Wai oder Frederick Wiseman schrieb, leitete zuletzt sechs Jahre lang das Filmfestival von Locarno, das unter ihm zu einer wahren Perle für Filmfreunde gereift ist. Ähnliches wird von ihm in Berlin erwartet, wo die Berlinale unter Kosslicks Ägide mehr Masse als Klasse besaß. Erst im November forderten namhafte Filmschaffende dazu auf, die Berlinale zu „entschlacken“, damit sie nicht den Anschluss zu den Festivals von Cannes und Venedig verliert.

Chatrian muss nun mit Rissenbeek den Spagat zwischen Kommerz und Kunst schaffen. Sollten zwei Kapitäne nicht genügen, um mit einem anspruchsvolleren Programm das mit fast einer halben Million Zuschauer größte Publikumsfestival der Welt wieder in ruhiges Fahrwasser zu navigieren, wäre das auch politisch ein Schiffbruch für Berlin. *H. Tews*



Tausendmal ist nix passiert

Warum wir von Gipfel zu Gipfel stürmen, Wunschzettel geschrieben werden und der Gefährder aus Bayern kommt / Der satirische Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Still ruhte der See. Ab und zu tauchte ein Seehofer auf und versuchte, Wellen zu machen, aber der See lag still. Da bewegte sich nichts. Nun aber gehen die Wogen hoch. Verlässlich werfen sich die bekannten Wellenbrecher in die Gischt: vom Maschinisten Volker Kauder bis zum Leichtmatrosen Daniel Günther, ganz zu schweigen von der Mamsell in der Kombüse, Annegret Kramp-Karrenbauer, die uns mit ihrer unerwarteten Wiedererweckung des Geistes Helmut Kohls überraschte.

Tausendmal wurde das Thema der Zuwanderer berührt, tausendmal ist nix passiert. Und plötzlich hat es zoom gemacht. Aber anders als in dem Schlager von Klaus Lage bedeutet zoom nicht Hingabe von jetzt auf gleich. Davor bewahre uns die Kanzlerin. Die Freundin der kleinen Schritte hat es allerdings von jetzt auf gleich eilig. Sie hetzt von Gipfel zu Gipfel, stürmt vor dem Sondergipfel noch einen Sondergipfel. Toll. Na ja, vielleicht ist das Bild von der Gipfelstürmerin etwas zu hoch gegriffen. Vielleicht kraxelt sie eher mühsam auf die Gipfel? Unterstützt von ihrer Seilschaft? Die tut, was sie kann, alle hängen schließlich am selben Seil. Die Gipfelstürmerin aber tut, was sie am besten kann: Sie baut den Gipfel auf und kurz bevor es aufwärts gehen soll, redet sie den Gipfel flach. So etwa auf das Niveau der Anhöhen in Nordfriesland. Dort ist bekanntlich alles ziemlich platt. Ähnlich seien die Erwartungen an den Sonder-Sondergipfel, nämlich gar keine. Darauf wies die Kanzlerin schon mal vorsorglich hin. Wer sein Wahlvolk so mental vorbereitet, kann es nicht enttäuschen. Da wagt man gar nicht mehr, die Frage zu stellen, was in den vergangenen drei Jahren auf der vielzitierten europäischen Ebene gemacht wurde, wenn das drängende Thema Migration auf der Tagesordnung stand. Socken gestrickt? Das wäre immerhin etwas, was man real vorweisen könnte.

Was sich drei Jahre lang nicht bewegte, soll plötzlich laufen wie geschmiert? So ruckzuck, zack zack und holterdiepolter? Wenn man sich endlich auf die Socken macht, müssen zuvorderst die Wünsche der europäischen Partner geklärt werden. Also die Wünsche, die über das gemeinsame Stricken von Socken hinausgehen. Das wird teuer. Sehr teuer sogar. Eine kleine Anzahlung gab es in Meseberg schon beim konspirativen Extragipfel vor dem Sondergipfel zur Vorbereitung des Sondergipfels. Frankreichs Emmanuel Macron braucht Geld? Klar, machen wir. Ist ja nicht für Frankreich, ist ja für Europa. Sagt Macron. Woher die Milliarden kommen? Ach, das sind so Detailfragen. Es wird sich schon was finden. Irgendetwas ist immer noch nicht mit einer Steuer belegt. Und das Geld ist schließlich für Europa, das ist immer für einen guten Zweck.

Nun werden mitten im Sommer Wunschzettel geschrieben. Athen wünscht Erleichterung bei den angehäuften Schulden, Italien spekuliert auf einen Nachlass bei seinen Schulden, Spanien möchte gemeinschaftliche Haftung für seine maroden Banken, Bulgarien ist immer klamm. Da kann man nicht zimperlich sein, wenn sich die bedrängte deutsche Kanzlerin ein wenig Entgegenkommen im Streit um die Asylsucher erhofft. Aber selbstverständlich hat das eine mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Nur wer böse Absichten hegt, behauptet das.

> Die Schlusserklärung des Gipfels war bereits formuliert, ehe er einberufen wurde

Wer zu diesen finsteren Gestalten gehört, ist klar wie Kloßbrühe. Horst Seehofer allemal. Andrea Nahles hat es erkannt: „Seehofer ist eine Gefahr für Europa.“ Danke, Frau Nahles. Es musste einmal gesagt werden. Da sitzt einer im Kabinett Merkel, da sitzt einer mit Ihnen am Tisch, der ist eine Gefahr für Europa. Endlich hat jemand mal ausgesprochen, wo die wirklichen Gefährder sitzen. Wahrscheinlich würde sich Frau Nahles im Fall des Gefährders Seehofer ausnahmsweise strikt gegen jegliche Familienzusammenführung aussprechen.

Was Frau Nahles betrifft, ist die Sache einigermaßen klar. Die kann nur Opposition, das liegt ihr, in welcher Funktion auch immer. Aber was ist mit dem Kieler Leichtmatrosen Daniel Günther? Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident ist nicht so rabiat, von dem gibt es nichts „in die Fresse“. Aber finstere Absichten hat er dem Parteifeind von der Schwesterpartei CSU schon angehängt. In die dunkelste rechte Ecke wolle der die Partei führen, um Asylsucher gehe es dem gar nicht. Die würden lediglich vorgeschoben, um die Kanzlerinnen-Dämmerung vorzubereiten. Da tun sich Chancen auf für einen Leichtmatrosen, der auf der „Titanic“ anheuern möchte, kurz bevor es am Eisberg kracht. Da haben wir es wieder einmal: Es geht immer um etwas anderes. Flüchtlinge sind schließlich nur in Einzelfällen Problemflüchtlinge.

Probleme machen vielmehr die Finstermänner von der Visegrád-Gruppe. Allesamt sind die eine Gefahr für Europa, jedenfalls nach der Einschätzung der wirklich anständigen Europäer. Dass sie überhaupt dabei sein dürfen, die Ungarn, die Polen, die Tschechen, die Slowaken. Was man an denen hat, wissen die wirklich anständigen Europäer schon lange – nichts Gutes. Darum dürften die es auch nicht bedauern, dass die Visegráder sich weigerten, auf dem Sondergipfel vor dem Sondergipfel zu schwätzen. Dabei könnte man es sich doch ganz bequem machen. Schließlich war die Schlusserklärung dieses Gipfels bereits formuliert, ehe er einberufen wurde. Da muss man sich nicht anstrengen, nicht um Formulierungen streiten, da weiß man, was man hat. Nun sind in der Visegrád-Gruppe leider ausschließlich Staaten zusammengeschlossen, die über Jahrzehnte sozialistischer Beglückung erfahren mussten, was es bedeutet, wenn das Ende bereits vor dem Anfang vom großen Brudervolk protokolliert wurde.

Die Visegráder hatten einfach keinen Appetit auf die diplomatische Sülze, die ihnen serviert werden sollte. Bei Sülze ist es doch so: Auf den ersten Blick alles total transparent, die Durchsichtigkeit in Aspik schlechthin. Alles klar erkennbar. Bei näherem Hinsehen jedoch, also im Detail, erkennt man ein reichliches Durcheinander. Nichts passt zu nichts. Aber es vereint sich doch. Ob Kaisersülze oder schlichte Gemüsesülze, es bleibt ein labil zusammengepapptes Konglomerat. Klar, das hat gar nichts mit Europa zu tun. Oder doch? Könnte es sein, dass das eilig zusammengesülzte Europa gar nicht die Bindekraft besitzt, die von einer ordentlichen Gelatine zu erwarten ist? Die Achse der Unwilligen wird jedenfalls immer länger. Kein Wunder, dass bei dem Vorgipfel zum Sondergipfel nur das herausgekommen ist, was zu erwarten war: nichts. Das gehört zu den oft erprobten, leichteren Übungen: Erst den Mund voll nehmen, dann mit leeren Händen dastehen und das schönreden. So wie diesmal wieder: Es sei ein großes Maß an Gemeinsamkeiten und viel guter Wille erkennbar gewesen, sagt die Kanzlerin. Das passt immer und überall. Und bedeutet nur: Angela ist allein zu Haus.

Gar nicht allein ist hierzulande der türkische Staatschef, auch wenn er hier nicht zu Hause ist. Aber seine Anhänger sind es. Zwei Drittel der in Deutschland lebenden Türken mit türkischem Pass haben Recep Tayyip Erdogan gewählt. Das ist ein Stimmenanteil von 20 Prozent mehr als in der Türkei. Da hat sich der Einsatz der Herren Mesut Özil und Ilkay Gündogan doch gelohnt, die ihren „Präsidenten, hochachtungsvoll“ hofierten. Offenbar kam das bei der türkischen Gemeinde gut an. So gut, dass das Wahlergebnis auf den Straßen deutscher Städte kräftig gefeiert wurde. Mit vielen türkischen Fahnen und dem Ruf „Recep Erdogan, unser Führer“. Und wer trägt die Schuld an dieser absoluten Entgleisung? Na, dreimal dürfen Sie raten. Die Deutschen selbstverständlich. Die haben es nämlich verabsäumt, die in Deutschland lebenden Türken zu integrieren. So jedenfalls deutet die SPD-Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe aus Berlin-Kreuzberg den Erfolg Erdogans. Seit Jahrzehnten habe es „faktisch“ keine Integrationspolitik gegeben, die Menschen fühlten sich ausgegrenzt. Sagt die Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe.

MEINUNGEN

*Der niederländische Finanzminister **Wopke Hoekstra** hat im ZDF-„Morgenmagazin“ (22. Juni) die von Merkel unterstützte französische Forderung nach einem **eigenen EU-Budget** zurückgewiesen:*

„Wofür brauchen wir das? Für mich ist das eine Lösung ohne ein Problem dazu.“

***Gunnar Schupelius** empört sich in der „B.Z.“ (21. Juni) über die **geringen Opferrenten** für die überlebenden Opfer des islamischen Terroranschlags am Berliner **Breitscheidplatz** im Dezember 2016 (141 bis maximal 736 Euro monatlich) und stellt einen brisanten Vergleich an:*

„Ist unser Staat zu arm für höhere Entschädigungen? Nein, keineswegs. Denn dieser Staat ist in der Lage, den ehemaligen Leibwächter des Terror-Chefs Osama Bin Laden zu versorgen, mit 1100 Euro monatlich. Der Mann wird nicht abgeschoben, weil ihm in der tunesischen Heimat die Folter drohen könnte. Dieses Theater leisten wir uns und in vielen anderen Fällen auch. Was soll man davon halten? Bekommen die Opfer des islamistischen Terrors also weniger als die Täter?“

***Christoph von Marschall** stellt im „Tagesspiegel“ (21. Juni) klar, dass es schlicht nicht wahr sei, dass Deutschland niemanden **an der Grenze zurückweisen** dürfe, wie viele deutsche Politiker behaupten:*

„Viele EU-Partner weisen an der Grenze zurück. Frankreich, Deutschlands Wunschpartner für europäische Lösungen, hat 2017 50 000 Migranten, die illegal von Italien einreisen wollten, aus Zügen und Fahrzeugen geholt und zurückgeschickt. Wer in der EU unterstützt überhaupt Merkels weichere Linie? Frankreich nicht, Österreich nicht, die Niederlande nicht, die Nachbarn im Osten nicht ... Die rechtlichen Vorgaben sind eindeutig, der Mehrheitswille in der EU ebenfalls. Deutschland ist der Außenseiter.“

***Max Erdinger** erklärt im Portal „Journalistenwatch“ (22. Juni) die Arbeitsweise von **Oliver Welke** in der Satiresendung „ZDF heute-show“:*

„Oliver Welke ist der mediale Frontmann der Selbstgerechten. Seinen ‚Witzigkeiten‘ dient als unausgesprochene Voraussetzung, dass es ein ‚Wie-wir-ja-alle-wissen‘ gibt, aus welchem er das Konzept ableitet, diejenigen durch den Kakao zu ziehen, die realiter oft sehr viel klüger sind als er selbst und seine Zuschauer – und lediglich Welkes grundlos vorausgesetzten Gewissheiten nicht entsprechen.“

*Ein **Leiter einer Asylunterkunft**, der anonym bleiben will, gibt im „Cicero“ (21. Juni) **erschreckende Einblicke**:*

„Es kommen eher Menschen, die daheim schon Probleme hatten und nicht Fuß fassen konnten. Die Leute kommen aus Perspektivlosigkeit und bleiben hier perspektivlos ... Auch sollte man ... darüber nachdenken, ob die Zahl der eingereisten Personen von 2015 wirklich stimmt, oder ob es nicht doch deutlich mehr waren ... Bei Konflikten ist es überhaupt keine Drohung mehr, die Polizei zu rufen. Die meisten finden es belustigend, weil sie wissen, dass ihnen so gut wie nichts passiert und ihr Verhalten auf das Asylverfahren sowieso keine Rolle hat.“